

Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **16./17. Parlamentssitzung**
des Stadtparlaments im Amtsjahr 2024/2025
vom 20. Januar 2025

von 16.15 – 18.30 Uhr und 20.00 – 21.50 Uhr

Parlamentssaal des Rathauses, Marktgasse 20

Vorsitz: F. Helg (FDP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 16./17. Sitzung: J. Fehr (FDP), S. Gfeller (SP), L. Jacot (SP), B. Oeschger (GLP), B. Zäch (SP), Stadträtin K. Cometta
17. Sitzung: Th. Gschwind (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1*		Protokolle der 12./13. und 14./15. Sitzungen	
2*	25.1	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 17. Februar 2025 anstelle der zurücktretenden R. Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
3*	25.2	Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 17. Februar 2025 anstelle der zurücktretenden R. Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
4*	24.101	Wahl eines Mitgliedes in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) anstelle des zurücktretenden B. Flachmüller für den Rest der Amtsdauer 2022/2026	M. Sorgo
5*	24.110 (DSO)	Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 17. September 2024 betreffend Verordnung über den sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom 6. März 2023 (AN.2024.00002)	M. Sorgo
6*	24.84 (DBM)	Verpflichtungskredit von Fr. 5'793'520 für den Mietvertrag mit der AXA für das Veloparking an der Paulstrasse 12 in Winterthur	S. Gfeller

ENTWURF

- | | | | |
|-----|-----------------|---|-------------------|
| 7* | 24.102
(DBM) | Sondernutzungsplanung: Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan «Vergärungsanlage Riet» mitsamt Umweltverträglichkeitsbericht // Entwidmung von öffentlichen Strassen und Wegen: Entwidmung der Landwirtschaftsstrasse Nr. 14755 vom Knoten Deponiestrasse bis zum Knoten Landwirtschaftsstrasse Nr. 14754 | Ph. Angele |
| 8* | 24.93
(DBM) | Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP), S. Gfeller (SP), R. Perroulaz (FDP) und A. Würzer (EVP) betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen | |
| 9* | 24.106
(DFI) | Begründung des Postulats R. Tobler (FDP), M. Wäckerlin (SVP), B. Oeschger (GLP) und M. Zundel (Grüne) betr. mehr Digitalisierung in der Kommunikation mit Dritten | |
| 10* | 23.69
(DFI) | Antrag und Bericht zur Motion A. Steiner (GLP), K. Frei Glowatz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Pachtverordnung für städtisches Landwirtschaftsland | |
| 11* | 23.85
(DFI) | Beantwortung der Interpellation K. Frei Glowatz (Grüne) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadtlandwirtschaft | |
| 12 | 23.51
(DSO) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Steiner (SP), A. Würzer (EVP), S. Casutt (AL), N. Ernst (GLP) und N. Wenger (Grüne) betr. kinderfreundliche Stadt Winterthur | |
| 13 | 23.87
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat Ph. Weber (SP) und A. Büeler (Grüne) betr. Anerkennung der Stadt Winterthur als Blue Community | |
| 14 | 24.28
(DPR) | Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (Die Mitte) betr. mehr Integration durch Vereine | |
| 15 | 24.44
(DSS) | Beantwortung der Interpellation K. Vogel (Die Mitte), N. Holderegger (GLP), D. Roth-Nater (EVP) und P. A. Werner (SVP) betr. Nutzung der Handys und elektronischen Geräte an den Schulen Winterthurs | |
| 16 | 24.19
(DBM) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), P. Angele (SVP), R. Heuberger (FDP) und L. Studer (GLP) betr. Erfordernis Erstellung von Mockups und Aufgaben der Fachgruppe Stadtgestaltung / AfS | |
| 17 | 24.20
(DBM) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU) und R. Heuberger (FDP) betr. Bauausschuss oder Baukommission – Teilrevision der Zuständigkeitsordnung für das Bauwesen | |
| 18 | 24.43
(DBM) | Beantwortung der Interpellation P. A. Werner (SVP) betr. Verkehrssituation an der Stadthausstrasse | |
| 19 | 24.45
(DBM) | Beantwortung der Interpellation A. Steiner (GLP), D. Romay (FDP), A. Büeler (Grüne/AL), A. Geering (Die Mitte/EDU), Ph. Angele (SVP) und B. Zäch (SP) betr. zirkuläres Bauen beim Unterhalt von städtischer Infrastruktur | |
| 20 | 24.53
(DBM) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (Die Mitte/EDU), A. Würzer (EVP), Ph. Angele (SVP), M. Nater (GLP) und R. Perroulaz (FDP) betr. Bewilligungsprozedere öffentliche Bauten | |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

ENTWURF

Parlamentspräsident F. Helg: Ich begrüsse alle zur heutigen Doppelsitzung, die erste in diesem Jahr. Ich wünsche an dieser Stelle allen nochmals einen guten Start, jetzt auch in das politische Geschehen dieses Jahres.

Mitteilungen

Parlamentspräsident F. Helg: Ich komme zuerst zu den Mitteilungen. Für beide Sitzungen haben sich abgemeldet: Jan Fehr, Selim Gfeller, Lea Jacot, Benedikt Oeschger, Benedikt Zäch und Stadträtin Katrin Cometta. Für die Abendsitzung entschuldigt ist Thomi Gschwind. Verspätet trifft Markus Steiner ein.

Ich darf zuerst zwei neue Parlamentsmitglieder begrüssen: Zum einen ist das Christian Della Sega (SVP) anstelle von Pascal Werner. Er ist bereits seit 17. Dezember 2024 im Amt. Auf der anderen Seite ist das Miguel Pedro Bachmann (AL), als Nachfolger von Sarah Casutt. Er ist seit 1. Januar 2025 im Amt.

Dann darf ich da vielleicht auch noch erwähnen: Es gibt ja noch eine Änderung bei den Fraktionspräsidien: Andreas Büeler übernimmt das Amt als Fraktionschef der Grünen/AL.

Umgekehrt haben wir heute auch drei Verabschiedungen. Es sind drei Parlamentsmitglieder zum letzten Mal bei uns anwesend. Ich beginne mit Christian Griesser.

Christian Griesser, Mitglied im Stadtparlament vom 16. Mai 2011 – 15. Februar 2025.

Parlamentarische Ämter:

16. Mai 2011 – 15. Mai 2022 ab 14. Mai 2013	Mitglied der Aufsichtskommission (AK) Mitglied des Stiftungsrates «Winterthur – La Chaux-des-Fonds», zeitweise auch als Präsident
12. Mai 2014 – 14. Januar 2025	Fraktionspräsident der Fraktion «Grüne/AL»
12. Mai 2014 – 14. Januar 2025	Mitglied der Interfraktionellen Konferenz (IFK)
6. März 2023 – 27. November 2023	Mitglied der Spezialkommission «Pensionskasse 2023» (SPK23)
8. April 2024 – 26. August 2024	Präsident der Spezialkommission «Datenschutzstelle 2024» (SDS24)

Mit Christian Griesser verlässt eines der amtsältesten Mitglieder das Stadtparlament. Um das zu verorten: Im Eintrittsjahr 2011 hat damals noch der Grosse Gemeinderat zum Beispiel den Kredit für das Pildach beim Bahnhofplatz bewilligt. Das Engagement von Dir, Christian, in den politischen Gremien war von grosser Konstanz geprägt: Knapp elf Jahre warst Du Fraktionspräsident, eine sicher fordernde Aufgabe mit wechselnden Fraktionsmitgliedern aus zwei Parteien (GP und AL) und in dieser Zeit auch mit drei Stadtratsmitgliedern aus den eigenen Reihen, die ihr Amt sehr unterschiedlich wahrnahmen bzw. wahrnehmen. Und dann auch elf Jahre Mitgliedschaft in der Aufsichtskommission (AK), davon haben wir vier Jahre in dieser Kommission geteilt. Da gab es mitunter auch sehr heikle Geschäfte. Du hast die Probleme mit Deinem juristischen Sachverstand gut analysiert, oft dann auch mit knappen Worten die Sache auf den Punkt gebracht und so zur Beruhigung von hitzigen Debatten beigetragen. Mit viel Freude – so scheint es mir jedenfalls – bist Du auch in der Stiftung «Winterthur – La Chaux-de-Fonds» tätig, ein Amt, das Du jetzt noch weiterführst. Im Namen des ganzen Parlaments danke ich Dir herzlich für Deinen langjährigen Einsatz zugunsten der Stadt und wünsche Dir weiterhin alles Gute.

ENTWURF

Du hast Dir als Geschenk ein Bild gewünscht. Und da hast Du auch sehr ökologisch gedacht. Du hast mir gesagt, anstelle das Bild hierhin zu bringen und danach musst Du es wieder abholen im Superblock – und Du wohnst gleich dort in der Nähe -, deshalb haben wir darauf verzichtet, es hierhin zu bringen. Es wird Dir dann später zur Abholung bereitgestellt. Aber ich kann Dir hier noch die Urkunde überreichen und bitte Dich, kurz nach vorne zu kommen. (*Applaus*)

Ch. Griesser (Grüne): Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, so viel Wohlwollen hättet Ihr ja jeweils auch zeigen können, wenn ich meine berühmt-berüchtigten Steuererhöhungsanträge gestellt habe... Genau. Aber Spass beiseite. Ich danke vielmals für die Zusammenarbeit. Ich habe es ausserordentlich geschätzt, dass ich doch eine lange Zeit ein bisschen intensiver an dieser Demokratie mitwirken konnte, als das die normalen, einfachen Stimmbürgerinnen und Stimmbürger können. Gebt dieser Stadt Sorge. Ich weiss auch, dass das je nach Background und Hintergrund und Grundeinstellung nicht genau das Gleiche heisst, wie ich mir das vorstellen. Aber genau das ist inbegriffen in dieser Demokratie. Danke vielmals. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Die zweite Verabschiedung ist Renate Dürr, Mitglied im Stadtparlament vom 1. August 2015 – 12. Mai 2019 und vom 16. Mai 2022 – 16. Februar 2025.

Parlamentarische Ämter:

24. August 2015 – 7. Mai 2017	Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK)
8. Mai 2017 – 12. Mai 2019	Präsidentin der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)
16. Mai 2022 – 16. Februar 2025	Präsidentin der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK)

Renate Dürr war rund 6 ½ Jahre im Stadtparlament. Wie den erwähnten Daten zu entnehmen ist, in zwei Teilen, unterbrochen durch eine Zeitspanne, in der Du, Renate, noch Kantonsrätin warst. Du gehörst zu den wenigen noch verbliebenen Mitgliedern, bei denen der Einstieg in das parlamentarische Amt mit dem Eintritt in die Bürgerrechtskommission verbunden war. Das war ja eine Aufgabe, die mehr operativ als politisch war. Sehr politisch ging es anschliessend zu und her. Insgesamt knapp fünf Jahre warst Du Präsidentin der SSK. In dieser Kommission, in der ich zeitweise auch Mitglied war, gab es gerade auch im Zusammenhang mit dem Thema Stadtpolizei einige herausfordernde und auch belastende Situationen zu bewältigen. Du hast in dieser Zeit das Schiff «SSK» mit Umsicht und viel Gespür durch diese stürmischen Zeiten gelenkt – eine Leistung, die aufgrund der Vertraulichkeit der Sitzungen halt meist im Verborgenen bleibt, aber es verdient, an dieser Stelle noch gewürdigt zu werden. Ich danke Dir im Namen des gesamten Parlaments herzlich für Deinen grossen Einsatz während dieser langen Zeit und wünsche Dir für die Zukunft alles Gute.

Du hast Dir als Geschenk ein Bild ausgewählt, das haben wir hier für Dich. Und ich bitte Dich, kurz nach vorne zu kommen. (*Applaus*)

R. Dürr (Grüne): Auch ich möchte mich noch kurz bedanken. Es war mir eine Ehre, für diese schöne Stadt politisch aktiv sein zu dürfen, was ich nicht selbstverständlich finde. Es war mir eine Ehre, mit all unseren Stadträtinnen und Stadträten den Austausch zu haben, mit dem Parlamentsdienst und auch mit dem gesamten Parlament. Und ich finde, auch wenn wir nicht die gleichen Ansichten haben – aber die Zusammenarbeit war wirklich immer wertschätzend und kollegial. In dem Sinne danke vielmals.

Ich mache nichts Neues jetzt, im Gegenteil, ich baue eigentlich jetzt ein bisschen ab. Und deshalb habe ich auch den Rücktritt eingereicht. Ich danke und wünsche alles Gute. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Die dritte Verabschiedung ist Lisa Studer, Mitglied im Stadtparlament vom 16. Mai 2022 – 31. Januar 2025.

Parlamentarisches Amt:

ENTWURF

16. Mai 2022 – 3. Juni 2024 Mitglied der Sachkommission Stadtbau (SBK)
Gut 2 ¾ Jahr war Lisa Studer Mitglied des Stadtparlaments. Du, Lisa, trittst jetzt zurück aus beruflichen und familiären Gründen. Bei den Gesamterneuerungswahlen bist Du mit einem sehr guten Resultat vom zwölften Listenplatz auf den achten Platz vorgerückt und dann direkt ins Parlament gewählt worden. Deine ETH-Ausbildung hat Dich dazu prädestiniert, Dich im Parlament auch mit technischen Materien auseinander zu setzen. So hast Du Dich mitbeteiligt an Vorstössen, die sich zum Beispiel auf die Begrünung von Verwaltungsliegenschaften oder auf die Nutzung von Fassaden für PV-Anlagen bezogen. Von Mai 2022 bis Juni 2024 warst Du Mitglied der Stadtbaukommission – eine Kommission mit einer hohen Arbeitsbelastung und komplexen Geschäften, bei denen das Flair für das Technische viel Vorteil bringt. Auch Dir, Lisa, herzlichen Dank und alles Gute. Du hast Dir ebenfalls ein Bild ausgewählt, man sieht es hier vorne projiziert, das ich Dir gerne übergeben möchte. (*Applaus*)

L. Studer (GLP): Auch von meiner Seite her herzlichen Dank für die Zusammenarbeit, die sehr angenehm war; für die herausfordernden und spannenden Diskussionen, die wir hatten. Für mich ist es jetzt Zeit, dass ich meinen Fokus wieder ein bisschen mehr auf die Arbeit und die Familie lege, dass ich da etwas kürzer trete.

Ich danke Euch für Euer Engagement, da ich jetzt weiss, was das bedeutet, im Parlament zu sein, wie viel Zeit das braucht. Danke vielmals, dass Ihr weiterhin mithelft, diese Stadt lebenswert zu behalten. Wir haben das gleiche Ziel – der Weg ist manchmal ein bisschen anders, den wir einschlagen möchten. Aber es ist schön, dass man immer Kompromisse findet. Merci vielmals. (*Applaus*)

Parlamentspräsident F. Helg: Film- und Fotoaufnahmen sind gestützt auf verschiedene Anfragen generell erlaubt.

Noch ein Hinweis auf eine spezielle Information: Am Montag, 17. März um 17.15 Uhr gibt es eine Information von Stadtrat und Stadtverwaltung an AK, SBK und UBK zu den Vorlagen betreffend Erholungsgebiet Rosenberg (gemeinsame Präsentation von mehreren Weisungen); am Folgetag folgt die Information an die Medien und an die Quartierbevölkerung. Ich bitte deshalb die Kommissionspräsidenten darum, die Zeitspanne dort nicht mit einer Sitzung zu belegen.

Man konnte es ja in den Medien lesen: Der Stadtrat hat gegen den Budgetbeschluss des Parlaments eine Aufsichtsbeschwerde beim Bezirksrat eingereicht. Das Verfahren ist jetzt so, dass die Parlamentsleitung vom Bezirksrat dazu aufgefordert ist, zu dieser Rechtschrift Stellung zu nehmen. Und das werden wir auch innert der Frist entsprechend bewerkstelligen.

Erklärungen

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen zu den Erklärungen. Es sind drei Fraktionserklärungen angemeldet. Ich nehme zuerst die Fraktionserklärung an die Reihe, welche überparteilich ist, sich auf die BZO-Auflage bezieht und vorgetragen wird von Romana Heuberger (FDP).

R. Heuberger (FDP): Ich darf heute Abend eine gemeinsame Fraktionserklärung von FDP, AL, Die Mitte, EDU, EVP, GLP, Grüne und SVP verlesen. Sie betrifft den Rückzug der Vorlage «BZO-Teilrevision IVHB und Einführung Grünflächenziffer».

Am 29. November 2024 eröffnete der Stadtrat die Vernehmlassung zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung (BZO). Gegenstand der Revision sind die Harmonisierung der Baubegriffe und die Einführung einer Grünflächenziffer. Letztere ist teils neu, teils ersetzt sie die bisher geltende Freiflächenziffer. Die Vernehmlassung zur BZO-Teilrevision wurde eröffnet, ohne die zuständige Kommission vorinformiert oder mit ihr gar einen Austausch über die Inhalte

ENTWURF

gepflegt zu haben. Die Einführung einer Grünflächenziffer in dem vorgesehenen Umfang stellt eine massive Änderung der BZO dar, zu der nach Ansicht unserer Fraktionen die zuständige Kommission zwingend hätte vorgängig miteinbezogen werden müssen.

Was ist der Auftrag?

Bezüglich Grünflächenziffer bezieht sich der Stadtrat auf einen Motionsauftrag des Parlaments. Diese Motion verlangt, dass ein Teil der nicht überbauten Flächen zu begrünen ist, um damit dem Bedarf nach ökologisch hochwertigen Natur- und Grünflächen Rechnung zu tragen. Das entspricht auch dem, was im kürzlich revidierten Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich festgehalten ist. Nämlich, dass Vorgärten und andere geeignete Teile des Gebäudeumschwungs in angemessenem Umfang als ökologisch wertvolle Grünflächen zu erhalten oder herzurichten seien. Und wir möchten hier ausdrücklich festhalten, dass die Fraktionen FDP, Die Mitte/EDU, EVP, GLP, Grüne/AL und SVP hinter diesem Anliegen stehen. Genauso erachten wir es als wichtig, dass Regen- und Schmelzwasser auf den einzelnen Grundstücken gut versickern und in Trocken- oder Hitzephasen wieder an die Umwelt abgegeben werden kann.

Was ist jetzt aber das Problem?

Der Vorschlag des Stadtrats zur BZO-Teilrevision entspricht nicht dem Auftrag des Parlaments. Er legt einen Anteil der gesamten Bauparzelle fest, welcher als Grünfläche zu erhalten ist. Der Prozentsatz, den er dabei als Grünflächenziffer festlegt, ist viel höher als die bisherigen Freiflächenziffer und viel zu hoch angesetzt. Die geplanten Werte gehen weit über die Empfehlungen von Suter von Känel Wild im Werkbuch 3 für die Gemeinden hinaus. Sogar die SIA hält fest, dass diese Werte «deutlich zu hoch sind, über das Ziel hinausschiessen und die Überbaubarkeit der Parzellen unverhältnismässig einschränken». Die Auswirkungen der konkreten Grünflächenziffer sind massiv. Diverse Grundstücke lassen sich nicht mehr entsprechend der möglichen Baumassenziffer überbauen. Die Vorlage sorgt mit unklaren Regelungen für grosse Verunsicherung bei den Architekten und Bauherren. Projekte kommen ins Stocken, müssen umgeplant werden oder werden gar ganz verhindert.

Weshalb hat das jetzt schon Folgen?

Die BZO-Revision wird ohne deutliche Korrekturen der Grünflächenziffern wohl schon in der vorberatenden Kommission Schiffbruch erleiden. Nur wird es voraussichtlich noch einige Zeit dauern, bis der Stadtrat die Vorlage der zuständigen Kommission überhaupt vorlegen wird. Und genau das ist das Problem. Denn die vorgelegte BZO-Teilrevision entfaltet bereits jetzt – eigentlich schon seit dem 29. November - eine sogenannte «negative Vorwirkung», was der Stadtrat in seiner Entscheidung auch ausdrücklich festgehalten hat. Das bedeutet, dass alle Baugesuche ab sofort die viel zu hoch angesetzten Grünflächenziffern einhalten müssten – was oft nicht möglich sein dürfte. Damit wird zum Beispiel die von der Bevölkerung geforderte Schaffung von mehr Wohnraum ausgebremst. Auch eine qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen, die durch das nationale Raumplanungsgesetz verpflichtend vorgegeben ist, wird verhindert. Aus all den genannten Gründen besteht dringender Handlungsbedarf! Doch das Parlament hat gar kein Instrument, um die negative Vorwirkung aufzuheben.

Wir fordern deshalb den Stadtrat auf, den zur Vernehmlassung aufgelegten Entwurf der BZO-Teilrevision von sich aus zurückzuziehen und eine neue Vorlage zu bringen, welche die bereits vielerorts angebrachten Kritikpunkte angemessen berücksichtigt.

Wir appellieren an den Stadtrat: Bitte zieht die Vorlage zurück – und zwar per sofort -, damit gemeinsam mit dem Parlament und Fachleuten im Dialog eine angemessene Lösung gefunden werden kann. Danke vielmals.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank für diese Fraktionserklärung. Dass es einen Diskussionsbedarf gibt, das kann man auch den Medien entnehmen. Wir haben auch bereits etliche Rückmeldungen erhalten im Rahmen des laufenden Vernehmlassungsverfahrens. Wenn ich gewusst hätte, dass eine Aufforderung für einen Rückzug beinhaltet ist in dieser Fraktionserklärung, hätte ich mich mit dem Stadtrat absprechen können. Das konnte ich nicht, denn das erfahre ich erst jetzt. Deshalb kann ich dazu im Moment selbstverständlich noch nichts sagen.

ENTWURF

Aber vielleicht einfach nochmals zur Einordnung: Wir sind im Moment in der Vernehmlassung. Diese Vernehmlassung läuft noch bis am 28. Januar. Es ist uns sehr bewusst, dass die Höhe dieser Ziffer zu Diskussionen Anlass gibt. Und genau deshalb ist ja diese Vernehmlassung auch wichtig. Wir sind sehr gerne bereit, über die Höhe dieser Ziffer auch nochmals zu diskutieren. Und in der Überarbeitung, aus der dann auch die Weisung ans Parlament resultieren wird, diese Ziffer auch nochmals anzupassen. Aber dafür müssen wir diese Rückmeldungen wirklich seriös anschauen können, wir müssen seriös prüfen können, wo genau die Probleme liegen.

Mit unseren Berechnungen gehen wir davon aus, dass die Baumassenziffer nicht tangiert ist. Da haben wir unterschiedliche Einschätzungen. Auch das nehmen wir ernst, auch das werden wir selbstverständlich nochmals genau anschauen. Aber das Ziel ist auf jeden Fall, dass wir die Baumassenziffern auf den verschiedenen Parzellen nicht einschränken.

Was uns sehr bewusst ist (und das ist auch nicht etwas, das wir so gewählt haben): Die negative Vorwirkung macht es für Planende im Moment wahnsinnig schwierig. Das haben aber nicht wir so gewählt, sondern das ist vom Gesetzgeber so gewollt, weil man natürlich, wenn eine solch drastische Veränderung kommt, nicht möchte, dass man vorher einfach noch ganz viele Gesuche, die eben nicht im Interesse einer solchen Veränderung sind, - ich sage es jetzt in Anführungszeichen - «durchdrückt». Deshalb gibt es diese negative Vorwirkung in einem solchen Fall.

Wir haben ganz klar vor, dass man dort, wo wir sehen, dass es dort aufgrund dieser negativen Vorwirkung bei aktuellen Bauprojekten zu Schwierigkeiten kommen könnte, pragmatisch nach Lösungen sucht. Dafür sind wir darauf angewiesen, dass die Planenden, die Bauherrschaften auf uns zukommen. Deshalb würde ich gerne den Appell zurückgeben: Motivieren Sie bitte Leute, die auf Sie zukommen, sich bei uns zu melden. Erstens im Rahmen der Vernehmlassung (wir sind wirklich froh, wenn diese Vernehmlassung sehr, sehr breit ist) und, wenn es um konkrete Probleme bei der Umsetzung eines Projekts geht, auch dann sind wir froh, wenn wir wissen, wo die Probleme liegen - damit wir miteinander schauen können, wie wir damit umgehen wollen.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank.

Die zweite Fraktionserklärung ist angemeldet von Andreas Geering für Die Mitte/EDU.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Der Stadtrat hat am 18. Dezember 2024 zwei Beschlüsse verabschiedet, in denen er Kosten für gebunden erklärte. Es geht zum einen um Aufwendungen für die Beschaffung von ICT-Dienstleistungen für die vereinbarte Vertragsdauer von vier Jahren im Betrag von rund 1'562'500 Franken, die als gebunden erklärt werden und der Investitionsrechnung der Produktgruppe IDW im Departement Finanzen belastet werden.

Der andere Beschluss sind Ausgaben für die Verwertung von entwässertem Klärschlamm inklusive Transport und die Finanzierung der Phosphorrückgewinnung im Gesamtbetrag von jährlich 1'750'000 Franken, die als gebunden erklärt werden, zulasten der Erfolgsrechnung der Produktgruppe Stadtwerk im Departement Technische Betriebe.

Die Beschlüsse über die Gebundenheit der Kosten wurden am 27. Dezember 2024 publiziert. Das mögliche Rechtsmittel auf Beschlüsse zur Gebundenheit von Kosten ist der Stimmrechtsrekurs. Die Frist für Stimmrechtsrekluse ist fünf Tage. Fällt der letzte Tag der Reklusefrist auf einen Feiertag oder Sonntag, läuft die Frist bis am darauffolgenden Werktag. Somit lief die Reklusefrist der beiden genannten Beschlüsse bis am 3. Januar 2025.

Wenn nun jemand die Rechtmässigkeit der vorliegenden gebundenen Kosten prüfen wollte, musste diese Person zwischen Christbaum und Neujahrsfeier die amtliche Publikation zuerst realisieren und dann über Silvester und die Neujahrstage einen Rekurs verfassen, den er spätestens am 3. Januar 2025 zur Post brachte. Ein erster Schritt zur Prüfung der Gebundenheit war aber in diesen Fällen gar nicht erst möglich, weil die Stadtkanzlei es verpasst hat, die betreffenden Stadtratsbeschlüsse am 27. Dezember aufzuschalten. Auch am Vormittag des 6. Januar 2025 waren die Stadtratsbeschlüsse noch nicht aufgeschaltet. Ich habe sie zum ersten Mal am 10. Januar gesehen.

ENTWURF

Ich habe diese Situation mit verschiedenen Personen besprochen. Und eine erste Reaktion, die ich häufig gehört habe, war, dass man sich schon fragt, ob der Stadtrat allenfalls da versuche, etwas zu vertuschen oder zu verstecken.

Jedenfalls war die Stadtverwaltung vom 23. Dezember bis zum 3. Januar geschlossen. Somit war es auch nicht möglich, vor Ablauf der Rekursfrist bei der Stadtverwaltung diese Stadtratsbeschlüsse einzufordern. Um die Option einer Überprüfung der Gebundenerklärungen durch den Bezirksrat offen zu lassen, blieb dem Bürger oder der Bürgerin nichts anderes übrig, als vorsorglich bis am 3. Januar Stimmrechtsrekurs einzureichen. Das habe ich gemacht.

Die Stadtratsbeschlüsse habe ich dann am 10. Januar gesehen, habe diese gesichtet und habe mich entschlossen, betreffend der Gebundenerklärung für wiederkehrende Kosten zur Verwertung von Klärschlamm einen Rückzug zu machen. Den Rekurs betreffend ICT-Dienstleistungen lasse ich weiterlaufen, damit der Bezirksrat da eine Prüfung vornehmen kann.

Was also bleibt? Es ist ein laufendes Verfahren betreffend gebundene Kosten für die Beschaffung von ICT-Dienstleistungen und zwei grundlegenden Gedanken, die ich dem Stadtrat mitgeben möchte:

1. Die amtliche Publikation von Stadtratsbeschlüssen über Festtage generell und auf Grund der kurzen Fristen von Gebundenheit der Kosten im Speziellen zeugt zumindest von schlechtem Stil. Es ist nicht nachvollziehbar, was den Stadtrat dazu bringen sollte, zwischen den Festtagen gebundene Kosten zu publizieren. Geht es etwa böswillig darum, Rekursen auszuweichen in der Hoffnung, dass die Publikation niemand sieht?

2. In beiden Geschäften geht es um Verträge, die ab Anfang Januar 2025 Gültigkeit haben sollen. Wenn ein Student eine Semesterarbeit wenige Stunden vor Abgabetermin einreicht, hat man dafür ein gewisses Verständnis. Wenn aber ein Stadtrat einen gültigen Vertrag per Anfang Jahr braucht, den Stadtratsbeschluss dazu aber erst in der letzten Stadtratssitzung des auslaufenden Jahres beantragt und erhält, die Publikation dieser Beschlüsse vier Tage vor dem Jahresende ist, dann ist der betreffende Stadtrat schlicht und einfach viel zu spät unterwegs mit seinem Geschäft.

Abschliessend appelliere ich an den Stadtrat, künftig amtliche Publikationen, gegen die das Rechtsmittel insbesondere ein Stimmrechtsrekurs mit einer Rekursfrist von fünf Tagen ist, so zu legen, dass die Rekursfrist nicht auf oder zwischen Feiertage fällt, so dass sich die interessierte Bevölkerung mit solchen Beschlüssen auseinandersetzen kann und eine faire Chance hat, das zu prüfen und allenfalls bei Bedarf einen Rekurs einzulegen.

Danke nicht nur für die Kenntnisnahme, sondern auch für die entsprechende Aktion.

Stadtpäsident M. Künzle: Es wird da aus meiner Sicht mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Bei der amtlichen Publikation vom 27.12. von diesen zwei Gebundenheitserklärungen, die Andreas erwähnt hat, ist ein administrativer Fehler passiert. Weder Vorsatz noch irgendeine Absicht. Uns irgendetwas uns zu unterstellen, finde ich ein bisschen gewagt – wenn nicht frech. Sondern es ist ein administrativer Fehler passiert.

Eine Mitarbeiterin von uns hat zwei Häkchen nicht gesetzt, die man hätte setzen müssen, damit alles seinen ordentlichen Lauf macht, also die Publikationen auf der Plattform. Die E-Publikationen waren zwar korrekt, aber die verlinkten Stadtratsbeschlüsse auf der städtischen Internetseite wurden wegen diesem Manipulationsfehler nicht rechtzeitig aufgeschaltet.

Wir entschuldigen uns in aller Form für den Fehler, der passiert ist. Wir bedauern aber gleichzeitig, dass einem solchen Fehler, der in einem hektischen Arbeitsalltag und genau über die Festtagszeit passieren kann, nicht mit ein bisschen grösserer Fehlertoleranz begegnet wurde. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann kommen wir zur dritten und letzten Fraktionserklärung, die vorgetragen wird von Michi Gross (SVP).

M. Gross (SVP): So schnell ist man vom 1. auf dem 3. Platz...

Das ist im zehnten Jahr, seit ich hier im Parlament oder im Rat bin, meine zweite Fraktionserklärung. Ich bitte deshalb um Nachsicht, wenn ich ein bisschen aushole.

ENTWURF

Im letzten NZZ-Folio wurde ein älteres wissenschaftliches psychologisches Experiment neu aufgerollt, das ich an dieser Stelle kurz aufnehmen möchte. In diesem Experiment wurden Menschen vor einem offiziellen Vorstellungsgespräch von professionellen Maskenbildnern im Gesicht mit Narben und Flecken entstellt. Die Teilnehmenden berichteten nach dem Vorstellungsgespräch von massiven Diskriminierungen aufgrund ihres entstellten Gesichts und von teilweise direkten, böartigen Kommentaren des Interviewers zu ihrem Aussehen. So viel zum ersten Teil dieses Experiments – ich komme später darauf zurück.

An der letzten Sitzung im Dezember hat Sarah Casutt von der AL nach zweieinhalb Jahren aus beruflichen Gründen ihren Rücktritt aus dem Parlament gegeben. Das allein wäre für uns noch keine Fraktionserklärung wert. Was sie zum Parlamentsbetrieb auf der Homepage der AL am 5. Dezember 2024 veröffentlicht hat, jedoch schon.

Ich habe den ganzen Block, den ich zitieren werde, als Ganzes genommen, damit man nicht sagen kann, ich hätte es aus dem Kontext gerissen. Sarah Casutt schreibt in ihrem Rückblick: «Vor meinem Eintritt ins Parlament hatte ich so meine Bedenken bezüglich der Stimmung in der Lokalpolitik und der Möglichkeit, bedeutende Veränderungen zu bewirken, wenn für Mehrheiten immer die GLP dabei sein muss. Leider haben sich viele dieser Befürchtungen bewahrheitet. Rassismus, sexistische Sprüche, Homophobie und Transphobie sind im Parlament nahezu alltäglich und scheinen normalisiert.» Fakten zu diesen harten Vorwürfen an das Parlament werden im nachfolgenden Bericht jedoch nicht geliefert.

Diskriminierungen oder diskriminierende Äusserungen in der Öffentlichkeit – insbesondere in einem Parlament – so wie sie Sarah im Bericht beschreibt, fallen unter den Tatbestand Art. 261 und folgende des Strafgesetzbuchs und können bzw. werden strafrechtlich verfolgt. Es handelt sich bei diesen Vorwürfen von Sarah also nicht um eine Bagatelle.

Aus unserer Sicht gibt es drei mögliche Erklärungen für diese deftigen Vorwürfe.

1. Die von Sarah beschriebenen Ereignisse haben tatsächlich stattgefunden und wurden weder vom Parlament noch der Parlamentsleitung bemerkt. Dann bitten wir die AL zu einer Stellungnahme zu den Fakten und mit den Fakten zu diesen allenfalls strafrechtlichen Behauptungen. Da gemäss Sarah die Übergriffe im Parlament fast alltäglich waren und wir ein Wortprotokoll haben, müsste das gut dokumentiert sein und dürfte dementsprechend relativ einfach zu finden sein.

Bitte versteht mich an dieser Stelle nicht falsch: Reale Diskriminierungen sind ernst zu nehmen. Dass Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe oder ihres Alters diskriminiert werden, ist ein No-Go. Da gibt es keine zwei Meinungen.

2. Die zweite mögliche Ursache ist etwas schwieriger und deshalb habe ich vorhin das Experiment angesprochen. Ich komme auf das eingangs beschriebene wissenschaftliche Experiment zurück. Ein entscheidender Fakt zum Experiment habe ich Euch verschwiegen. Den Probanden bzw. denjenigen, die dort mitmachten, wurden natürlich nach dem Schminken ihre entstellten Gesichter im Spiegel gezeigt. Kurz vor dem Vorstellungsgespräch sagten die Maskenbildner, sie würden es nochmals kurz abtupfen, haben aber dort alle Markierungen und alle Sachen entfernt, so dass das Gesicht ganz normal aussah wie immer. Sie sagten aber den Probanden nichts. Diese gingen in das Vorstellungsgespräch, im Wissen, dass sie überall Narben haben - oder im Glauben, dass sie überall Narben haben, obwohl diese eigentlich entfernt waren. Und trotzdem berichteten sie danach von massiven Diskriminierungen wegen des entstellten Gesichts. Sie hatten aber kein entstelltes Gesicht.

Was sagt uns dieses Experiment: Wer Opfer sein will, der ist auch Opfer. Es sind dann allerdings imaginäre Diskriminierungen.

3. Leider ist die dritte Erklärung für uns die wahrscheinlichste Erklärung: Ohne konkrete Beweise zu diesen Vorwürfen sagen sie mehr über Sarah Casutt und die AL im Allgemeinen aus. Man stigmatisiert andere Parteien und andersdenkende Menschen, um die eigene Wählerschaft bei der Stange zu halten. Fallweise – wie in diesem Fall – auch mit äusserst niederen Motiven. Damit macht die AL genau das, was sie eigentlich vorgibt zu bekämpfen.

Die SVP-Fraktion ist sehr überrascht ab diesen Vorwürfen. Wir halten die Diskussionskultur im Parlament zwar für intensiv, manchmal hitzig und laut, aber empfinden sie innerhalb sehr fairen Grenzen; so wie das auch Renate Dürr vorhin gesagt hat. Uns sind keine persönlichen

ENTWURF

Übergriffe oder Diskriminierungen bekannt, die nicht selbst von der AL begangen wurden (ich gebe da nur Stichworte: Polizisten sind alles Rassisten und der Mittelfingerzeig gegen Daniel Oswald).

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsident F. Helg: Vielen Dank, Michi Gross. In dieser parlamentarischen Angelegenheit kann ich als Präsident den Ball vielleicht noch aufgreifen: Auch ich erachte die generalisierende Äusserung von Sarah Casutt gegenüber dem gesamten Parlament als so nicht zutreffend und als Verunglimpfung der parlamentarischen Arbeit, wie wir sie in diesem Haus pflegen und wie ich sie auch in meiner langjährigen Parlamentstätigkeit erlebt habe.

Traktandenliste

Parlamentspräsident F. Helg: Wir kommen jetzt zur Bereinigung der Traktandenliste. Ohne Diskussion angedacht zu behandeln ist Traktandum 7, Gestaltungsplan «Vergäungsanlage Riet».

Und einfach noch pro memoria: Beim Traktandum 5, Genehmigung der Beschwerde gegen das Verwaltungsgerichts-Urteil betreffend Mindestlohn-Verordnung, gibt es eine Diskussion, auch wenn es einstimmig angenommen wurde. Das war der Wunsch der Fraktionen.

Gibt es Einwände zur Traktandenliste oder Bemerkungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste so genehmigt.

1. Traktandum

Protokoll der 12./13. und 14./15. Sitzungen

Parlamentspräsident F. Helg: Protokollabnahme der 12./13. und 14./15. Sitzung vom 2. und 9.12.2024, das waren die beiden Budget-Sitzungen. Gibt es dazu Anmerkungen oder Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann ist dieses Protokoll genehmigt.

Ich danke an dieser Stelle Andrea Furrer für die speditive und sehr gute Erstellung dieses Protokolls mit vielen Details und Zahlen.

Und ich erneuere nochmals den Hinweis, dass Andrea sehr froh ist um die Einreichung von vorbereiteten Voten. Mein Standardhinweis, so hat mir Andrea gesagt, hat auch genützt – und es erleichtert ihr die Arbeit etwas.

2. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.1: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 17. Februar 2025 anstelle der zurücktretenden R. Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 17. Februar 2025 anstelle der zurücktretenden R. Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Diese Wahlgeschäfte hat die IFK unter dem Präsidium von Maria Sorgo vorbereitet. Ich bitte Maria Sorgo um die Antragsbegründung.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt vor als Mitglied der SSK anstelle der zurücktretenden Renate Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022-2026: Julius Praetorius (Grüne).

ENTWURF

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es zu dieser Wahl noch weitere Vorschläge aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Julius Praetorius als gewählt und wünsche Dir in dieser Kommission viel Erfolg.

3. Traktandum

Parl.-Nr. 2025.2: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 17. Februar 2025 anstelle der zurücktretenden R. Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl einer Präsidentin / eines Präsidenten der Sachkommission Soziales und Sicherheit (SSK) per 17. Februar 2025 anstelle der zurücktretenden R. Dürr (Grüne) für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat nochmals Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Für das Präsidium der SSK schlägt die IFK vor: Julius Praetorius (Grüne).

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es zu diesem Wahlvorschlag der IFK noch weitere Vorschläge aus dem Plenum? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Julius Praetorius als Präsident der SSK als gewählt und wünsche Dir in diesem anspruchsvollen Amt viel Erfolg und Befriedigung.

4. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.101: Wahl eines Mitgliedes in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) anstelle des zurücktretenden B. Flachmüller für den Rest der Amtsdauer 2022/2026

Parlamentspräsident F. Helg: Wahl eines Mitgliedes in die Kommission Mechatronik Schule Winterthur (MSW) anstelle des zurücktretenden B. Flachmüller für den Rest der Amtsdauer 2022/2026. Das Wort hat nochmals die IFK-Präsidentin Maria Sorgo.

M. Sorgo (IFK): Die IFK schlägt als Ersatz des zurücktretenden Beat Flachmüller, auch für die Zeitdauer 2022/2026, vor: Antonia Baumgartner. Sie ist parteiunabhängiges Mitglied und vorgeschlagen von der Kommission selbst.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank für diese Erläuterung. Gibt es zu dieser Wahl weitere Vorschläge aus dem Kreis der Mitglieder des Parlaments? – Das ist nicht der Fall. Damit erkläre ich Antonia Baumgartner in absentia als gewählt und wünsche auch ihr von meiner Seite her viel Erfolg und Befriedigung in diesem Amt.

5. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.110: Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Zürich vom 17. September 2024 betreffend Verordnung über den sozialpolitischen Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom 6. März 2023 (AN.2024.00002)

ENTWURF

Parlamentspräsident F. Helg: Genehmigung der Beschwerdeerhebung gegen das Verwaltungsgerichtsurteil betreffend Mindestlohn-Verordnung. Wie gesagt gibt es da eine kurze Diskussion. Wir steigen ein in das Geschäft mit den Ausführungen der Referentin Maria Sorgo (SSK).

M. Sorgo (SSK): Ich stelle Euch gerne das Geschäft vor. Ich verzichte auf eine Präsentation, da ich glaube, inhaltlich ist ja grundsätzlich alles bekannt.

Vielleicht aber trotzdem noch zur Einreihung ganz kurz zur Vorgeschichte: Es geht ja um die Volksinitiative «Ein Lohn zum Leben» oder eben Mindestlohn-Initiative, die im Kanton Zürich in Kloten, Zürich und Winterthur eingereicht wurde. Und nach der Einreichung und vor der Parlamentsdebatte gab es dort schon eine Prüfung auf Gültigkeit, sowohl formell wie auch materiell. Formell gab es keine Punkte, die man herausnehmen musste; materiell wurde eine Teilgültigkeit bestätigt, dort musste ein kleiner Teil in der Kommission herausgenommen werden. Die Teilgültigkeit wurde dann auch von der Exekutive in Winterthur und vom Parlament so bestätigt. Die Volksinitiative wurde dann im Juni 2023 in Zürich und in Winterthur angenommen, in Winterthur mit 65.5% Ja-Stimmen.

Es gab dann im Nachgang einen Rekurs gegen diesen Volksentscheid durch verschiedene Wirtschaftsverbände. Es wurde schon im Vorfeld angekündigt, dass allenfalls verschiedene Fragen auch noch rechtlich geklärt werden müssen. Diesem Recht wurde dann auch nachgegangen durch die Rekurrent:innen. Der Rekurs wurde beim Bezirksrat Winterthur abgelehnt, worauf die Rekurrent:innen Beschwerde bei der nächsthöheren Instanz, beim Verwaltungsgericht, eingereicht haben. Die Beschwerde wurde dann beim Verwaltungsgericht in einem Mehrheitsentscheid gutgeheissen.

Und jetzt geht es darum, ob dieser Entscheid des Verwaltungsgerichts an die letzte und höchste Instanz zur Beurteilung weitergezogen werden soll – das wäre dann das Bundesgericht. Zuständig für einen möglichen Weiterzug ist das Stadtparlament.

In Zürich hat sich der Gemeinderat bereits zum Weiterzug entschieden und der Weiterzug ist dort auch bereits erfolgt, noch im Dezember.

In Winterthur hat der Stadtrat vorsorglich Beschwerde eingereicht, um die Fristen einhalten zu können, damit wir im Parlament genügend Zeit haben, um den Entscheid zu fällen, ob wir diesen Entscheid auch weiterziehen wollen. Der Stadtrat hat diesen Antrag gestellt an das Stadtparlament, dieses Urteil weiterzuziehen an das Bundesgericht; mit der Begründung, dass der Stadtrat und das Parlament nach dem erfolgten Volksentscheid der Klärung des rechtsstaatlichen Verfahrens nicht im Weg stehen sollen. Er hat auch die Parallelität zwischen der Stadt Zürich und der Stadt Winterthur berücksichtigt, da die Stadt Zürich das Urteil definitiv weitergezogen hat und das Bundesgericht sich also sowieso mit der Frage beschäftigen und einen Entscheid fällen muss.

Wird vor dem Bundesgericht der Entscheid im Sinn der Rekurrent:innen ausfallen, wird es keine Mindestlöhne geben in beiden Städten. Wird aber das Bundesgericht den Entscheid gegen die Rekurrent:innen fällen, ist es so, dass der Mindestlohn in Zürich eingeführt würde und in Winterthur nur dann, wenn der Weiterzug auch erfolgt. Ansonsten würde es zu einer Ungleichbehandlung dieser Volksentscheide kommen.

In der SSK haben wir dieses Geschäft in einer Sitzung am letzten Montag (13. Januar) behandelt. Ich glaube, ganz wichtig zu sagen ist: Es geht nicht um eine politische Einschätzung, diese wurde früher schon gemacht, bevor man über die Initiative abgestimmt hat. Es geht wirklich nur um demokratiepolitische und rechtsstaatliche Fragen. Die SSK, das hat der Parlamentspräsident auch schon so ausgeführt, hat sich einstimmig für den Weiterzug entschieden.

Es ist aber verschiedenen Fraktionen ein grosses Anliegen, diesen Entscheid auch noch kurz zu begründen. Deshalb wird es auch noch eine Diskussion geben. Und allenfalls werden einzelne Fraktionen Stimmfreigabe geben; so wurde es zumindest einmal angekündigt.

Die Gründe, weshalb die SSK sich für den Weiterzug entschieden hat bzw. für die Empfehlung zum Weiterzug, waren vor allem die demokratiepolitischen Überlegungen sowie rechtsstaatliche Überlegungen; dass dem Resultat der Volksabstimmung in dem Sinne Rechnung

ENTWURF

getragen werden soll, dass auch eine abschliessende Klärung der rechtlichen Einschätzung durch die höchste Instanz gewünscht wird; und dass man auch verhindern möchte, dass es zur Möglichkeit von ungleichen Auslegungen im Zusammenhang mit der Stadt Zürich kommen könnte, die ja den Rekurs bereits weitergezogen hat und das Bundesgericht in diesem Fall sowieso einen Entscheid fällen muss.

Und ich glaube, ich habe es schon gesagt, es geht da wirklich um die rechtliche und demokratische Einschätzung dieses Entscheids und nicht um die politische Haltung von einzelnen Fraktionen.

So viel zum Geschäft. Ich werde nachher noch kurz etwas zur Haltung der SP sagen. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Am letzten Freitag haben übrigens alle Parlamentsmitglieder diese Beschwerdeschrift über den Parlamentsdienst erhalten, damit man dort auch die Argumente nachlesen kann, die jetzt vor dem Bundesgericht geltend gemacht werden sollen. Wir steigen ein in die Diskussion. Als erstes auf der Rednerliste ist Dani Romay (FDP).

D. Romay (FDP): Wir wollen vorwegschicken, dass wir es grundsätzlich falsch finden, dass man auf Gemeindeebene anfängt, solche Mindestlöhne einzuführen. Das riesige Bürokratiemonster, das man auf Gemeindeebene aufbauen wird und den Firmen auferlegt, wird unverhältnismässig sein. Es trifft aber nicht nur KMUs und Unternehmen generell, es wird auch Vereinsorganisationen treffen – und das ist auch zu bedauern.

Jetzt geht es aber, wie wir vorhin gehört haben, nicht um die politischen Inhalte und das Vorgehen, sondern es geht um die Klärung einer staatsrechtlichen Fragestellung. Und zwar: Hat die Gemeinde die Kompetenzen, eine Verordnung zum Mindestlohn zu erlassen?

Die FDP anerkennt den Volkswillen von 65.5% und befürwortet eine juristische Klärung dieser Sachlage, insbesondere da die Fragestellung eine präjudizielle Bedeutung haben wird. Danke.

R. Dürr (Grüne/AL): Von Seiten Fraktion Grüne/AL gibt es eigentlich nicht mehr zu sagen, als dass wir das natürlich sehr unterstützen, dass das jetzt an das Bundesgericht überwiesen wird. Die Diskussion in der SSK lief auch auf das hinaus. Und ich glaube, es war das erste Mal in meiner Zeit in der SSK, wo man sich so einstimmig einig war - wenn auch nicht aus den gleichen Beweggründen. Besten Dank.

K. Vogel (Die Mitte/EDU): Danke Dir, Maria, für das Präsentieren dieser Vorlage. Aus Sicht der Mitte/EDU-Fraktion ist ein kommunaler Mindestlohn, wie es auch Dani Romay schon gesagt hat, immer noch der falsche Weg.

Wir akzeptieren aber, dass das Stimmvolk diesen mit einer klaren Mehrheit angenommen hat. Trotz der klaren Annahme von dieser Initiative bedeutet das aber nicht, dass sie juristisch zulässig ist. Das Verwaltungsgericht hat in dieser Frage schliesslich entschieden und den Rekurrenten von der Handelskammer und vom KMU-Verband nicht ohne Grund Recht gegeben. In der Frage, ob ein Mindestlohn auf kommunaler Ebene überhaupt juristisch zulässig ist, gibt es aber noch keinen Bundesgerichtsentscheid. Das Stadtparlament soll das Urteil des Verwaltungsgerichts an das Bundesgericht weiterziehen und die Beschwerde einreichen können, um endlich eine Klärung in dieser Frage zu bekommen. Danke.

N. Holderegger (GLP): Ich danke Maria Sorgo für die Vorstellung des Geschäfts.

Ja, wenn es darum geht, ob wir darüber entscheiden wollen, ob der Entscheid des Verwaltungsgerichts weitergezogen werden soll oder nicht, dann sind die materiellen Beweggründe des Gerichts auch mitzubersichtigen.

Die Mehrheit des Verwaltungsgerichts anerkennt inhaltlich die Einführung des Mindestlohns als mit dem Gemeinderecht vereinbar. Das Gericht hält jedoch auch fest, dass es für die Einführung eines Mindestlohns auf Gemeindeebene weder einen kantonalen Gesetzesauftrag noch eine kantonale Rechtsgrundlage gibt, auf die sich die Verordnung stützen könnte. Und

ENTWURF

das Gericht führt auch aus, dass das Konzept der Sozialhilfe, der kantonalen Sozialhilfe, keine Eingriffe in privatrechtliche Verhältnisse kennt und der Kanton Zürich eine abschliessende Regelung erlassen hat.

Eine Minderheit des Gerichts ist der Meinung, dass das kantonale Recht sehr wohl eine Einführung eines kommunalen Mindestlohns möglich macht.

Meine Damen und Herren, wir alle kennen den Grundsatz: Das Bundesrecht geht kantonalem Recht vor und kantonales Recht geht dem Gemeinderecht vor. Und es gilt eben ein weiterer rechtsstaatlicher Grundsatz, der zentral ist: Es gibt kein staatliches Handeln ohne Rechtsgrundlage.

Aus diesem Grund befürwortet die grünliberale Fraktion den Weiterzug dieses Urteils an das Bundesgericht.

Erstens: Für die grünliberale Fraktion ist der Volkswille zentral. Wenn über 65% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Winterthur dem Geschäft zugestimmt haben und nun die zweite Instanz, das Verwaltungsgericht, dieses Volksverdict eigentlich gekippt hat, braucht es nicht anderes als eine Überprüfung durch die höchste richterliche Instanz.

Zweitens: Wenn eine solche Überprüfung stattfindet, dann ist diese Frage auch für alle anderen Gemeinden in unserem Land, in der Schweiz, geklärt. Es wirkt eben präjudiziell. Und so kann man unnötigen Prozessen und unnötigen Kosten vorbeugen.

Drittens: Für die grünliberale Fraktion, ich habe es schon gesagt, ist staatliches Handeln und damit einhergehend die Notwendigkeit einer Rechtsgrundlage eben notwendig. Wenn eine solche Grundlage fehlt, wie vorliegend vom Verwaltungsgericht dargelegt, dann sieht sich die grünliberale Fraktion in der Pflicht, eine gerichtliche Prüfung durch die höchste richterliche Instanz, dem schweizerischen Bundesgericht, zu verlangen. Dies tut sie vorliegend.

Viertens: Die Kommission, das wurde schon gesagt, hat diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Damit habe ich geschlossen. Besten Dank.

D. Rohner (EVP): Die Bevölkerung hat im Juni 2023 diese Initiative sehr deutlich angenommen. Und die Rekurrenten haben den Entscheid bemängelt, da ein kommunaler Mindestlohn gegen das kantonale Recht verstosse und es ein Eingriff in die privatrechtlichen Arbeitsverhältnisse sei.

Und seitens EVP schauen wir den Weiterzug an das Bundesgericht aus zwei Gründen als richtig an:

1. Es wurde bereits gesagt: Es war ein deutlicher Volksentscheid. Diesem ist unbedingt Folge zu leisten.
2. Der Weiterzug des Urteils an das Bundesgericht ist insofern nötig, damit die rechtliche Grundlage abschliessend geklärt ist.

Von daher werden wir dem Weiterzug auch zustimmen. Danke vielmals.

G. Gisler (SVP): Danke, Maria, für die Vorstellung dieser Vorlage.

Die SVP ist bezüglich Weiterzug des Urteils des Verwaltungsgerichts an das Bundesgericht im vorliegenden Fall geteilter Meinung.

Der eine Teil unserer Fraktion erachtet ein Weiterzug als vergeblich, da sie nach wie vor der Auffassung sind, dass auf kommunaler Ebene ein Mindestlohn nicht zulässig ist, da ja das kantonale Sozialhilfegesetz eine abschliessende Regelung darstellt. Zudem verursacht dieser Weiterzug u.a. auch Kosten für die Stadt Winterthur.

Ein anderer Teil der Fraktion stellt sich einem Weiterzug aus demokratiepolitischen Gründen nicht entgegen: Die rechtsstaatliche Frage soll geklärt werden, dem klaren Volkswillen soll Rechnung getragen werden und eine allfällige unterschiedliche Handhabung gegenüber der Stadt Zürich soll vermieden werden.

Die SVP-Fraktion hat daher in diesem Geschäft die Stimmfreigabe beschlossen. Besten Dank.

ENTWURF

M. Sorgo (SP): Wir haben bekannterweise dem Mindestlohn gegenüber grundsätzlich eine positive Haltung, aber ich glaube, um das geht es heute Abend nicht. Das wurde auch klar. Und wir sehen da, dass der Weiterzug an das Bundesgericht wichtig ist, damit diese Frage abschliessend geklärt werden kann.

Und wir danken hier auch den Fraktionen, dass diese sehr sachlichen Diskussion zu diesem Thema in der SSK und jetzt auch heute im Parlament möglich war. Und dass man sich jetzt auch mit einer grossen Mehrheit dazu entschliesst, den Rekurs an das Bundesgericht weiterzuziehen.

Wir schauen es ganz grundsätzlich als wichtig an, insbesondere aber auch, weil die Stadt Zürich das Urteil des Verwaltungsgerichts ja bereits weitergezogen hat. Und stellen Sie sich vor, was wäre, wenn das Bundesgericht gegen die Rekurrent:innen entscheiden würde und in Zürich der Volkswillen umgesetzt würde – und in Winterthur wäre das nicht möglich. Und auch deshalb sind wir sehr froh und möchten auch dafür danken, dass man das so sachlich anschauen und diskutieren konnte.

M. Wäckerlin (SVP): Gaby hat es schon relativ gut gesagt, wie es in der SVP-Fraktion aussieht. Aber nachdem so viele argumentiert haben, wieso man es weiterziehen soll, möchte ich doch noch einige Argumente ins Feld führen, weshalb man es eben nicht weiterziehen soll.

Und zwar ist nach der Meinung eines Teils der SVP-Fraktion klar, dass das Verwaltungsgericht schlicht und einfach richtig entschieden hat. Wir machen Euch darauf aufmerksam, dass das Verwaltungsgericht die erste nicht wirklich politische, sondern die erste rechtliche Instanz war, die das wirklich angeschaut hat. Und dass das ziemlich sicher richtig ist.

Zum anderen: Es wird sowieso letztinstanzlich entschieden, weil die Stadt Zürich sowieso zum Bundesgericht geht. D.h. Winterthur könnte sich diese unserer Meinung nach ohnehin unnützen Kosten sparen. Klar, der worst case wäre, wenn die Stadt Zürich Recht bekäme. Dann müsste die SP die Initiative halt nochmals einreichen, um da wieder durchzukommen. Aber davon gehen wir eigentlich gar nicht aus, sondern wir rechnen damit, dass das Bundesgericht im Sinne des Verwaltungsgerichts entscheiden wird. Und entsprechend kommen da nur unnötige Kosten auf die Stadt zu.

Wir haben ja sowieso ein bisschen eine Tendenz, gegen alles zu rekurrieren und vor Gericht zu gehen - und am Schluss muss es der Steuerzahler zahlen.

Stadtrat N. Galladé: Ich danke der Referentin für ihre Erläuterungen, ich danke auch für die differenzierten Voten durch den ganzen Ratsbetrieb über alle Fraktionen hinweg und entnehme den Voten, dass das Stadtparlament offenbar grossmehrheitlich dem stadträtlichen Antrag folgen wird und die Begründung und die Argumente grossmehrheitlich nachvollziehen zu können scheint. Mehr muss ich gar nicht sagen, es wurde schon alles gesagt. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann gehe ich davon aus, dass wir zur Abstimmung schreiten können. Sie ist hier projiziert. A = Zustimmung zum Weiterzug, B = Ablehnung, also kein Weiterzug.

Abstimmungsergebnis: 50 Zustimmung zu 4 Ablehnung bei 0 Enthaltung.

Somit sind die Voraussetzungen erfüllt, dass das Bundesgericht diese Beschwerde an Hand nehmen kann. Und dann müssen wir schauen, wie lange es geht, bis wir da Gewissheit haben, wie es um den Mindestlohn steht.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.84: Verpflichtungskredit von Fr. 5'793'520 für den Mietvertrag mit der AXA für das Veloparking an der Paulstrasse 12 in Winterthur

Parlamentspräsident F. Helg: Verpflichtungskredit von Fr. 5'793'520 für den Mietvertrag mit der AXA für das Veloparking an der Paulstrasse 12 in Winterthur.

Zuerst noch eine Bemerkung: Michi Gross hat erklärt, dass er in Ausstand treten wird, weil er in der AXA mit baulichen Fragen zu tun hat und das Interessenskollision erachtet.

Das Geschäft wird vorgestellt von Andreas Geering als Referent, anstelle von Selim Gfeller.

A. Geering (SBK): Ich darf Ihnen heute das Geschäft vorstellen «Verpflichtungskredit von 5.793 Millionen für den Mietvertrag mit der AXA für das Veloparking an der Paulstrasse 12 in Winterthur». Vorgängig möchte ich mich beim Departement Bau und Mobilität bedanken für das Bildmaterial, das mir für die Präsentation zur Verfügung gestellt wurde.

Der Antrag ist projiziert: «Für das «Veloparking Paulstrasse» in Winterthur wird ein Verpflichtungskredit für die Mietkosten über 20 Jahre von einmalig 5'793'520 Franken, bestehend aus der Miete für den Grundausbau von jährlich 131'000 Franken, kapitalisiert in der Höhe von 2,62 Millionen Franken, und der Miete für den Mieterausbau von jährlich 158'676 Franken, kapitalisiert in der Höhe von rund 3.174 Millionen Franken bewilligt und dem Globalkredit der Produktegruppe 322 Tiefbau belastet. Die Zahlungen werden erstmals nach Mietbeginn, voraussichtlich im April 2028, fällig.»

Im Jahr 2014 gab es eine Volksinitiative; ich gehe kurz auf die Geschichte dieses Geschäfts ein. Es gab eine Volksinitiative «Endlich genügend Veloabstellplätze am Hauptbahnhof» und einen indirekten Gegenvorschlag, den das Stadtparlament am 17. Dezember 2014 bewilligte. Darin wird ein Zielwert von 7'200 Veloabstellplätzen um den Hauptbahnhof definiert. Davon sollen 1'050 Abstellplätze im Perimeter Rudolfstrasse liegen. Diesen Beschluss hat der Stadtrat im September 2021 mit dem Ziel ergänzt, bis im Jahr 2050 die Zahl der Veloabstellplätze auf 10'000 zu erhöhen.

Die Geschichte der Entwicklung der Veloabstellplätze rund um den Bahnhof: Im Jahr 2014 hatten wir um den Hauptbahnhof 3'600 Veloabstellplätze. Das ist dann über die Jahre gewachsen, es wurde ausgebaut. Aktuell haben wir 5'600 Veloabstellplätze. Davon sind 2'550 auf der Westseite des Bahnhofs, also im Perimeter Rudolfstrasse.

Das Ziel 2030 zeigt sich wie folgt: Die Zahl der angestrebten Veloabstellplätze bis 2030 beträgt 6'450 Plätze. Dazu gehören 500 Veloabstellplätze im geplanten Stellwerk 2, das jetzt in Planung ist, und 750 Veloabstellplätze im Veloparkring Paulstrasse, das wir heute unter Diskussion haben. Weiter laufen Abklärungen zu neuen Veloabstellplätzen im Bereich des Einkaufszentrum Neuwiesen und im Bereich Salzhausplatz. Das angestrebte Ziel von 7'200 Veloabstellplätzen bis 2030 ist trotzdem schwierig zu erreichen. Dies zumal die Velostationen im Zusammenhang mit dem Ausbaukonzept Bahnhof Winterthur 2045+ und den damit laufenden Verfahren Stadtraum Hauptbahnhof verbunden sind und man eigentlich erst weiss, wo weitere Velostationen realisiert werden können, wenn diese Grundlagen vorliegen. Auch eine Velostation im Zusammenhang mit der Personenunterführung Süd wird sich deshalb wohl nicht früher realisieren lassen.

Das Veloparking Paulstrasse: Die AXA nutzt ihr Gebäude an der Paulstrasse in Wohnungen um. In diesem Zusammenhang hat die AXA das Untergeschoss zur Miete und Nutzung als Veloparking an die Stadt Winterthur angeboten. Geplant sind 750 Veloabstellplätze auf einer Mietfläche von 1'210 m². Der Ausbaustandard wurde dabei an den Velostationen Rudolfstrasse und Stellwerk ausgerichtet oder angeglichen. Das bedeutet: Neben Doppelveloständern sind auch Schliessfächer, Lademöglichkeiten für E-Bikes und Zutrittssystem, welches die Velostation während der Nacht verschliesst und nur für Berechtigte zugänglich macht, vorgesehen und geplant. Aufgrund der Distanz von 100 Metern zum Hauptbahnhof (was gleich weit ist wie das Esse oder die Parkierung an der Bankstrasse) kam der Stadtrat

ENTWURF

aber zum Schluss, dass er diese Veloparkplätze nicht als Velostation realisieren will, sondern als Veloparking. Der Unterschied ist: Bei einer Velostation bezahlen die Nutzenden eine Gebühr; ein Veloparking steht den Nutzenden gratis zur Verfügung.

Die Zufahrt zu diesem Veloparking erfolgt über eine Rampe (der Standort ist auf dem Bild ersichtlich) und für den Zutritt zu Fuss ist eine Treppe (ebenfalls auf dem Bild ersichtlich). Zusätzlich ist der Zugang auch noch über einen Lift vorgesehen. Das zum einen, weil auch Leute mit eingeschränkter Fussmobilität durchaus mit dem Velo unterwegs sind, und zum anderen, damit man z.B. Veloanhänger, die als Kinderwagen dienen, gut hinein- und hinausfahren kann.

Die Kosten sehen wie folgt aus: Es handelt sich um einen Vertrag mit einer Laufzeit von 20 Jahren mit der Option auf zwei Verlängerungen von je fünf Jahren. Entsprechend sprechen wir hier nicht von der Investitionsrechnung, sondern von der Erfolgsrechnung. Und die 20 Jahre, die in der ersten Laufzeit drin sind, behandeln wir als einmalig.

Die Kosten setzen sich wie folgt zusammen:

Miete im Grundausbau (inkl. Rampe)	Fr. 131'000 / Jahr	Fr. 2'620'000 auf 20 Jahre
Mieterausbau (Stadt bestellt / AXA baut)	Fr. 158'676 / Jahr	Fr. 3'173'520 auf 20 Jahre
Total beantragter Verpflichtungskredit		Fr. 5'793'520 auf 20 Jahre
Mietzins total (Grund- plus Mieterausbau)	Fr. 289'676 / Jahr	

Nicht enthalten im beantragten Kredit ist wie gesagt ein Lift. Ursprünglich war angedacht, dass die Nutzenden den bestehenden Lift des AXA-Gebäudes mitbenutzen können. Dieser Lift erschliesst auch die Wohnungen darüber. Die AXA kam dann aber auf die Stadt zurück und sagte, dass es aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist, dass man den gleichen Lift benutzt für die Wohnungsmietenden und für das Veloparking. Deshalb ist jetzt angedacht, dass man einen zusätzlichen neuen Lift macht, der das Veloparking im Untergeschoss erschliesst; für ca. 80'000 Franken soll das möglich sein.

Die Behandlung in der Kommission drehte sich um verschiedene Punkte. Wir hatten in der Stadtbaukommission drei Lesungen zu diesem Geschäft und vier Punkte führten zu vermehrten Diskussionen:

Zum einen war das der Mieterausbau, der in einer ersten Grobkostenschätzung im Juli 2023 im entsprechenden Stadtratsbeschluss mit 400'000 – 700'000 Franken beziffert war. Und jetzt beläuft er sich aktuell auf 3'173'520 Franken.

Beim Lift, den ich schon erwähnt habe, wurde diskutiert, ob es für ein Veloparking überhaupt einen Lift braucht oder nicht, da waren die Kommissionsmitglieder nicht ganz gleicher Meinung.

Und dann war die Diskussion, ob Velostation oder Veloparking, sprich: Gebühren oder kostenlose Nutzung. Es wurde nicht in Frage gestellt, dass die Paulstrasse kostenlos als Veloparking geführt werden soll. Hingegen wurde kritisiert, dass wenn es ursprünglich als Velostation mit dem Standard von Rudolfstrasse und Stellwerk geplant war, und man das nachher als Veloparking zur Verfügung stellt aufgrund der weiteren Distanz zum Bahnhof, müsste sich das auch im Service, der zur Verfügung steht – dass weniger Ausbaustandard vorhanden ist als in einer Velostation.

Und der letzte Punkt wurde von mir schon mehrmals erwähnt: Das ist die Lage. Die Lage, bei der man doch vom Ausgang des Veloparkings noch 100 m hat, bis man zur Unterführung und entsprechend auf die Perrons kommt.

Das alles führte dazu, dass in der SBK verschiedene Kürzungen diskutiert wurden, die sich auf den Mieterausbau bezogen. Und schlussendlich wurde ein Kürzungsantrag von der Stadtbaukommission beschlossen. Das sind 310'000 Franken, um welche der Mieterausbau gekürzt werden soll. Der gesamte Mieterausbau in diesen 20 Jahren reduziert sich entsprechend, die jährlichen Kosten sieht man im Antrag.

Dem um 310'000 Franken gekürzten Kredit stimmte die Stadtbaukommission mit 7:2 zu.

In der Konsequenz gibt das eine Änderung des Stadtratsantrag, die jetzt eingeblendet ist. Es lautet so: «Für das «Veloparking Paulstrasse» in Winterthur wird ein Verpflichtungskredit für die Mietkosten über 20 Jahre von einmalig ~~5'793'520~~ 5'483'520 Franken, bestehend aus der

ENTWURF

Miete für den Grundausbau von jährlich 131'000 Franken, kapitalisiert in der Höhe von 2,62 Millionen Franken, und der Miete für den Mieterausbau von jährlich ~~458'676~~ 143'176 Franken, kapitalisiert in der Höhe von rund ~~3,174~~ 2'863'520 Franken bewilligt und dem Globalkredit der Produktegruppe 322 Tiefbau belastet. Die Zahlungen werden erstmals nach Mietbeginn, voraussichtlich April 2028, fällig.»

Soweit meine Präsentation. Die Fraktionsmeinung werde ich später kundtun. Vielen Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Andreas Geering, für das Vorstellen. Jetzt geht es noch darum, ob es weitere Anträge gibt, was diese Summe betrifft. Von der EVP wurde ein Antrag angemeldet. Ich bitte Alex Würzer, das vorzustellen.

A. Würzer (EVP): Ich danke Andreas Geering für die Vorstellung des Geschäfts und des Kommissionsantrags. Wie bereits vorangekündigt, möchte ich den nachfolgenden Fraktionsantrag der EVP dem Kommissionsantrag gegenüberstellen. Es geht um die Reduktion vom Kürzungsantrag der Kommission um 80'000 Franken – das für die Realisierung eines Lifts. Ich bin gebeten worden, unseren Antrag nochmals vorzulesen, was ich natürlich sehr gern mache: «Für das «Veloparking Paulstrasse» in Winterthur wird ein Verpflichtungskredit für die Mietkosten über 20 Jahre von einmalig 5'563'520 Franken, bestehend aus der Miete für den Grundausbau von jährlich 131'000 Franken, kapitalisiert in der Höhe von 2,62 Millionen Franken, und der Miete für den Mieterausbau von jährlich 147'176 Franken, kapitalisiert in der Höhe von rund 2'943'520 Franken bewilligt und dem Globalkredit der Produktegruppe 322 Tiefbau belastet. Die Zahlungen werden erstmals nach Mietbeginn, voraussichtlich April 2028, fällig.» Ja, wenn ich das gewusst hätte, hätte ich es mir vielleicht nochmals überlegt... Trotzdem sind wir der Meinung, dass dies ein wichtiger Antrag ist. Zur Begründung: Wir sind der Ansicht, dass die voraussichtlichen Kosten für den Bau des Lifts im Kürzungsantrag der Kommission berücksichtigt werden sollten. Wir haben als Kommission, wir haben es schon gehört, der Verwaltung den Auftrag erteilt oder die Bitte gestellt, dass sie verschiedene Szenarien für eine Kostenreduktion berechnen. Diesem Auftrag ist die Verwaltung auch vorbildlich nachgekommen. Ausserdem ist klar und transparent dargelegt worden (auch das haben wir schon gehört), dass die Kosten für einen Lift im Umfang von ca. 80'000 Franken (65'000 Franken für den Lift und 15'000 Franken für Anpassungen für den Liftschacht) noch nicht in diesen Berechnungen enthalten seien. Ohne Lift aber ist das Veloparking für verschiedene Personengruppen nicht nutzbar. Der Zutritt oder der Austritt von Personen über die Rampe ist aus Sicherheitsgründen nicht möglich, weil dies zu Konflikten mit ein- und ausfahrenden Velos führen würde. Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob es überhaupt Fälle gibt, die einen solchen Lift notwendig machen. Da braucht man aber gar nicht allzu viel Fantasie. Zum Beispiel ein Veloanhänger für Kinder, der dann auch als Kinderwagen eingesetzt werden kann. Und es gibt durchaus auch Menschen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, Velo fahren können, aber gleichzeitig nicht eine Treppe hinauf- oder hinuntergehen können. Für uns ist es aber neben dem Anliegen, tatsächlich einen Lift zu realisieren, auch eine Frage der Wertschätzung gegenüber der Arbeit der Verwaltung. Plus ist es zum Zeitpunkt, zu dem der Verpflichtungskredit gesprochen wird, auch unsere Pflicht, diesen Kredit so genau wie möglich zu beziffern. Einen Kredit zu sprechen, von dem wir jetzt schon wissen, dass er falsch ist, widerspricht unserer Auffassung nach den Grundsätzen einer korrekten Finanzplanung. Die zusätzlich anfallenden Kosten für den Lift bereits jetzt den Reserven zu belasten, erachten wir ebenfalls als falsch.

Deshalb danke ich allen, die diesen Fraktionsantrag unterstützen.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank. Vielleicht noch ein Hinweis, wie es nachher dann beim Abstimmungsverfahren ist. Wir haben jetzt ja den EVP-Antrag und den SBK-Antrag, die den Stadtratsantrag abändern. D.h. wir werden dann zuerst die betragliche Kürzung ausmehren zwischen EVP- und SBK-Antrag und dann die obsiegende Variante dem Stadtratsantrag entgegenstellen.

ENTWURF

Wir können jetzt in die Diskussion einsteigen. Wie ich gehört habe, hat Romana Heuberger da noch ganz generelle Punkte zu dieser Vorlage, die für Ablehnung sprechen. Deshalb nehme ich sie zuerst.

R. Heuberger (FDP): Es liegt vielleicht einfach daran, dass ich noch Fotos geschickt habe, zu denen ich sagte, man solle sie einblenden, dass mich Felix hier vornimmt.

Ich nehme es vorweg: Die FDP-Fraktion wird dieser Vorlage nicht zustimmen, wir werden sie ablehnen. Dies aus mehreren Gründen.

Erstens: Was sind eigentlich die Bedürfnisse der Velofahrenden? Die Velofahrenden wollen so nah wie möglich an das Perron fahren können. Deshalb sind die nahegelegenen oberirdischen Veloständer auch viel attraktiver und darum in der Regel völlig überfüllt, während die weiter entfernten Veloparkings Esse und Kesselhaus immer noch halb leer stehen. Das sind einige Bilder, die ich letzten Montag aufgenommen habe. Kollege Angele hat am Freitag noch Fotos gemacht – es sieht genau gleich aus. Sie sind einfach halb leer.

Und was macht der Stadtrat? Der Stadtrat hebt im Perimeter Rudolfstrasse rund 520 attraktive oberirdische Veloabstellplätze dauerhaft auf. Okay, 460 davon sind temporär eingerichtet. Aber hey, sie sind da und sie werden genutzt! Gleichzeitig werden weitere 20 Plätze an der Paulstrasse zu 4-Stunden-Parkplätzen umgewandelt. Und weitere solche Parkplätze sollen folgen.

Was ist die Position der FDP? Wir fordern, dass die oberirdischen, zentral gelegenen Veloabstellplätze bestehen bleiben bzw. wiederhergestellt werden und sogar erweitert werden, weil sie den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Zudem ist auf die Begrenzung der Abstellplätze auf 4 Stunden zu verzichten.

Als FDP wünschen wir uns, dass der Anteil des Veloverkehrs am Gesamtverkehr steigt – und zwar nicht, weil wir die Menschen zwingen oder andere Verkehrsmittel bewusst ausbremsen, sondern weil das Velo seine Vorteile ausspielen kann. Einer der ganz grossen Vorteile des Velos: Man kann es dort abstellen, wo man hinmöchte. So war es zumindest bis jetzt in unserer Stadt. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, wieso der Stadtrat dem Velo nun genau diesen Vorteil wegnehmen möchte. In unseren Augen besteht dafür absolut kein Grund, ausser vielleicht, dass die oberirdischen Parkplätze den Stadtplanern nicht gefallen.

Nach dem freiwilligen, massiven Abbau von zentralen oberirdischen Veloabstellplätze beklagt sich der gleiche Stadtrat nun, dass es im Perimeter Rudolfstrasse zu wenig Veloabstellplätze habe und man für rund 5.8 Millionen Franken unterirdische Veloabstellplätze schaffen müsse. Doch die bestehenden, eher dezentralen Gratis-Veloparkings Esse und Kesselhaus zeigen, dass diese eben deutlich unattraktiver sind als die oberirdischen Plätze. Dies ist dem Stadtrat offenbar auch bewusst, weshalb er nun sagt, dass verschiedene kostspielige Massnahmen ergriffen werden sollen, um den Veloverkehr eben in diese Parkings zu verschieben. Ich bin mir sicher: Diese staatlichen Umerziehungsversuche werden auch da nicht von Erfolg gekrönt sein.

Das AXA-Veloparking hat aber noch schlechtere Voraussetzungen: Es liegt weiter entfernt vom Bahnhof als die beiden genannten Veloparkings; es handelt sich um unterirdische, unbelebte Abstellplätze, die nur mit Videoüberwachung ausgestattet sind – eine fragliche Sicherheitslösung; eine Spitzkehre und ein 90°-Winkel in der Einfahrtsrampe mit Gegenverkehr machen die Zufahrt zusätzlich unattraktiver. Für diejenigen, die sich dessen nicht bewusst sind: Das wird die Einfahrt sein. Man fährt hinunter, hat dann eine Spitzkehre und muss unten im rechten Winkel ausfahren.

Die Kosten waren ein grosses Thema. Die Kosten sind explodiert. Im Stadtratsbeschluss von Mai 2023 wurden die Kosten für den Mieterausbau (Andreas hat es gesagt) zwischen 400'000 – 700'000 Franken und für den Grundausbau auf 2 Millionen geschätzt. Jetzt aber beantragt man dem Parlament 2,6 Millionen für den Grundausbau und 3,17 Millionen für den Mieterausbau. Beim Mieterausbau sind dies 4,5 Mal mehr (ich wiederhole: 4,5 Mal mehr) als ursprünglich geplant. Jetzt kostet uns jeder Veloabstellplatz 386 Franken pro Parkplatz pro Jahr. Zum Vergleich: Im Esse-Areal kostet ein Parkplatz pro Jahr 220 Franken, also fast die Hälfte.

ENTWURF

Auch beim AXA-Parking ist man scheinbar davon ausgegangen «äs dörf noch es bizeli me si». Und auch hier muss ich sagen: Nein. In Anbetracht der aktuellen und prognostizierten Finanzlage der Stadt lehnen wir dieses Projekt ab. Das Geld sollte für dringende Projekte wie den Bau von Schulbauten genutzt werden – und nicht für leere Velostationen. Deshalb hat die FDP zusammen mit anderen Fraktionen heute auch zwei Vorstösse zum Thema Schulraumplanung eingereicht.

Kürzungsantrag und Verbesserungsvorschläge: Die FDP unterstützt den Kürzungsantrag der Kommission und hat sich immer dafür eingesetzt, dass Doppelstöcker-Parkplätze im neuen Parking nicht eingeführt werden, solange es nicht nötig ist. Auch hier ist nochmals ein Bild, auf dem man sieht: Die Doppelstöcker sind einfach nicht gleich belegt. Doppelstöcker sind – vor allem die oberen – unattraktiv. Jedes Velo hat einen Veloständer und wenn man alle paar Meter einen Velobügel oder eine Bodenverankerung einführt, reicht das völlig. Es braucht gar nicht mehr. Zudem ist es unnötig, kostenlose Ladeeinrichtungen für E-Bikes im Veloparking anzubieten. Jedes E-Bike kann man problemlos 1 x in der Woche am Abend zuhause laden. können problemlos auch zu Hause geladen werden.

Und zum Antrag von Alex: Alex sagt, er will den Kreditbetrag um 80'000 Franken weniger reduzieren als die Kommission, wegen dem Lift. Lieber Alex, es hat ganz viel Potenzial in diesem Antrag drin. Es hat noch ganz viel Raum für Streichungen. Wir haben noch 270 Schliessfächer, wir haben noch diverse Anschlüsse, die man streichen kann – den Lift muss man nicht unbedingt streichen. Und wenn Du sagst, es geht auch darum, Respekt zu zollen gegenüber den Mitarbeitenden, dann muss ich fragen: Zu welchem Stadium? Denn im Antrag, im ursprünglichen Antrag des Stadtrats, stand: «Auf den kostspieligen Einbau eines separaten Lifts für das Veloparking Paulstrasse wird verzichtet. Damit können wir Investitionskosten und Betriebskosten sparen.» Also damals wollten sie explizit keinen.

Zusammengefasst: Wir werden dieses Veloparking ablehnen. Dies aus folgenden Gründen:

- a) Es gibt bereits genügend freie Abstellplätze im Perimeter Rudolfstrasse, sowohl kostenlos als auch kostenpflichtig. Durch den von der FDP geforderten Erhalt der 520 bahnhofsnahe oberirdischen Parkplätze wird dies auch mittelfristig so bleiben.

- b) Der Standort des geplanten Veloparkings ist unattraktiv, und der Zugang sowie die Lage im Untergrund sind problematisch.

- c) Die Kosten sind drastisch gestiegen und mittlerweile viel zu hoch. In Anbetracht der künftigen Finanzlage der Stadt (ich habe es gesagt) gilt es, Prioritäten zu setzen und das Geld z.B. für Schulbauten einzusetzen.

Deshalb lehnen wir diese Vorlage ab. Vielen Dank.

Ph. Angele (SVP): Wir haben schon einiges gehört. Vorweg möchte ich gleich sagen: Romana hat aus Sicht der FDP schon einiges oder vieles gesagt. Wir haben uns nicht koordiniert, aber wir haben mehr oder weniger dieselben Themen auf der Agenda oder herausgeschält.

Was uns stört, ist der Standort. Da möchte ich bei Alex noch anknüpfen: Wir schätzen die Arbeit der Verwaltung ebenfalls. Es sind in der Kommission auch saubere Grundlagen geschaffen worden. Aber es macht das Geschäft nicht besser und es macht auch den Standort nicht besser. Das ist unser Kernproblem.

Der Standort ist zu weit weg vom Bahnhof. Man kann das zusammenfassen: Der Velofahrer möchte am liebsten mit dem Velo gleich in den Zug fahren. Und ja, wenn man nachschaut und das ein bisschen beobachtet und dokumentiert, dann sieht man, dass entlang der Rudolfstrasse diese Parkplätze wirklich genutzt werden. Und da stellt sich dann schon die Frage, ob man nicht eine Überkapazität schafft.

Zum Thema Überkapazität: Dort war das Thema, dass wir dann einfach zu viel Kapazität haben. Wir haben das auch angeschaut im Zusammenhang mit der Dokumentation, das haben wir ja vorhin gesehen.

Und dann muss man noch überleiten zum Thema Finanzen. Wenn man das umrechnet, die fast 90'000 Franken Miete pro Jahr, auf 750 Velos, dann sind wir bei rund 380 Franken Miete pro Jahr. Und das ist relativ viel Geld. Das muss man auch noch erwähnen: Das wird über

ENTWURF

den Steuerhaushalt finanziert. Und es gibt heute schon genügend Kapazitäten rundherum, wo man auch gegen Geld sein Velo parkieren kann und somit eigentlich keine Sorgen hat um das Parkieren.

Kurz gesagt: Die Parkplätze müssen wirklich sehr nahe am Gleis sein und das geplante Parkhaus ist nach unserer Analyse zu weit entfernt. Und da hilft es auch nicht, wenn man noch mehr Services und User Experience macht dort. Um ein bisschen polemisch zu werden: Es würde nur noch fehlen, dass man ein Velo-Café integriert. Für den bescheidenen Velonutzer – logischerweise bescheiden, weil es ja gratis sein muss. Und dann hat man die User/Nutzer-Story komplettiert.

Zu guter Letzt stimmen wir dem Kürzungsantrag als Schadenbegrenzung zu. Der Schritt ist notwendig, um die finanziellen Auswirkungen zumindest ein bisschen zu minimieren. Auch wenn die sinnvollste Lösung wäre, gar nicht auf das Geschäft einzutreten, denn wir haben wirklich genug Kapazitäten und der Velofahrer ist in Winterthur gut aufgehoben. Danke vielmals.

L. Merz (SP): Ich danke Andreas Geering für die Vorstellung des Geschäfts und Alex Würzer für das Vorlesen der komplizierten Zahlen.

Velofahren ist eine Mobilitätsform mit Zukunft: Platzsparend, umweltschonend und erst noch gesundheitsfördernd. Besonders wenn man keinen Velo-Kaffee dazu trinkt. Nicht umsonst soll der Anteil des Veloverkehrs in Winterthur in nächster Zeit massiv gesteigert werden. Damit wird auch der Bedarf an Abstellplätzen am Bahnhof steigen. Da die oberirdischen Plätze begrenzt sind, braucht es zusätzliche Abstellplätze im Untergrund. Wir begrüßen es deshalb, dass die Stadt bei der AXA an der Paulstrasse vergleichsweise günstig ein Veloparking anmieten kann, das schon bald in Betrieb genommen werden kann.

Und auch ich bin, wie Romana, tendenziell gegen den Abbau von oberirdischen Parkplätzen und vor allem auch gegen 4-Stunden-Parkplätze. Aber der Punkt ist doch: Der Platz reicht nicht insgesamt, um den steigenden Bedarf an Abstellplätzen langfristig decken zu können. Deshalb müssen wir jetzt zusätzliche Abstellplätze bauen, weil es nicht reicht, wenn wir das erst machen, wenn alle Plätze und Stationen voll sind.

Der geplante Mieterausbau der Stadt ist keine Luxuslösung. Es macht Sinn, gewisse Ausstattungen wie Schliessfächer oder Steckdosen für E-Bikes einzuplanen, damit das Veloparking eben auch attraktiv wird und die Pendler:innen die etwas weitere Distanz zu den Gleisen in Kauf nehmen. Auch der Lift ist für uns zentral, das hat Alex schon gut ausgeführt, damit mobilitätseingeschränkte Personen sowie Personen mit Kinderwagen und Veloanhängern das Veloparking auch nutzen können. Das ist ein Learning aus der Velostation Rudolfstrasse, wo es eben keinen Lift gibt und man merkte, dass das ein grosses Bedürfnis wäre.

Auch finden wir es nicht sinnvoll, ganz auf die Doppelparker zu verzichten, da diese mittelfristig ohnehin gebraucht werden, wenn wir mit dem steigenden Bedarf rechnen. Wenn wir jetzt die Doppelparker ganz herausnehmen, fallen die Kosten dafür einfach später an. Bei der Anschaffung der Doppelparker sollte aber meiner Meinung nach unbedingt auf eine gute Qualität geachtet werden. Die Doppelparker, die nämlich momentan z.B. in der Velostation Rudolfstrasse zum Einsatz kommen, sind meiner Meinung nach mangelhaft. Es darf nicht sein, dass man jedes Mal, wenn man sein Velo dort hineinstellt, Angst haben muss, dass das Velo entweder wieder herausrutscht oder dass den unteren Velos die Körbli von den oberen Velos abgedrückt werden.

Für uns ist es deshalb wichtig, dass im neuen Veloparking ein sinnvoller und bedürfnisorientierter Mix an Abstellplätzen eingebaut wird: Es braucht einerseits freie Abstellflächen für grosse E-Bikes und Cargo-Velos, aber auch platzsparende Parkmöglichkeiten in ein- oder zweistöckigen Veloständern. Und einen solchen Mix hat die Stadt sowieso schon vorgesehen, was wir begrüßen.

Dann noch ein Kommentar von uns zu einer möglichen späteren Umwandlung in eine bezahlte Velostation: Da sind wir grundsätzlich dagegen. Velofahren sollte gefördert werden und deshalb sollten weiter entfernte Parkings gratis bleiben.

ENTWURF

Zusammenfassend können wir sagen: Die SP-Fraktion begrüsst den geplanten Ausbaustandard dieses Veloparkings. Wir möchten nicht ganz auf die Steckdosen, Schliessfächer und Doppelparker verzichten, wie das der Kommissionsantrag vorsieht, denn das geht sowohl auf Kosten der Attraktivität als auch der Kapazität dieses Veloparkings.

Auch der Lift soll angemessen budgetiert werden, was mit Annahme des Kommissionsantrags nicht der Fall wäre. Der EVP-Fraktionsantrag ist unserer Meinung nach ehrlicher budgetiert, weil er die Kosten des Liftes wieder aufnimmt.

In der Ausmehrung der beiden Anträge stimmen wir deshalb für den EVP-Antrag. Bei der Gegenüberstellung zum Stadtratsantrag unterstützen wir aber den Stadtratsantrag.

Schlussendlich ist es uns aber am wichtigsten, dass dieses Veloparking kommt. Deshalb werden wir den Verpflichtungskredit in der Schlussabstimmung so oder so annehmen – mit oder ohne Schliessfächer und Steckdosen.

M. Nater (GLP): Merci, Andreas Geering, für die gute Vorstellung des Geschäftes
Brauchen wir das Veloparking an der Paulstrasse 12? Aus Sicht der GLP kann man das mit Ja beantworten. Dies einerseits, weil es ein Auftrag der Bevölkerung ist, genügend Veloabstellplätze beim Bahnhof zu schaffen; und es ist sogar im Richtplan hinterlegt.
Ist die Nachfrage nach einer Parkierung in der Paulstrasse vorhanden? Das ist aus Sicht der GLP ziemlich sicher mit Ja zu beantworten. Wenn ich sehe, wie die Velostrasse von Wülflingen am Morgen voll mit Velos ist, dann frage ich mich heute schon, wo alle diese Velos am Bahnhof Platz haben. Diese Frage wird dann noch verschärft, wo alle die Elektrovelos und Velos mit Anhängern parkieren. Diese haben es jetzt schon schwer, beim Bahnhof einen Parkplatz zu finden und vor allem sind dies die Velos, welche man nicht auf 1 Meter 50 Höhe hochhebt, um diese in einem Doppelstöcker zu parkieren. Hier braucht es die Paulstrasse 12. Auch für mich stellt sich die Frage, wo ich parkiere. Wenn ich erst um 8 Uhr zum Bahnhof fahre, dann weiss ich, dass ich eher weit weg parkiere, wie jetzt schon an der Paulstrasse, oder mein Velo in den zweiten Veloparkstock beim Bahnhof hochwuchten muss. Ich muss ganz klar sagen, da entscheide ich mich schon heute oft für die Paulstrasse.
Und an die FDP: Dass bei Minustemperaturen nicht alle Veloplätze besetzt sind, das ist klar. Und im Sommer sieht das Bild ganz anders aus. Und es ist wirklich schwierig, um den Bahnhof herum einen Veloparkplatz zu finden.
Zuletzt die Frage der Kosten, was bei der Stadt immer eine Frage sein muss. Da kostet der Mieterausbau der Velostation mit 3.174 Millionen mehr als 20 Jahre für die Flächenmiete. Es stellt sich schon die Frage, was für diese Millionenbeträge in das Untergeschoss gebaut wird. Aus Sicht GLP ist es klar, dass das zu viel ist für ein Veloparking mit Gratisparkierung. Zusätzlich wird nun noch ein Lift eingebaut. Auf diesen wurde eigentlich im Kreditantrag mit der Begründung verzichtet, dass der Einbau und Betrieb eines Liftes zu kostspielig sei. Nun hat er aber scheinbar im Kredit noch Platz, da gemäss Stadt Einsparungen möglich sind. Von daher sagt die GLP wie gesagt: Der Mieterausbau in diesem Umfang ist zu teuer, deshalb werden wir dem Kürzungsantrag der Kommission zustimmen.
Dem Antrag der EVP für den Zusatzkredit Lift wird die GLP nicht zustimmen. Dieser Antrag müsste vom Stadtrat kommen, da die Stadt entscheiden hat, den Lift einzubauen. Im Weiteren müssten es dann nicht nur die Investitionskosten von 80'000 Franken sein, sondern auch die Betriebskosten, denn die Betriebskosten machen mehr aus als die 80'000 Franken Investitionskosten. Und wenn es schon einen zusätzlichen Lift gibt, müsste die Vorlage auch entsprechend angepasst werden, weil wir jetzt auch mehr Leistungen haben. Und im Weiteren glauben wir der Aussage der Stadt, dass der Lift durch Einsparungen kompensiert werden kann.
Dem Projekt Veloparking Paulstrasse 12 werden wir von der GLP zustimmen, da wir den Bedarf für mehr und auch flexibel nutzbare Veloparkplätze sehen, dass dieser vorhanden ist – vor allem auch im Sommer.

A. Würzer (EVP): Ich stelle zuerst fest, dass unser Lift wahrscheinlich steckenzubleiben scheint, was wir natürlich bedauern.

ENTWURF

Auch noch gerne eine Replik an Romana: Dass man an gewissen Stellen noch Einsparungen vornehmen kann, das haben wir ja in der Kommission besprochen und auch gemacht. Unser Antrag bezieht sich lediglich auf eine korrekte Budgetierung; das ist das, was wir mit diesem Antrag eigentlich fordern. Ich könnte jetzt sagen, wenn man noch mehr Sparpotenzial sieht, müsste man auch sagen, wo. Aber das wäre aber in der aktuellen Situation wahrscheinlich eine etwas heikle Aussage.

Ich mache unser Votum aber kurz. Vieles habe ich ja schon bei der Begründung unseres Fraktionsantrags gesagt. Wir begrüßen das Projekt grundsätzlich. Dass wir in den kommenden Jahren noch einmal eine solche Chance in unmittelbarer Nähe des Hauptbahnhofs erhalten, das ist schwer vorstellbar.

Und noch an die Adresse unserer Velo-Parking-Spotter im Rat: Wenn wir die Modalsplitziele ernst nehmen wollen, dann kommen wir um diese zusätzlichen Veloparkplätze nicht herum, auch wenn die Auslastung in den ersten Jahren vielleicht nicht ganz 100% beträgt. Deshalb sehen einzelne Anpassungen der SBK und auch von unserem Fraktionsantrag auch eine gewisse Flexibilität betreffend Anzahl Parkplätze vor, z.B. mit Bezug zum Doppelstöcker-Veloständer. Wenn wir es aber heute verpassen, die notwendige Infrastruktur für das Velo bereitzustellen, fliegt uns das in einigen Jahren mit grosser Wahrscheinlichkeit um die Ohren. Die einzelnen Positionen, bei welchen die SBK Kürzungen vornehmen will, können wir so auch mittragen. Unsere Haltung zum Lift habe ich aber schon im Fraktionsantrag dargelegt. Wir werden der Vorlage und, so ist meine grosse Hoffnung, auch unserem Fraktionsantrag, zustimmen und ich bedanke mich nochmals bei Euch allen für die Unterstützung unseres Fraktionsantrags. Weiter bedanke ich mich bei den zuständigen Mitarbeitenden der Verwaltung für die saubere Ausarbeitung der Vorlage.

J. Praetorius (Grüne/AL): Hinsichtlich der Standorte gilt es auch zu sagen, dass das AXA-Veloparking nicht weiter weg ist als das Esse-Parking. Vor allem nicht, weil ja verschiedene Wege gewählt werden, um diese anzufahren. Und es besteht sicher allgemein für das AXA-Veloparking durchaus Attraktivität. Die 1 – 2 Gehminuten darf man den Nutzenden dann schon zumuten.

Und die oberirdischen Parkplätze abzubauen, das tönt nicht so schön, aber es besteht natürlich auch ein grosser Nutzungsdruck und man könnte diese Flächen durchaus auch anderweitig verwenden, zum Beispiel für Aufenthaltsräume und Begegnungsräume. Die gelieferten Argumente diesbezüglich scheinen mir eher begründet zu sein dadurch, kein Geld ausgeben zu wollen.

Und mir ist wichtig zu sagen, dass es keine Alternative gibt.

Ganz grundsätzlich werden wir als Fraktion Grüne/AL für die Weisung des Stadtrats stimmen und gegen den Kommissionsantrag, da wir vor allem auch Doppelstock-Parkierer und Ladestationen für E-bikes als sinnvoll erachten. Und da das nach gewissen Angaben auch schwierig nachzurüsten ist, plädieren wir für die Stadtratsweisung. Es ist auch vorteilhaft unter der Berücksichtigung, dass wir einen Modalsplit haben, den wir ändern wollen. Und ein Nachrüsten im späteren Verlauf würde uns mit planerischen und kostenmässigen Aufwänden konfrontieren. Warum dann also diese Infrastruktur nicht von Anfang an bereithalten?

Zum Antrag von Alex möchte ich sagen, dass wir diesen sicher zustimmen werden, wenn es zur Ausmehrung kommt. Wir sind sehr erfreut, dass die 80'000 Franken für den Lift im Kürzungsantrag berücksichtigt werden sollen. Es wurde uns transparent dargelegt, dass sie nicht in den Berechnungen beinhaltet sind. Und wir möchten auch nicht, dass diese Kosten über die Reserven gerechnet würden, was ein falscher Ansatz ist und von unvorsichtigem Vorgehen zeugt. Danke vielmals.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Kurz zusammengefasst ist Die Mitte/EDU-Fraktion der Meinung, man könnte sagen: Falsch aufgegleist, am falschen Ort und zur falschen Zeit. Die Mitte/EDU-Fraktion stimmt zwar dem Änderungsantrag zu, weil er die Kosten ein bisschen reduziert (und zwar um 15'500 Franken pro Jahr); weil man weniger Schliessfächer macht, anstelle von Doppelstock-Parkplätzen einstöckige macht und auf weitere Zusatzangebote

ENTWURF

verzichtet. Der einzelne Veloplatz wird aber entsprechend eher teurer als günstiger mit dem Antrag.

Den EVP-Antrag werden wir entsprechend ablehnen, denn damit ist die jährliche Einsparung nochmals tiefer und dann braucht man schon fast eine Lupe (tut mir leid, Alex), um dieses Geld dann noch zu finden im Budget der Stadt.

Die Mitte/EDU-Fraktion teilt grundsätzlich das Ziel, dass es am Bahnhof ausreichend Veloabstellplätze zur Verfügung haben muss. Für die Veloparkierung Paulstrasse ist es aber die falsche Zeit. Wir haben auf der Westseite des Bahnhofs aktuell ein Überangebot. Die Veloparkings Esse und Kesselhaus haben eine Auslastung von weniger als 50% - auch im Sommer. Und auch in der Velostation Rudolfstrasse gibt es noch freie Kapazität. Folglich sind die zusätzlichen Veloabstellplätze in der Parkierung Paulstrasse auf Jahre hinaus nicht nötig. Ausserdem – und da kommen die Alternativen, die erfragt wurden - sind weitere Veloabstellplätze in Abklärung beim Einkaufszentrum Neuwiesen (das wissen wir von der Stadt) und beim Salzhausplatz. Die Velostation Stellwerk 2 soll ausgebaut werden. Und so braucht es unserer Ansicht nach die zusätzliche Kapazität an der Paulstrasse nicht. Wir sind ausserdem der Meinung, wie das auch schon gesagt wurde, dass die oberirdischen Veloabstellplätze an der Rudolfstrasse und der Wartstrasse bestehen bleiben sollen.

Das Veloparking Paulstrasse ist aber auch am falschen Ort. Es liegt nicht direkt am Bahnhof und hat damit dasselbe Problem wie Esse und Kesselhaus. Die Velofahrenden suchen sich nähere Plätze und werden die Paulstrasse kaum nützen. Die Paulstrasse liegt eigentlich nur auf der Anfahrtsroute von Teilen von Wülflingen und von Teilen von Veltheim. Der grosse Teil aus Wülflingen und Veltheim wird aber weiterhin in die Rudolfstrasse oder die Esse fahren. Und auch die Tössemer werden kaum über die Zürichstrasse flitzen, um im Paulstrasse parkieren zu können.

Das Projekt ist falsch aufgegleist. Geplant wurde ursprünglich eine Velostation, was ein erhöhtes Angebot und eine Nutzungsgebühr beinhaltet hätte. Während der Planung wurde auf ein Veloparking umgestiegen, das keine Nutzungsgebühr hat – aber der Ausbaustandard blieb eigentlich gleich. Und die Korrektur der Stadtbaukommission ist minimal. Dieser Umschwenker von einer Velostation auf ein Parking ist übrigens passiert, weil auch der Stadtrat zum Schluss kam, dass die Paulstrasse auf Grund der Lage kaum eine genügende Auslastung erreichen wird. Das Serviceangebot wurde aber wie gesagt nur minimal reduziert, was zu diesem teuren Mieterausbau führt. Wir sind der Meinung, ein Veloparking sollte sich auch im Angebot von einer Velostation unterscheiden und nicht nur in der Distanz zum Bahnhof. Wenn man diese Punkte zusammennimmt, führt das dazu, dass Die Mitte/EDU-Fraktion dieses Projekt ablehnt. Nicht weil wir grundsätzlich gegen Veloparkplätze sind – sondern weil wir gegen dieses Projekt sind. Es ist zur falschen Zeit am falschen Ort und falsch aufgegleist. Und wir wollen nicht für 300'000 Franken jährlich eine Kapazitätsreserve zur Verfügung stellen, die man voraussichtlich die nächsten 10 Jahre noch nicht benötigen wird. Vielen Dank.

Stadträtin Ch. Meier: Auch meinerseits herzlichen Dank an Andreas Geering für die gute Vorstellung dieses doch relativ komplexen Projekts. Ich glaube, auf viele Details muss ich nicht nochmals eingehen. Ich möchte aber doch zu ein paar kritischen Voten noch kurz etwas sagen.

Die Diskussion ging jetzt häufig um die Lage dieses Veloparkings. Die Lage ist nicht ganz nah beim Bahnhof. Wir haben es gehört: Velofahrende würden häufig gerne direkt bis zum Perron mit dem Velo fahren. Wir haben aber aufgrund des Gegenvorschlags zur Veloinitiative ganz klar den Auftrag, 7'200 Veloparkierungsmöglichkeiten rund um den Bahnhof zu schaffen in den nächsten Jahren. Und wir wissen, dass wir ein bisschen längerfristig noch mehr Kapazität brauchen werden. Wir haben es gehört: Wir gehen davon aus, dass wir ca. 10'000 Parkplätze brauchen werden bis 2050. Und wir wissen auch, dass solche Parkplätze nicht einfach von heute auf morgen aus dem Boden gestampft werden können, sondern dass man da ein bisschen vorausantizipieren muss und dass es deshalb klar ist, dass wir jetzt, wenn wir Opportunities haben, um Veloparkierungsmöglichkeiten zu schaffen, wir diese auch nutzen müssen.

ENTWURF

Mit der Esse, mit dem Stellwerk - mit den jetzt schon vorhandenen haben wir die Kapazität von 7'200 noch nicht erfüllt. Wir werden also weiterhin nach Möglichkeiten suchen. Wir sind also verpflichtet, dort, wo wir Möglichkeiten sehen, diese auch zu prüfen. Ob es der falsche Zeitpunkt ist, weiss ich nicht. Wir müssen jetzt anfangen zu planen, damit wir bis 2030 den Gegenvorschlag umsetzen können. Der Zeitpunkt ist aber v.a. deshalb gegeben, weil wir von der AXA ein Angebot erhalten haben, das wir seriös geprüft haben, und bei dem wir zum Schluss kamen, dass das eine gute Ergänzung ist für den Bedarf, den wir erkennen und haben.

Dann wurde noch moniert, dass zum Teil oberirdische Parkplätze aufgehoben werden und dass zum Teil oberirdische Parkplätze in das 4-Stunden-Regime überführt werden. Ich finde es noch lustig, dass ich den gewerbefreundlichen Parteien erklären muss, weshalb das 4-Stunden-Regime durchaus Sinn macht. Es hat diverse Geschäfte, die daran interessiert sind, dass Velofahrende auch die Möglichkeit haben, mit dem Velo hinzufahren, ihr Velo abzustellen und nur kurz etwas einkaufen, einen Arztbesuch machen oder sonst für kürzere Zeit das Velo hinstellen wollen. Und dann sind sie darauf angewiesen, dass die Parkplätze in der Nähe dieser Betriebe nicht alle durch Pendlerinnen und Pendler besetzt sind. Das ist die Idee bei diesen 4-Stunden-Parkplätzen. Auch die punktuelle Aufhebung von Parkplätzen ist durchaus im Interesse von Gewerbetreibenden, die auch dadurch die Möglichkeit erhalten, durch den attraktiven Freiraum, der vor ihren Geschäften zum Teil auch entsteht, attraktiver zu werden für Kundinnen und Kunden. Und was ich da auch nochmals betonen möchte: Es gibt viele Leute, die mit dem Velo an den Bahnhof fahren. Aber es gibt auch viele Leute, die zu Fuss an den Bahnhof kommen. Und die Interessen der zu Fuss Gehenden müssen wir auch ein bisschen mitberücksichtigen. Und diese sind daran interessiert, dass es auch Freiraum gibt, in dem sie sich bewegen können, ohne dass sie um parkierte Velos herumkurven müssen.

Der Stadtrat hält im Moment am ursprünglichen Stadtratsantrag fest. Aber, das ist mir ganz wichtig zu betonen: Die Überlegung ist diese, dass wir wirklich die Kapazität, die wir aufgrund des Gegenvorschlags zur Veloinitiative tätigen müssen, schaffen können. Wir sind aber durchaus bereit, Einsparungen zu tätigen. Wir haben der Kommission die verschiedenen Einsparvarianten vorgestellt. Sie wurden sehr intensiv diskutiert und wir gehen davon aus, dass der eine der beiden Kürzungsanträge heute durchkommen wird, und werden diesen selbstverständlich auch gerne umsetzen. Es geht uns wirklich darum, dass wir am Schluss eine pragmatische Lösung haben.

Der Bedarf ist ausgewiesen, wir haben es vorhin in einem der Voten gehört. Tage mit Minustemperaturen sind nicht unbedingt repräsentativ, was die Anzahl Velos am Bahnhof angeht. Es ist so, dass insbesondere das Esse noch nicht zu 100% ausgelastet ist, aber die Auslastung nimmt zu. Und weil wir wissen, dass die Pendlerinnen und Pendler am Bahnhof in den nächsten Jahren auch mehr werden, sind wir froh, wenn wir jetzt noch etwas Reserve haben und auch noch ein bisschen mehr Reserve schaffen können.

Ich möchte mich für die angeregte Diskussion bedanken.

Parlamentspräsident F. Helg: Die Meinungen zu diesem Geschäft sind dargelegt, von allen Fraktionen und vom Stadtrat.

Somit kommen wir jetzt zu unserem Abstimmungsreigen. Es gibt insgesamt drei Abstimmungen. Die erste Abstimmung ist die Gegenüberstellung der beiden Kürzungsanträge (SBK und EVP). Die zweite Abstimmung ist der obsiegende Antrag aus dieser Abstimmung, der dem Stadtratsantrag gegenübergestellt wird. Und in der dritten Abstimmung geht es dann um Annahme oder Ablehnung des bereinigten Geschäfts.

Wir beginnen mit der ersten Abstimmung. A = SBK-Antrag (Kürzung Stadtratsantrag um 310'000 Fr.), B = EVP-Antrag (Kürzung Stadtratsantrag um 230'000 Fr.).

Abstimmungsergebnis: 26:26 bei 1 Enthaltung.

Das ist der zweite Stichentscheid von mir. Ich spreche mich für den SBK-Antrag aus.

ENTWURF

Der SBK-Antrag ist also der obsiegende Antrag und wird jetzt dem Stadtratsantrag gegenübergestellt. A = SBK-Antrag, B = Stadtratsantrag.

Abstimmungsergebnis: 29 Stimmen für den SBK-Antrag, 22 Stimmen für den Stadtratsantrag, 2 Enthaltungen.

Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung des bereinigten Geschäfts. A = Zustimmung, B = Ablehnung zum bereinigten Geschäft.

Abstimmungsergebnis: 33 Zustimmung, 19 Ablehnung, 1 Enthaltung.

Das Geschäft ist im zustimmenden Sinn verabschiedet und damit erledigt.

7. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.102: Sondernutzungsplanung: Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan «Vergärungsanlage Riet» mitsamt Umweltverträglichkeitsbericht // Entwidmung von öffentlichen Strassen und Wegen: Entwidmung der Landwirtschaftsstrasse Nr. 14755 vom Knoten Deponiestrasse bis zum Knoten Landwirtschaftsstrasse Nr. 14754

Parlamentspräsident F. Helg: Sondernutzungsplanung: Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan «Vergärungsanlage Riet» mitsamt Umweltverträglichkeitsbericht // Entwidmung von öffentlichen Strassen und Wegen: Entwidmung der Landwirtschaftsstrasse Nr. 14755 vom Knoten Deponiestrasse bis zum Knoten Landwirtschaftsstrasse Nr. 14754.

Das Geschäft wird von der Kommission einstimmig zur Annahme empfohlen. Ich bitte Philipp Angele, das Geschäft vorzustellen.

Ph. Angele (SBK): Ich darf das Geschäft als Stellvertreter von Benedikt Zäch hier kurz vorstellen. Es geht um die Teilrevision des öffentlichen Gestaltungsplans. Der aktuelle Gestaltungsplan ist aus dem Jahr 2011 und muss revidiert werden.

Es geht um die AXPO-Anlage, auch Compogas-Anlage genannt. Man sieht auf dem Plan den Landspickel und die Hecke. Da geht es darum, dass man das entwidmet und das in einem neuen öffentlichen Gestaltungsplan einbindet als quasi Betriebsareal, damit man dort einen Presswassertank deponieren kann. Das sind erhöhte Anforderungen des AWEL, das sagt, dass man die Emission von klimawirksamen Gasen reduzieren muss. Dafür braucht es einen solchen Tank.

Die Anlage ist ja bekannt und hat - wie soll ich sagen – regionale Leuchtkraft, über die Gemeinde hinaus. Es geht dort darum, dass man dort Gas oder Compogas herstellt, das dann auch ins Netz eingespiessen wird bei uns.

Das konkrete Thema ist die Teilrevision des öffentlichen Gestaltungsplans. Da sehen wir eine Visualisierung: Das Schwarze ist alles bestehend/existent. Dort, wo der Presswassertank steht und die Anlieferungsboxen, das ist neu und dafür braucht es die Entwidmung des Landareals dort. Das ergibt dann ein übergreifendes Areal.

Das Thema ist die Hecke hier von 600 m². Bevor man diese wegnehmen kann, muss man eine Ersatzhecke aufforsten, und das ist Faktor 1,5; das heisst, es müssen 900 m² neue Hecke generiert werden. Wenn man den Fokus beim Plan etwas vergrössert, dann sieht man auch die Deponie Riet. Es geht eigentlich darum, dass die Hecke, die jetzt bei der Vergärungsanlage ist, neu bei der Deponie aufgeforstet wird. Wie gesagt, weil wir einen Termin- und eine Auflage des AWEL haben, hat man im November schon begonnen, diese Ersatzhecke zu setzen. Da man ja die Hecke erst entfernen kann, wenn die Ersatzhecke aufgeforstet ist, hat man da schon einen Grundstein gelegt.

Da hinten ist noch ein Strässchen, das einen Landwirtschaftsweg verbindet. Aber das ist kein Problem von der Erschliessung her, wenn man die Strasse entwidmet, weil das Areal und

ENTWURF

auch der Landwirtschaftsweg hinten erschlossen sind durch die Flurstrasse hier. Wenn man von der Deponiestrasse her kommt, dann ist da diese Strasse, welche die Zufahrt zur CO₂-Verflüssigungsanlage ermöglicht. Und auch nach hinten zum Landwirtschaftsweg.

Das ist eigentlich die Thematik.

Was man noch aufnimmt: Man hat jetzt 20'000 Tonnen Grünabfuhr pro Jahr, die im Gestaltungsplan von 2011 vermerkt sind. Das wird jetzt erhöht und der neuen Kapazität angepasst, damit man zukünftig auch dieses Volumen stemmen kann.

Da sieht man noch ein paar Bilder von der Hecke, die ja bereits platziert worden ist.

In der SBK hatten wir keine grossen Diskussionen. Das ganze Geschäft ist ja auch einsehbar. Das Geschäft ging 9:0 durch, es ist eigentlich eine formale Sache, eine technische Anforderung, welche das AWEL stellt. Und diese Auflage muss die AXPO erfüllen. Wenn sie das nicht erfüllt, dann erfüllt sie die Auflagen nicht und dann kann sie an diesem Betriebsstandort nicht weiteroperieren.

Das war das Geschäft in Kürze. Danke vielmals.

Stadträtin Ch. Meier: Philipp hat alles Wichtige gesagt, Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Besten Dank, Philipp, für die kurze und prägnante Vorstellung. Dieses Geschäfts.

Wir können zur Abstimmung schreiten. Es sind im Antrag ja drei Ziffern: Zustimmung zum Gestaltungsplan in Ziffer 1, die Genehmigung und Inkraftsetzung in Ziffer 2 und die Aufhebung dieser Landwirtschaftsstrasse in Ziffer 3. Ich mache beliebt, dass wir zu diesen drei Ziffern eine gesamthafte Schlussabstimmung vornehmen. – Dagegen gibt es keinen Widerspruch.

A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Zustimmung ist einstimmig mit 54:0 bei 0 Enthaltung.

Das Geschäft ist somit erledigt und damit ist es jetzt Zeit für die Nachtessenspause.

Ich wünsche «En Guete» und wir treffen uns wieder um 20 Uhr.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsident F. Helg: Wir beginnen mit der Abendsitzung.

8. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.93: Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL), A. Steiner (GLP), S. Gfeller (SP), R. Perroulaz (FDP) und A. Würzer (EVP) betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung des Postulats betreffend Hauptbahnhof 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen. Der Erstpostulant ist Reto Diener. Ich bitte ihn, das Geschäft zu präsentieren.

R. Diener (Grüne/AL): Sehr gerne stelle ich das Postulat kurz vor und begründe, weshalb wir das an den Stadtrat überweisen möchten. Es geht, wie Ihr es vielleicht gesehen habt, um die langfristige Entwicklung am Hauptbahnhof. Man spricht da vom Zeithorizont 2045/2050, den man sich bereits zu überlegen anfängt. Die Planung läuft seit einiger Zeit, sie hat vor mehreren Jahren schon begonnen, wie man dann den Bahnhof gestalten will bzw. wie man dann das Aufkommen an Personentransporten und Personenbewegungen an diesem Bahnhof bewältigen will.

ENTWURF

Es läuft wie gesagt seit einiger Zeit bereits eine Planung, bei der man schon Varianten intensiv studiert hat. Es sind Hunderte von Varianten von Ausbaumöglichkeiten studiert worden. Aus dieser Planung wurden zwei Bestvarianten evaluiert, zusammen von der Stadt und der SBB. Das hat man evaluiert und in einem ausführlichen Bericht dokumentiert und beschrieben. Die Dokumente können alle auf der Homepage der Stadt Winterthur abgerufen werden. Wir haben dieses Postulat eingereicht mit fünf mitunterzeichnenden Fraktionen und 45 Unterzeichnenden. Und wir machen Euch beliebt, dass Ihr das unterstützt.

Mein Votum wird nicht so lang sein wie das Postulat selbst, mit dem Anhang, aber ich erlaube mir doch 2 – 3 Worte und Sätze dazu.

Wie gesagt, es sollen die auf das Jahr 2045/2050 prognostizierten Bewegungen an Personen auf diesem Hauptbahnhof abgedeckt und umgesetzt werden können. Das spiegelt sich einerseits natürlich in Fussgängerströmen, andererseits aber auch in Zugbewegungen. Und man sieht, dass man nach dem Ausbauschritt 2035, der jetzt dann langsam starten wird, bereits wieder in Engpässe kommt mit der heutigen Infrastruktur.

Die beiden Testvarianten, die man in dieser Planung jetzt evaluiert hat, gehen eigentlich davon aus, dass man im Gleisfeld Verschiebungen macht (grössere Verschiebungen). Auf die eine Seite in der Richtung Rudolfstrasse oder auf die andere Seite, Richtung Aufnahmegebäude der SBB. Das würde bei der einen der beiden Varianten bedeuten, dass man bei der Rudolfstrasse-Seite mehr oder weniger fast eine Halbierung hat auf einem Teil der Strecke. Man muss sich das vorstellen: Man würde also bis an die bestehende Unterführung gehen mit dem Gleisfeld. Die Unterführungen, für die jetzt gerade neue Aufgänge gemacht wurden, wo jetzt bei der Unterführung Süd ein neuer Ausgang entstanden ist. Die Variante, bei der die Rudolfstrasse sehr stark beeinträchtigt wird, wird als Variante von der SBB favorisiert. Weshalb? Weil sie natürlich die günstigste ist. Sie bedingt lediglich, dass man die hinteren Gleise, also Gleis 5 – 9, verschiebt, weil man dort Perronverbreiterungen machen will.

Die andere Variante, welche die Rudolfstrasse unberührt lassen würde, die auf der Seite des SBB-Aufnahmegebäude einen Eingriff in das Gebäude bedeuten würde, wäre schon deutlich teurer.

Ich sage zur Begründung dieser Varianten jetzt nicht mehr, das kann man nachlesen im ausführlichen Dokument, das abrufbar ist.

Für uns, die wir dieses Postulat eingereicht haben, ist klar: Wir möchten die Rudolfstrasse auf keinen Fall in dieser Intensität beeinträchtigen und verschmälern, wie es jetzt mit dieser einen, sogenannten Bestvariante geplant ist. Es ist eine massive, stadträumliche und funktionelle Beeinträchtigung; eben auch für den Verkehr, der dort stattfindet, von Fussgängern, Velos, Anlieferung und entsprechenden Transportdiensten. Eine klare Mehrheit des Parlaments, die dieses Postulat unterzeichnet hat, setzt sich dafür ein, dass wir diese Lösung auf jeden Fall nicht so umsetzen, dass wir eine bessere Lösung suchen, welche die stadträumlichen Situationen und Gegebenheiten, gerade auch was die Funktionen für den Verkehr auf der Rudolfstrasse betrifft, besser berücksichtigt. Es soll eine Lösung entstehen, die letztendlich die Rudolfstrasse nicht in dem Ausmass beeinträchtigt, wie es bisher geplant worden ist.

Im Sommer des letzten Jahres fand eine öffentliche Veranstaltung dazu statt. Es wird demnächst wieder eine stattfinden. Diese hat klar gezeigt, dass die Mehrheit der Anwesenden dort das auch so gesehen hat, dass man keine solche Beeinträchtigung will für die Rudolfstrasse, die erst gerade fertiggestellt wurde, bei der eine Art stadträumliche Reparatur erfolgt ist: Die man nämlich verkehrsbefreit hat und die man den Fussgängern, dem Veloverkehr und den entsprechenden Dienstleistungsangeboten von Geschäften bis zur Restauration wieder zur Verfügung gestellt hat. Es ist ein sehr dicht genutzter Raum mit sehr vielen, durchaus widersprüchlichen Interessen, wo man einen hohen Nutzungsdruck hat. Wir haben das gerade vorhin im Zusammenhang mit der Thematik der zusätzlichen Velostation ja auch diskutiert.

Wir sind der Meinung, dass sich die Stadt intensiv dafür einsetzen muss, dass es da eine bessere Lösung gibt. Und wir sind auch der Meinung und der Überzeugung, dass das möglich ist. Wir haben selbst schon erfahren, dass man auch mit Playern auf Bundesebene etwas bewirken kann, z.B. wenn man jetzt sieht, was in Winterthur Süd im Zusammenhang mit der

ENTWURF

Nutzung der Räume bei der Autobahnerweiterung geplant ist. Da wurde schon vieles möglich. Und ich glaube, das kann man auch mit der SBB und dem BAV erreichen.

Andere Gemeinden wie z.B. Dietlikon, die sich im Zusammenhang mit dem ersten Ausbau, der jetzt mit dem Brüttener Tunnel zusammen läuft, gewehrt haben gegen eine Überwerfung, haben erreicht, dass es eine Unterwerfung gibt. Und ich erinnere auch an die Stadt Zürich, welche – es ist schon länger her – die Thematik einer grossen Viadukt-Lösung diskutiert hat aufgrund von SBB-Plänen, die dann später letztendlich auch umgewandelt wurden in einen neuen Durchgangsbahnhof.

Bitte helfen Sie mit, diesen Vorstoss an den Stadtrat zu überweisen und damit zu zeigen, dass es diesbezüglich einen grossen Handlungsbedarf gibt. Danke für die Unterstützung.

Parlamentspräsident F. Helg: Zu diesem Geschäft wurde bereits ein Ablehnungsantrag angemeldet von Andreas Geering.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Es ist mir bewusst, dass mein Ablehnungsantrag heute die Mehrheiten nicht verändern wird. Ich möchte ihn trotzdem begründen, damit wir darlegen können, wie sich Die Mitte/EDU-Fraktion in dieser Sache positioniert.

In einem Punkt bin ich mit Reto einig: Auch wir möchten, dass für eine zukünftige Ausweitung des Bahnhofs möglichst wenig Raum der Rudolfstrasse beansprucht wird. Allerdings sind wir doch der Meinung, dieses Postulat braucht es grundsätzlich eigentlich gar nicht, weil die Antworten dazu schon bekannt sind.

Es gibt den Entwicklungsplan Bahnhof Winterthur 2045+, der schon alles darlegt, wie man zu diesen Varianten kam; Reto hat das auch schon ausgeführt. Und der Entwicklungsplan Bahnhof Winterthur 2045+ basiert auf einer Studie Entwicklungsplan Bahnhof Winterthur vom September 2021. Über zwei Jahre wurden dort durch eine breit abgestützte Fachgruppe von SBB und Stadt verschiedene Varianten angeschaut und es blieben die wenigen Bestvarianten übrig, die weiterverfolgt werden.

Die Stadt hat sich nicht einfach im stillen Kämmerchen an die Arbeit gemacht, sondern hat ein partizipatives Verfahren lanciert mit verschiedenen Echoräumen, auch mit einem Dialograum. Und unter anderem, ich glaube, so viel darf ich sagen, wurde dort eine neue Variante eingebracht, die ein Stadtperron auf der Seite Rudolfstrasse ins Spiel bringen würde, bei der die Stadt bereits gesagt hat, dass sie das prüfen möchte.

Ich möchte trotzdem noch kurz etwas sagen zum Papier Lutz, das im Postulat als Anhang verwendet wird und als Begründung für das Postulat. Es gibt eine zwingende, schweizweite Fahrplaninfrastruktur. Und daraus ergeben sich die Anzahl Züge – nicht nur pro Stunde möglich, sondern auch, wann in der Stunde. Und deshalb kann man das nicht so optimieren, wie das in diesem Papier vorgesehen ist. Daraus leitet sich dann der Bedarf an Gleiswechseln und Weichen, von Unter- und Überwerfungen ab im Hauptbahnhof Winterthur. Auch die Schienenstränge bestehen in verschiedene Richtungen, nicht nur in Richtung Osten respektive Süden und Norden, sondern auch Richtung Bülach, Schaffhausen, Tösstal etc. Und auch der Güterverkehr hat verschiedene Richtungen und deshalb sind weiterhin Weichen auch kurz vor dem Bahnhof nötig.

Aus dem Fahrplan, der dann so entsteht, der nicht so optimiert werden kann, wie das dieses Papier Lutz theoretisch ableitet, leitet sich dann auch die Anzahl und die Dimension der Perron- und Gleisanlagen ab. Es gibt nicht einfach eine schweizweite Norm, die für alle Bahnhöfe gleich ist, sondern die Sicherheitsnormen werden bahnhofspezifisch hergeleitet.

Das Ziel der Mitte/EDU-Fraktion, das habe ich hier drinnen auch schon gesagt, ist natürlich, dass man den ÖV-Anteil in dieser Stadt heraufsetzen kann. Wir möchten beim Modalsplit 30% ÖV-Anteil; im Jahr 2021 hatten wir 20%. Wir sind der Meinung, das sollte durch Pull-Massnahmen erreicht werden, also durch ein attraktives ÖV-Angebot. Dazu braucht es einen attraktiven ÖV – und dazu gehört der Hauptbahnhof als eine starke, funktionsfähige Verkehrsdrehscheibe. Das lieber heute als übermorgen.

Und dazu braucht es bahnseitig eine Ausweitung der Personenunterführung Süd und eine Verbreiterung der Perrons. Das wissen wir eigentlich auch schon länger, dazu hat sich der

ENTWURF

Stadtrat auch schon geäussert. Nur ist es leider immer noch so – das bedaure ich sehr -, dass die SBB das nicht schaffen wird, das auf die Eröffnung von Mehrspur Zürich-Winterthur zu schaffen. Oder schaffen will.

Damit die Ausweitung der Perrons und der Personenunterführung möglich ist, braucht es einen Wendebahnhof Vogelsang, inklusive einem direkten und attraktiven Umstieg auf Stadtbus auf dieser Seite. Das bedingt eine Neugestaltung und Neuaufteilung auch des Stadtraums auch auf dem Arch- und Salzhausareal. Der Stadtrat hat sich bereits wiederholt für eine schnelle Umsetzung dieses Wendebahnhofs Vogelsang und für die Ausweitung der Personenunterführung Süd ausgesprochen. Mit der erneuten Schlaufe für eine Variantenstudie machen wir etwas, das bereits gemacht wurde, nochmals. Wir geben Geld aus und ich glaube nicht, dass wir damit Zeit gewinnen oder bessere Varianten erhalten, als wenn man sich jetzt partizipativ in diesen Verfahren engagiert, welche die Stadt und der Stadtrat schon aufgegleist haben.

In dem Sinne danke ich jedem, der für die Ablehnung dieser Überweisung stimmt. Merci.

A. Steiner (GLP): Jetzt zeigt sich einmal mehr, wenn wir über den Hauptbahnhof sprechen, dass es sich rächt, dass wir in der Stadt Winterthur kein vernünftiges ÖV-Konzept haben. Schon vor über 12 Jahren regten die Grünliberalen an, ein Tram zu prüfen. Jetzt endlich spricht man davon, dass man das tatsächlich noch prüfen müsste; man hat über 10 Jahre verloren. Wir haben 2019 ein ÖV-Konzept für die Stadt Winterthur verlangt, auch da ist bis vor einem Jahr schlicht nichts passiert. Und jetzt sprechen wir über den Hauptbahnhof Winterthur und fällen Entscheidungen, ohne dass wir eigentlich wissen, wo die Stadt Winterthur mit dem Verkehr wirklich hin will; insbesondere mit dem ÖV.

Wir haben das Gefühl, wir wissen nicht einmal, welche Kapazitäten der ÖV überhaupt abnehmen muss, wenn wir die Ziele erreichen wollen, die wir im Richtplan formuliert haben, nämlich den MIV im Modalsplit auf 20% hinunter zu bringen. Wir wissen nicht, wie viele Busse nachher in diesem Stadtraum Bahnhof fahren, wie viele Trams – oder soll es eine Stadtbahn sein? Wir wissen nicht, wie viele Velos am Schluss auf diesen Bahnhof kommen sollen; wir haben nirgends erfasst, ob und wie andere Bahnhöfe eine Entlastung bieten können, dass sich eben nicht alles auf den Hauptbahnhof konzentriert. Wir haben sehr viel Zeit verloren.

Und jetzt planen wir einen Hauptbahnhof. Einen Ort, der extrem wichtig ist, raumplanerisch extrem wichtig ist, für die Stadt ein wichtiger Ort ist.

Ja, man hat es probiert. Man hat einfach mit den SBB-Gleisen angefangen und hat jetzt zwei Lösungen. Beide befriedigen nicht. Ja, es ist eng in diesem Stadtzentrum. Und entsprechend fand man aber doch, wir möchten diese Lösungen nochmals fundierter anschauen. ... so kann es nicht aussehen. Man hat eingeladen zu Sitzungen, um das noch vertiefter anschauen zu können.

Wir danken der Stadtverwaltung vielmals, dass sie immerhin den Ball aufgenommen hat, nachdem Private (u.a. Verkehrsverbände und der Verein «Unser Bahnhof») gefunden haben, hey nein, so kann es nicht aussehen. Man hat eingeladen zu Sitzungen, um das nochmals vertiefter anzuschauen, auch die Argumente der SBB, und um auch einmal Zahlenmaterial von der SBB zu erhalten. Es waren sehr konstruktive Sitzungen, bei denen aber natürlich in einem kleinen Kreis diskutiert wurde. Es macht einfach Sinn, wenn es auch öffentlich zugänglich wird, was für zusätzliche Varianten allenfalls doch noch ins Spiel kommen könnten.

Deshalb unterstützen die Grünliberalen dieses Postulat und bitten Euch, das zu unterstützen, damit man nach besseren Lösungen suchen kann. Das beinhaltet aber auch: Wo kommen nachher die Busse hin? Wo kommt nachher der Veloverkehr hin? Wo kommt nachher der Fussverkehr hin? Das ist alles eng dort und wir werden kreative Lösungen entwickeln müssen, damit dann alles Platz hat.

In dem Sinne besten Dank für die Überweisung des Postulats.

R. Perroulaz (FDP): Ich kann mich dem allen anschliessen. Nein, das stimmt nicht – dem von Andreas Geering natürlich nicht, aber dem anderen.

ENTWURF

Ich möchte nochmals zurück auf die Faktenlage, damit Ihr ein bisschen einen Eindruck habt. Am Hauptbahnhof Winterthur stiegen 2023, also nach Corona, werktags rund 111'000 Reisende pro Tag ein und aus. Das macht schweizweit Platz 3. In den nächsten 30 Jahren könnte sich das weiter erhöhen auf 180'000. Die Stadt und die SBB haben deshalb in der Testplanung 2021 entschieden, bis 2035 den provisorischen Wendebahnhof oder weniger elegant «Sackbahnhof» beim Salzhaus zu realisieren. Die ebenfalls aus dieser Testplanung resultierenden sogenannten Bestvarianten für die Verbreiterung des Gleisfelds Richtung Rudolfstrasse oder einem Perron im historischen Bahnhofsgebäude schätzen wir als nicht sinnvoll ein.

Die Stadt wird bereits heute durch einen 50 – 60 m breiten Gleiskorridor zerschnitten in zwei Hälften. Der zentrale, wertvolle Stadtraum – gerade auch im dichten Neuwiesenquartier - soll nicht noch mehr durch Infrastruktur zugebaut werden. Eine Verschmälerung der Rudolfstrasse ist aus unserer Sicht nicht stadtvträglich. Und das knüpft auch ein bisschen an die Velodiskussion von heute, man möchte effiziente Verkehrsräume und Stadträume schaffen.

Der grösste Gewinn für Stadtraum und Infrastruktur – und da werde ich jetzt ein bisschen visionär oder ich sage das vielleicht als erster hier drinnen – wäre aus unserer Sicht, der FDP-Fraktion, ein Tiefbahnhof. Das müsste man heute angehen, damit in 40 Jahren oder wann auch immer ich dann als Pensionierter dort durchfahren kann. Zusammen mit nicht mehr allen, aber hoffentlich mit noch einigen von Euch. Nur so wäre langfristig eine ausreichende Infrastruktur sichergestellt. Bahnperrens auf einer zweiten Ebene (und das heisst einfach schon das Wort) dienen einer Entflechtung und würden bei den engen Verhältnissen die Problematik langfristig lösen.

Aber darum geht es ja heute nicht ganz. Das Ziel dieses breit abgestützten Postulats ist es nämlich nur, plausibel überprüfen zu lassen, welche Kapazitätsverbesserungen innerhalb des bestehenden Gleiskörpers für den Ausbauschnitt 2045+ am HB möglich sind. Die breitere Bahnanlage ist ja das Resultat von breiteren Perrons. Und diese Breiten sollen nochmals kritisch überprüft werden, damit man genau diese Vorgaben, die eben nicht national fixiert sind, nochmals überprüft, was eben Spielraum für Optimierungen bietet.

Der Bahnhof Oerlikon, ein sehr funktionaler Bahnhof aus neuerer Zeit, zeigt als Beispiel, dass es auch mit leicht geringeren Perronbreiten möglich ist. Der Bahnhof Oerlikon ist auf diesem Ranking nicht auf Platz drei, sondern ein bisschen weiter hinten. Aber das Beispiel zeigt, dass man das je nach Fall verschieden auslegen kann mit diesen Perronbreiten.

Auch die historisch gewachsene, teilweise dadurch auch ineffiziente Gleisanlage am Hauptbahnhof soll durchleuchtet werden. Da hat die beigelegte Studie von Andy Lutz, die Ihr vielleicht gelesen habt, einfach einen Ansatz gegeben. Sie mag vielleicht nicht ganz korrekt sein, aber ich habe die Tendenz, die Fragestellung interessant gefunden. Deshalb wäre interessant herauszufinden, welches Optimierungspotenzial besteht bei einer Neuorganisation von Weichen und Gleisen. Das soll in einer Plausibilisierung nochmals vertieft werden.

Und auch weiter, nur um ein paar einfache Ideen zu nennen: Wie wäre es mit einem direkt von der Rudolfstrasse zugänglichen Stadtperron, wie beim Bahnhof Oerlikon oder in der Stadt Zürich, wo man direkt am Sihlquai aussteigen kann? So könnte mindestens die Perronbreite (nach meiner These) bis zu dieser Interessenslinie gerechnet werden. Das wäre dann theoretisch das Perron, das Perron Rudolfstrasse. Und eine solche Idee fehlt in dieser Testplanung. Davon war ich ein bisschen überrascht.

Auch zusätzliche Zugänge zu den Perrons, wie z.B. eine dritte Personenunterführung, die vielleicht in der Mitte des heutigen Bahnhofsgebäudes mündet, in der Eingangshalle, was das ein bisschen beleben würde, können auch zu verbesserten Personenströmen führen. Oder wieso nicht alle Personenunterführungen unterirdisch verbinden, was die ganze Menge nochmals ein bisschen anders verteilt?

Wir sind uns einig, und zwar wohl alle, auch Andreas und ich: Winterthur braucht eine zukunftsgerichtete Mobilitätsinfrastruktur. Aber eben auch attraktiven Stadtraum - als sechstgrösste Stadt der Schweiz. Wir appellieren deshalb an den Stadtrat, die Interessen von Winterthur stärker gegenüber der SBB und der BAV zu vertreten. Als sechstgrösste Stadt des

ENTWURF

Landes sollte das ja nicht unbedingt ein Kampf zwischen David und Goliath sein, wie das vor 170 Jahren bei der Festlegung des heutigen Standorts war, als die SBB einfach entschied. Wir sind deshalb sehr auf diese Antworten gespannt. Wir freuen uns heute auf die Überweisung und freuen uns auf morgen. Morgen findet ein Anlass statt, die Diskussion «Historisches Bahnhofsgebäude», 19.00 Uhr im Oxyd. Vielleicht sieht man dann ja einige, die über dieses Thema diskutieren. Vielen Dank.

M. Gnesa (SP): Ich trage Euch das Votum von Selim vor.

Beide Vorschläge zur Perronverbreiterung im HB wie auch der Kopfbahnhof sind aus unserer Sicht mangelhaft. Die Rudolfstrasse ist eine wichtige Velo- und Fussverkehrsachse und eine Verschmälerung würde diesen wichtigen Raum für die Stadtentwicklung wieder zunichte machen. Die Veloschnellroute müsste wieder aufgehoben werden und dem Fussverkehr würde viel weniger Platz zur Verfügung stehen.

Dies notabene bei einer immer wichtiger werdenden Verkehrsverbindung in das Gebiet Stadt Mitte. Dort ist der Platz für Fuss und Veloverkehr schon heute zu klein. Diese Variante ist in dieser Form ein No-Go. Die andere Variante, auf Seite Bahnhofsgebäude auszubauen, ist auch nicht wirklich gut und es ist fraglich, ob diese Variante technisch umsetzbar ist und vom Heimatschutz akzeptiert werden würde. Grundsätzlich sollte die Stadt aber mit der SBB prüfen, ob nicht eine andere Lösung das Wachstum auffangen kann.

Das Stadtperron, wie es nun wieder in die Diskussionen aufgekommen ist, könnte ein Lösungsansatz sein. Zwar wird auch hier massiv ins Bahnhofsgebäude eingegriffen und auch die Rudolfstrasse würde ihre heutige Funktion verlieren, jedoch würde der direkte Zustieg neue Möglichkeiten eröffnen und könnte einen Wendebahnhof auf Seiten Vogelsang obsolet machen. Auch dies wäre positiv.

Der Grund, weshalb wir überhaupt über diese Lösungen reden müssen, ist, weil die SBB alle anderen Varianten als nicht machbar verworfen hat. Dies weil aus ihrer Sicht die geltenden Normen keine andere Lösung zulassen. So sind die Normen für Perronbreiten wesentlich grösser als bisher, was zu dieser massiven Verbreiterung führt. Diese wird als unantastbar beschrieben. Das ist jedoch in Frage zu stellen. So kennen auch andere Hochsicherheitsbranchen Möglichkeiten, um von Normen abzuweichen, wenn diese denn gut begründet werden können und allfällige zusätzliche Risiken anderweitig reduziert werden können.

Wir wissen, wir sind nicht die Spezialisten; wir erwarten jedoch von der Stadt, dass sie diese legitimen Interessen gegenüber der SBB vertritt und die SBB bereit sind, das komplexe Geflecht Bahnhof Winterthur besser zu verstehen und nicht einfach die nationale Standardnorm über ein solch komplexes Gebiet stülpen. Was auf der grünen Wiese funktioniert, ist hier einfach nicht realistisch.

Wir bedanken uns bei der Stadt, dass sie sich für die Interessen der Stadt Winterthur gegenüber der SBB einsetzt. Wir wollen einen Bahnhof, welcher der Bevölkerung dient und einen echten Mehrwert bietet.

Wir sind dafür und lehnen den Ablehnungsantrag der Mitte/EDU ab.

A. Würzer (EVP): 2050, das dauert noch ein ganzes Weilchen. Und wahrscheinlich ist dann, abgesehen von unserem geschätzten Ratspräsidenten, niemand von uns mehr hier im Rat. Trotzdem ist es wichtig, dass wir bereits jetzt die Weichen Richtung Zukunft stellen. Und diese Weichen wollen Vertreterinnen und Vertreter aus fast allen Fraktionen in diese Richtung stellen, wir haben es schon gehört.

Das zeigt, dass für eine klare Ratsmehrheit die beiden Bestvarianten, die jetzt auf dem Tisch liegen, noch nicht zufriedenstellend sind. Weder die massive Verschmälerung der Rudolfstrasse noch den halben Abriss des historischen Bahnhofsgebäudes erachten wir als wirkliche Option. Der grosse Befreiungsschlag ist das also sicherlich nicht.

Raphael hat die eindrücklichen Zahlen betreffend Personenströme bereits erwähnt. Er war leider in der Rednerliste vor mir, sonst hätte ich vielleicht die Ehre gehabt, um als erster den Tiefbahnhof zu erwähnen. Aber natürlich stellen sich auch bei einem Tiefbahnhof noch viele

ENTWURF

Fragen: Wo würde dieser dann z.B. wieder an die Oberfläche treten in Richtung Frauenfeld oder Wil?

Ich glaube, diese Riesenkiste sollte aber nicht aufgrund der Kosten bereits wieder verworfen werden, bevor eine öffentliche Diskussion stattgefunden hat.

Fazit: Die beiden Bestvarianten gehören also vorerst einmal auf das Abstellgleis und wir bitten den Stadtrat, uns die Varianten entsprechend nochmals vorzulegen. Nochmals vertieft zu prüfen, auch die neuesten Erkenntnisse betreffend Stadtperron – das wurde jetzt auch schon ein paar Mal erwähnt – sollen intensiv geprüft werden. Und wie Annetta auch gemeint hat, braucht es jetzt eine öffentlichere Diskussion. Wir bitten Euch deshalb, dieses Postulat zu überweisen. Besten Dank.

M. Gross (SVP): Ich mache es kürzer. Die SVP kann sich diesem Postulat, ursprünglich von Reto Diener, auch anschliessen, auch wenn er heute nicht Wort gehalten hat. Er hat nämlich gesagt, er spreche weniger lang als das Postulat ist. Das ist wohl nicht gelungen. Trotz dem Inhaltlichen stimmen wir dem zu, was Ihr gesagt habt. Ich gebe da einfach noch zu bedenken: Wir haben im Neuwiesenquartier, wo ich ja wohne, das auch angeschaut. Und für uns war ursprünglich auch klar, dass ein Tiefbahnhof die einzige mögliche Lösung ist. Und ein berühmter Architekt, der auch bei uns wohnt – noch berühmter als Raphael -, hat dann doch einmal kurz aufgezeigt, wie einfach es sein kann oder wie schön es werden kann, wenn die Rudolfstrasse wie ein Teil des Perrons wird und dass dann auch nicht so viel verloren geht, wie da allgemein befürchtet wird.

Von daher gibt es vielleicht schon eine Variante, wenn die eine jetzt rein finanztechnisch nicht umsetzbar wird (diejenige, die wir bevorzugen würden, nämlich einen Tiefbahnhof). Da gäbe es vielleicht schon noch andere Varianten.

Von daher schliessen wir uns an, wie ich es gesagt habe. Danke.

R. Diener (Grüne/AL): Danke vielmals für alle die interessanten Ergänzungen und Inputs. Danke, Michi, für das Kompliment, dass ich wieder nicht eingehalten habe. Ich bin mir dessen bewusst.

Ich möchte nur nochmals ganz kurz auf das eingehen, was gesagt wurde. Es ist sicher so, wir hatten diese Sitzungen, im kleinen Kreis durften wir mit der SBB sehr genau anschauen, wie ihre Berechnungen der Kapazitäten mit der effektiven Fahrplanmodellierung laufen. Wir konnten sehen und verstehen und begreifen, dass es tatsächlich nicht so einfach ist, wie Andy Lutz es in seiner Studie aufgeworfen hat. Und dass man in der Praxis auch noch ein paar Faktoren mehr berücksichtigen muss.

Insofern ist es so, dass die SBB aber auch sagt, und das ist sehr spannend (das gebe ich jetzt hier doch auch noch zu Wort, denn das ist eine Aussage, die im Zusammenhang mit dem Stadtperron sehr interessant ist): Wenn man das Stadtperron machen würde, dann müsste man eigentlich ein Perron mehr in den Gleisraum hineinlegen, denn sonst steht das letzte Gleis isoliert und das kann man faktisch gar nicht als Stadtperron umsetzen, weil es dann ein Einzelgleis wäre, das dann auf beiden Seiten angeschlossen wäre. Ein Stadtperron wäre extrem interessant, wenn man ein 8. Gleis legen würde. Und interessant ist, dass es tatsächlich sogar reichen würde so. Gemäss der Fahrplanmodellierung der SBB würde ein 8. Gleis sogar effektiv für die Kapazität ausreichen.

Ich möchte da nochmals appellieren, auch an den Stadtrat, innovativ zu denken. Was Annetta gesagt hat, ist auch extrem wichtig: Wir müssen die Gesamtlösung des Verkehrs mit den entsprechenden Anbindungen der Umsteiger denken und jetzt mitüberlegen, wenn man diese Planungen nochmals überarbeitet oder nochmals darübergeht. Und wir müssen vielleicht auch für den Veloverkehr innovative Lösungen suchen. Wie z.B., wenn man die Rudolfstrasse tatsächlich für ein Stadtperron nutzen würde, dass man dann auch gut überlegt, wo man dann alternativ mit dem Veloverkehr hinkönnte. Die Neuwiesenstrasse ist, sorry, keine Alternative. Da müsste man etwas Innovativeres, etwas Intelligenteres finden. Das kann durchaus auch eine Idee sein.

Das möchte ich einfach noch zu Protokoll geben. Danke für das Verständnis.

ENTWURF

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich habe eigentlich gemeint, der Tiefbahnhof sei kein Teil des Postulats. Zum einen wird ein solcher nirgends, weder im Antrag noch in der Begründung, erwähnt. Zum anderen kam es in den Mails, die vor der Postulatseinreichung hin- und hergingen, eigentlich zum Ausdruck, dass der Tiefbahnhof nicht Teil des Postulats sein soll. Jetzt ist das doch in mindestens zwei Voten zumindest erwähnt worden, dass man diesen Wunsch auch noch hätte. Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass in der aktuellen Planung von Stadt und SBB ein Tiefbahnhof als Variante übermorgen, also später als 2050, nicht verunmöglicht wird, sondern weiterhin möglich bleibt. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass wenn man einen Tiefbahnhof 2050 fordern würde, das rein von der Planung her nicht möglich ist. Auch von den Finanzierungsschritten her, die national bereits gelaufen sind, vermutlich kaum möglich wäre. Und wenn man das so fordern würde, dass man jetzt eine Planung Tiefbahnhof angehen würde, wir wahrscheinlich den jetzigen Zustand des Bahnhofs für die nächsten 30 – 50 Jahre zementieren würden. Und auch keine Verbreiterung der jetzigen Infrastruktur ca. 2050 möglich wäre. Das wäre einfach noch zu bedenken.

R. Perroulaz (FDP): Nur schnell als Replik: Der Tiefbahnhof ist nicht Bestandteil des Postulats. Aber ich denke, wenn es die Aufgabe von jemandem ist, ein bisschen visionärer zu denken, dann ist das dieses Gremium, Parlament und Stadtrat, das einfach in bisschen weiterdenkt als dieses Postulat, das ein paar Monate in der Verwaltung verweilt. Unsere Gedanken haben einen Horizont von 40 – 50 Jahren. Das ist eigentlich alles.

Stadträtin Ch. Meier: Vielen Dank auch hier für die angeregte Diskussion. Eine hochwertige Weiterentwicklung des Bahnhofs und seinem Umfeld, von der ganz Winterthur profitieren kann, ist mir persönlich und ist dem Stadtrat ein sehr grosses Anliegen.

Weshalb ist das so wichtig? Unser Bahnhof ist das pulsierende Herzstück der Stadt. Er ist Ankunfts- und Umsteigeort für täglich (wir haben es schon gehört) rund 120'000 Menschen. Und bis in 25 – 30 Jahren vermutlich für ca. 180'000 Menschen. Er ist auch der zentrale Begegnungs- und Einkaufsort der Stadt. Und künftig werden wie gesagt mehr Menschen hier einsteigen, aussteigen, einkaufen, verweilen, sich treffen oder aber auch den Bahnhof nur zum Durchqueren brauchen.

Um den Stadtraum rund um den Bahnhof fit zu machen für die Zukunft, starten wir dieses Jahr einen breit abgestützten Testplanungsprozess. Mit dieser Testplanung verfolgen wir das Ziel, die für Winterthur beste Lösung zu finden. Im Fokus stehen die Nutzung und die Gestaltung des öffentlichen Raums, das Zusammenspiel der unterschiedlichen Verkehrsträger und die Neuorganisation der Bushaltestellen. Dieser Prozess wird von einem breit abgestützten Echoraum und weiteren Mitwirkungsangeboten begleitet. Dieser Testplanung werden die zwei von der Stadt und der SBB gemeinsam evaluierten Bestvarianten für den Bahnhofsausbau zugrunde gelegt.

Ich kann sehr gut verstehen, dass die von der SBB präferierte Ausbauvariante 211 (das ist diejenige, welche die Verbreiterung des Bahnhofs Richtung Rudolfstrasse vorsieht) von vielen sehr kritisch beurteilt wird. Und wenn ich ganz ehrlich bin, ist es zum jetzigen Zeitpunkt auch nicht meine Favoritenvariante.

Das von der Stadt und der SBB evaluierte Lösungsspektrum beinhaltet aber eben auch die Variante 451, welche die Rudolfstrasse weitgehend verschont und die Gleise stattdessen in Richtung Bahnhofsgebäude verschiebt. Die Eingriffe in das Bahnhofsgebäude sind bei dieser Variante nicht so gross wie es im Postulat dargestellt ist. Es würden nur die Arkaden im Erdgeschoss geöffnet, damit der äussere Bereich des Perrons 3 durch diese Arkaden führen könnte. Die Gleise würden nicht durch das Bahnhofsgebäude gelegt. Mit dieser Öffnung der Arkaden könnte das Aufnahmegebäude in seiner bahnbetrieblichen Funktion sogar noch gestärkt und wieder mehr belebt werden, was ich persönlich durchaus auch als Chance anschau. Und das schätzt übrigens auch die Denkmalpflege des Bundes so ein. Sie war bei der Entwicklung der Variante 451 beteiligt und unterstützt sie im Grundsatz. Die Variante 451 ist aber rund doppelt so teuer wie die Variante 211.

ENTWURF

Ich möchte einfach noch kurz den Bogen machen zu Diskussionen, die wir hier drinnen haben, wenn es um städtische Investitionen geht. Auch die SBB, auch der Bund hat nicht einfach Geld auf Reserve. Und ein Tiefbahnhof z.B. würde im Moment eine Überkapazität schaffen. Und das kann sich ein BAV schlicht nicht erlauben. Beide Varianten aber, die jetzt diskutiert werden (also 211 und 451), sind sogenannten aufwärtskompatibel, d.h. wenn zu einem späteren Zeitpunkt ein weiterer Kapazitätsausbau nötig ist, ist bei beiden Varianten eine Weiterentwicklung mit Tiefbahnhof möglich.

Mit der Testplanung werden wir vertieft untersuchen, was die räumlichen Auswirkungen dieser beiden Varianten, die wir noch im Spiel haben, sind und wie darauf im Stadtraum reagiert werden kann. Auch die Folgen für Personenströme, für Velos, für Stadtbus und MIV werden aufgezeigt. Auf dieser Grundlage kann dann der definitive Variantenentscheid erfolgen.

Und ich würde gerne appellieren: Bleiben wir doch offen, bis wir diese Varianten kennen. Wir wissen noch nicht, wie sich eine Variante 211 oder Variante 451 dann wirklich im Stadtraum einfügen. Ich wäre gerne – einfach bis wir diese Erkenntnisse haben – offen und würde den Entscheid wirklich gerne mit den Erkenntnissen, die wir aus der Testplanung generieren, fällen können. Wir haben im Vorfeld der Testplanung eine Dialogrunde eingeschaltet, am 13. November und am 16. Dezember letzten Jahres. Die beiden Veranstaltungen wurden erwähnt. Dort hat man mit einem engeren Kreis von interessierten Personen einerseits über die Leistungsanalyse gesprochen und auch über die Variante mit dem Stadtperron.

Wir verschliessen uns dieser Diskussion überhaupt nicht. Wir haben zugesichert, dass wir die Variante mit dem Stadtperron mit der SBB nochmals durchleuchten werden. Ich möchte da einfach ein bisschen die Illusionen nehmen: So einfach ist es nicht. Wir haben z.B. einen Höhenversatz, der relativ klar ist, und auch ein solches Stadtperron hat massive Auswirkungen auf die Rudolfstrasse. Natürlich wäre es eine Öffnung, aber wir würden auch mit dem Stadtperron sehr viel Fläche von der Rudolfstrasse brauchen.

Dass diese Diskussionen rund um die Rudolfstrasse jetzt gerade nicht so ideal sind, zum Zeitpunkt, wo wir den jetzigen Umbau der Strasse am Abschliessen sind, das ist völlig klar. Wir sprechen da aber über einen Ausbau, der in frühestens 25 Jahren kommen wird. Das ist eine ganze Generation Menschenleben. Und bis dahin wird sich am Bahnhof auch sonst noch einiges verändern.

Sie sehen, wir teilen Ihre Anliegen. Das sind auch unsere Anliegen. Von daher würde es das Postulat nicht unbedingt brauchen. Ich sehe aber, dass der Wunsch da ist, das Postulat zu überweisen. Und wir nehmen das selbstverständlich auch gerne entgegen.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann gehe ich davon aus, dass wir zur Überweisungsabstimmung schreiten können. Es geht darum, ob wir das Postulat an den Stadtrat überweisen oder nicht. Es ist schon projiziert.

A = Zustimmung für Überweisung, B = Ablehnung, damit das nicht überwiesen wird.

Abstimmungsergebnis: Der Überweisung wurde mit 48:5 bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

9. Traktandum

Parl.-Nr. 2024.106: Begründung des Postulats R. Tobler (FDP), M. Wäckerlin (SVP), B. Oeschger (GLP) und M. Zundel (Grüne) betr. mehr Digitalisierung in der Kommunikation mit Dritten

Parlamentspräsident F. Helg: Begründung des Postulats betreffend mehr Digitalisierung in der Kommunikation mit Dritten. Der Erstpostulant ist Raphael Tobler (FDP). Ich bitte Dich, dieses Postulat zu begründen.

R. Tobler (FDP): Sie haben es ja alle schon gelesen, deshalb kann ich es etwas kürzer halten. Den Ursprung hat es eigentlich schon genommen, als ich ins Stadtparlament gekommen

ENTWURF

bin. Ich habe mich grausam daran gestört, was für Grümpel ich nach Hause geschickt bekomme. Das hat irgendwie damit zu tun, dass man als Stadtparlamentarier nicht nur von der Stadt, sondern auch von ganz vielen anderen Organisationen irgendwelche Jahresberichte etc. erhält. Teilweise hatte es sehr bereichernde und spannende Sachen darunter, vieles oder eigentlich alles wäre aber auch digital möglich gewesen. Teilweise waren als richtige Brocken, bei denen ich zum Teil nicht wusste, ob ich die Front noch zum Karton geben muss. Ich war also fast überfordert. Dort hat es seinen Ursprung genommen.

Dann habe ich mit ersten Leuten hier drinnen aus anderen Parteien Gespräche geführt und gefragt, ob sie das auch stört. Und herausgekommen ist, dass es alle etwas störend finden, dass das alles physikalisch kommt. Das war so ein bisschen der Auslöser, das ist ca. zwei Jahre her.

Und dann kam nachher der zweite Moment, als wir in der AK über das Thema Digitalisierung gesprochen haben. Die Digitalisierung der Post, was wir natürlich alle sehr gut fanden. Ich glaube, ich darf da im Namen von allen sprechen, dass wir sehr erschrocken sind, dass man in der Stadt Winterthur 11'000 Briefe pro Woche hat. 11'000 Briefe pro Woche (das können wir uns nicht vorstellen, ich auch nicht) kommen in der Stadt Winterthur an. Und die Stadt Winterthur hat dann gesagt, das müssen wir digitalisieren. Das finden wir alle sehr clever und sehr gut. Und die Digitalisierung der Stadt Winterthur hiess dann, wir kaufen sozusagen einen Scanner (für viel Geld), damit wir diese Post dann einscannen können.

Von allen, die sich überlegen, wie man die Post zuhause digitalisieren kann, käme niemand auch die Idee: Ich kaufe einen Scanner oder ich beauftrage ein Scan-Center. Sondern ich würde mir überlegen, wie ich es hinbekommen kann, dass ich weniger Post erhalte.

Das war dann der zweite Auslöser, bei dem sehr viele gesagt haben, da müsste man doch schon noch ein bisschen etwas machen und nicht einfach viel Geld an eine externe Firma zahlen, damit diese die Post einscannet, so dass man das wenigstens digitalisiert hat – was aber natürlich auch mit viel Geld verbunden ist. Und daraus hat dann dieser Vorstoss resultiert.

Es gibt ja eigentlich zwei Seiten: Einerseits ist das eine Problem, was ich physisch hinaus-schicke. Da kann die Stadt selbst direkt relativ viel unternehmen und relativ viel machen. Also ich kann mir überlegen, ob ich das physisch hinaus-schicken muss, ob ich das an alle schicken muss, auch an die Auswärtigen etc. Oder kann ich das vielleicht digital schicken? Oder kann ich halb-halb machen. Und auf der anderen Seite ist es ja genau dasselbe mit der Post, die hereinkommt. Da kann ich ganz plakativ sagen, dass ich gar nichts machen kann, wenn mir Leute einfach irgendwelche Post schicken. Das ist natürlich eine schlechte Antwort oder wäre eine schlechte Antwort. Ich kann nämlich theoretisch bei jeder Person oder jeder Organisation, die mir einen Brief oder was auch immer schickt, überlegen, ob das auch online gehen würde, über ein Formular oder ein Mail. Also sehr simpel, da muss man nicht sehr clever sein, um auf diese Idee zu kommen. Und dann kann ich diesen Leuten ein Mail machen oder schlimmstenfalls einen Brief zurückschicken, in dem steht, ab jetzt digital. Sie alle kennen das: Es gibt Orte, da geht es einfach digital.

Aus diesem Grund ist dieses Postulat entstanden. Wir sagten uns, da hat es doch noch etwas Potenzial. Es hat da nicht nur FDP-like ökonomische Gründe, sondern es hat auch ganz viele ökologische Gründe, weshalb man es ohne schlechtes Gewissen in der ganzen Breite unterstützen kann.

Und wir haben auch ganz bewusst ein Thema hineingenommen: Alle von uns haben Grossmütter oder hatten welche, oder wir haben Eltern, die ab und zu anrufen und fragen, wie das geht, weil sie es nicht checken auf dem Handy. Das kenne ich also auch. Man muss also wirklich eine Lösung haben, damit alle die Möglichkeit haben – auch unsere Grossis und Grosspapis -, dass sie diese Dinge auch weiterhin noch physisch haben können. Es ist uns klar, dass nicht alle so 100% digitalaffin sind, wie das vielleicht ich bin. Also da wird es eine Lösung geben müssen und das ist ganz klar vorgesehen.

Und um das vorwegzunehmen: Ich weiss schon, die Antwort des Stadtrats wird lauten, das Postulat kommt super gelegen, es ist aber total unnötig, weil die Stadt sowieso schon an dem dran ist. Dass aber eine grosse Mehrheit von uns da dabei ist, zeigt aber schon, dass man

ENTWURF

aus unserer Sicht vermutlich zu wenig dran ist oder vielleicht zu wenig schnell. Und deshalb bitte ich Sie da um grosszügige Unterstützung. Danke.

Parlamentspräsident F. Helg: Danke für diese Begründung. Gibt es einen Ablehnungsantrag aus dem Kreis der Mitglieder? Beatrice Helbling, Du hast das Wort.

B. Helbling (SP): Wir werden das Postulat nicht unterstützen und stellen einen Ablehnungsantrag. Ich nehme gleich kurz Bezug auf das, was Raphael schon gesagt hat.

Wir haben am 24.06.2024 im Parlament den Verpflichtungskredit für die Einführung einer zentralen Digitalisierungslösung für den physischen Posteingang zugestimmt, und zwar einstimmig. Die AK hat damals schon einen Änderungsantrag gemacht, denn es war uns allen im Parlament ein Anliegen, dass vermeidbare physische Post rascher abnimmt als im Rahmen dieses Verpflichtungskredits beantragt wurde.

Auch der Stadtrat hat damals schon bestätigt, dass die Stadt die Digitalisierung des physischen Posteingangs forciert und wo immer möglich, sollen die physischen Postsendungen reduziert werden. Das heisst und wir sind davon überzeugt, dass man da dran ist. Man ist dran und man ist bemüht, dass das so wird, wie es gewünscht wird in diesem Postulat. Dieses Postulat ist deshalb unserer Meinung nach einfach nicht nötig. Und die Ressourcen würden wahrscheinlich lieber dort eingesetzt, wo sie etwas bringen, und nicht, um die Bearbeitung und Beantwortung dieses Postulats zu machen. Danke.

M. Wäckerlin (SVP): Es macht natürlich absolut Sinn. Mittlerweile haben wir das Jahr 2025. Die meisten von uns werden seit den 90er-Jahren einen Computer benutzen – und immer noch hat die Stadt solche Unmengen an Briefen, die sie verarbeitet. Ich denke, da wäre es jetzt wirklich an der Zeit, dass man mal ein bisschen Gas gibt und schaut, dass man möglichst viel davon per Mail abwickeln kann.

Üblicherweise geht es ja so: Der eine schreibt sein Dokument am PC, hat es in elektronischer Form vor sich liegen. Dann druckt er es aus, rennt zum Drucker, nimmt das Papier, steckt es in einen Briefumschlag, frankiert diesen und bringt ihn zur Post. Der andere regt sich auf, dass er schon wieder so einen Scheiss-Brief bekommt. Er öffnet ihn, liest ihn, vielleicht scannt er ihn sogar noch ein (wenn er ein Scan-Center hat). Ihr seht, das macht keinen Sinn. Man kann den Brief direkt per Mail hin- und herschicken, ohne dass man noch Papier verschwenden muss. Wenn wir schon ökologisch sein wollen: Ich glaube, das ist ein Ansatz, mit dem wir a) Geld sparen können, b) ökologisch sein können – und unter dem Strich mehr haben, als wir vorher hatten.

Danke für Eure Unterstützung.

M. Zundel (Grüne/AL): Vielen Dank an Raphael für das Ausarbeiten dieses Postulats.

Grundsätzlich kann ich am Anfang bei allem von ihm zustimmen. Wenn man die Dinge anschaut, wie es jetzt auch Marc sagte, mit dem vermeintlichen Digitalisierungsprozess von Scannen, macht es für mich nicht sonderlich Sinn und es tönt einfach nicht nach nachhaltig oder effizient.

Ich bin gespannt, was uns die Verwaltung für eine Lösung zu diesem Postulat vorlegen wird. Weil Datenschutz-technisch wird es auf jeden Fall noch 1 - 2 Schwierigkeiten geben.

Dabei bedenke ich die Situation, dass die Post von verschiedenen Departementen an mich adressiert zum Teil beim Parlamentsdienst, teils beim Sekretariat der Grünen Winterthur landet. Oder einmal habe ich eine E-Mail mit der Frage erhalten, wo ich denn genau wohne. Meistens fand die Sendung aber schlussendlich doch noch den Weg zu mir nach Hause.

Die Idee soll bei diesem Vorstoss nicht sein, dass ich bei jeder Abteilung der Stadt Winterthur meine Mail-Adresse hinterlegen muss. Das Prinzip der Single Source of Truth, also nur eine Datenquelle, sollte auch hier angewendet werden.

Das vorhandene Potenzial, um Ressourcen einzusparen, ist jedoch offensichtlich. Gerade mit der Vorgabe, sich um rechtliche Grundlagen auf Stufen Bund und Kanton zu bemühen, kann sich die Stadt als wirkliche Digitalisierung-Pionierin präsentieren. Bekanntlich sehen die

ENTWURF

Dinge in der Theorie jeweils einfacher aus als praktisch umgesetzt. Und das wäre ein bisschen das Gegenvotum für die SP, dass genau mit diesen Punkt, man solle sich auf höheren Ebenen engagieren, wir vielleicht am Allgemeinwohl in der Schweiz arbeiten können. Wichtig ist uns als Grüne/AL aber vor allem der letzte Punkt: Niemand in der Gesellschaft soll ausgeschlossen werden. Mit Blick zurück in die Pandemie-Zeiten bin ich jedoch überzeugt, dass 90% der Bevölkerung ziemlich schnell zurecht kommen wird mit einem Digital First Approach. Das bedeutet jedoch nicht, dass jemals irgendjemand es eine gute Idee fand, im Restaurant die Menükarte auf seinem Handy studieren zu müssen. Eine kleine Anekdote noch zum Schluss: Als ich nach Neujahr beim Pilz vom Busbahnhof das Wimmelbuch von Stadtbuss gekauft habe, musste ich zu meiner Überraschung hinter drei Menschen anstehen. Nicht weil diese drei Menschen auch das Buch von Stadtbuss kaufen wollten, sondern weil sie ein Bus- oder Zugticket kaufen wollten. Diese Menschen haben nicht einfach kurz die App genommen, um ein Ticket zu lösen – auch wenn sie im Besitz eines Smartphones waren – und gingen auch nicht zum Automaten, um schnell ein Ticket zu lösen. Nein, sie machten sich die Mühe, am Schalter ein Ticket zu lösen; und das ist gut so. Für genau solche Menschen möchte ich mich auch in Zukunft stark machen. Wir dürfen auf keinen Fall jemals die Freiheit aufgeben, anonym mit Bargeld ein ÖV-Ticket zu erwerben. Trotzdem bin ich überzeugt vom Digital First Approach und sicher, dass es die effizientere und nachhaltigere Variante ist.

N. Ernst (GLP): In Vertretung für den Miteinreichenden Benedikt Oeschger möchte ich hervorheben, dass die GLP klar hinter der Stossrichtung dieses Postulats steht. Durch die Digitalisierung wird die Kommunikation für die Winterthurerinnen und Winterthurer einfacher und unsere Stadtverwaltung wird ein bisschen kundenfreundlicher. Auf der Seite Stadtverwaltung wiederum rechnen wir durch eine fortschreitende Digitalisierung mit Effizienzgewinn. Wir unterstützen die Überweisung dieses Postulats der FDP.

F. Kramer (EVP): Wir verstehen dieses Postulat als Pendant zur Digitalisierung des Posteingangs, nämlich dass dies helfen soll, dass die Post auch tatsächlich abnimmt. Das Abacus zum Beispiel wird dazu sicher auch sehr viel beitragen, aber es gibt sicher noch Sachen, die man machen kann. Wir unterstützen das deshalb. Wir haben aber leider das Postulat in dieser Fassung erst gesehen, als es schon da kursiert ist und wir mit einer intensiven Budgetsitzung beschäftigt waren. Und wir sind nicht Freunde von unabgesprochenen und ungeprüften Schnellschüssen. Wir haben das bilateral inzwischen mit der FDP geklärt, dass die EVP nächstes Mal nicht wieder ausgelassen wird und wir es erhalten werden. Und wir unterstützen das jetzt, obwohl wir dort nicht unterzeichnet haben.

I. Kuster (Die Mitte/EDU): Auch wir von der Mitte/EDU-Fraktion unterstützen das Postulat, auch wenn wir nicht unterschrieben haben. Wir wissen, dass die Stadt daran ist, die Post stärker zu digitalisieren. Es braucht aber wirklich Bestrebungen, dort, wo möglich und sinnvoll, zügig vorwärtszumachen. Uns von der Mitte/EDU ist aber, wie auch von gewissen Vordnern erwähnt, ganz besonders wichtig, dass trotz Digitalisierung die Bevölkerungsgruppen nicht vergessen gehen, welche die digitalisierte Post weder beherrschen noch bearbeiten können.

Wir haben noch immer Bevölkerungsteile, die sich nicht in der digitalen Welt bewegen, geschweige denn, sie anwenden können. Für sie muss es weiterhin die Möglichkeit geben, die analoge – sprich physische – Post anwenden und benutzen zu können. Und aus persönlicher Sicht kann ich nur betonen, dass ich persönliche Post aus dem Stadthaus sehr schätze, aber gewisse unpersönliche Sendungen, v.a. aus dem Museumsbereich, lieber per Mail erhalten würde. Oder so wie das Fotomuseum, wo ich Mitglied bin: Da erhalte ich Informationen und Reminder per Mail und wichtige Programme und Einladungen aber per Post – also differenziert.

ENTWURF

Also gerne ein Angebot der Verwaltung mit Wahlmöglichkeiten für die Bevölkerung, ob sie es digital oder analog wollen und die Mischformen zielgruppengerecht zur Verfügung stellen. Danke.

M. Wäckerlin (SVP): Nur um hier vielleicht einen kleinen Irrtum aufzuklären: Es geht nicht darum, dass man irgendjemanden zwingt, die Post elektronisch zu konsumieren. Sondern es geht einfach darum, dass die Stadt versucht, die Leute zu motivieren, das zu machen. Bis heute – ich lebe doch mittlerweile 26 Jahre in dieser Stadt – hat mich die Stadt noch kein einziges Mal angefragt, wie meine Mailadresse ist und ob sie mir in Zukunft ihre Unterlagen an die Mailadresse schicken dürfte. Abgesehen vom Parlamentsdienst natürlich, der das vorbildlich macht. Aber die Stadt hat das bei mir als Bürger noch nie gemacht. Und das wäre doch das, womit man einmal anfangen könnte.

Parlamentspräsident F. Helg: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ist es dieses Jahr sogar das 10jährige Jubiläum seit der Umstellung auf den elektronischen Versand des Parlamentsdienstes. Das müsste man fast noch feiern. Dann ist nochmals Raphael Tobler an der Reihe.

R. Tobler (FDP): Vielleicht noch ganz kurz eine Antwort auf das, was die SP gesagt hat. Und ich beisse mir da natürlich selbst ins Knie oder ins Bein oder wie es auch immer heisst. Als ich Euch erklärt habe, was die Antwort des Stadtrats sein wird - dass ich so unclever gewesen bin und nicht gesagt habe, dass es die Antwort des Stadtrats und von Bea sein wird. Schön, dass Ihr noch etwas gesagt habt zu diesem Thema. Aber dass dieser Verpflichtungskredit gekürzt worden ist, hat gar nichts mit diesem Thema zu tun. Sondern das Gute ist ja, und da freut sich ja Kaspar Bopp schon darauf, dass wenn man da wirklich streng digitalisiert bei dieser Post, dass der Verpflichtungskredit zu vielen Prozenten gar nicht ausgelastet wird, weil sich die Post ja massiv reduziert und man den Scan Centern somit viel weniger Rechnungen schicken muss. Und was Du gesagt hast: Wo immer möglich sind wir schon dran und man ist bemüht, deshalb ist es nicht nötig. – Da habe ich, glaube ich, schon erklärt, weshalb das eben doch der Fall ist. Ich danke allen anderen für die Unterstützung.

Stadtrat K. Bopp: Es ist tatsächlich so und das ist kein Zufall: Die Digitalisierungsstrategie, die der Stadtrat 2023 verabschiedet hat, wäre eine super Zusammenfassung dieser Diskussion, die Ihr jetzt da heute Abend geführt habt. Die Zielsetzung des Postulats entspricht nämlich wirklich der Zielsetzung der städtischen Digitalisierungsstrategie. Zum Beispiel hat Michael Zundel das Wort Digital First verwendet. Der zweite Leitsatz der Digitalisierungsstrategie heisst Digital First. Ich lese vor, was dort drin steht: «Die Digitalisierung unterstützt den konsequenten Ausbau von digitalen Prozessen sowie digital zugängliche Services, indem Lösungen nach dem Grundsatz Digital First konzipiert werden. Dabei wird sichergestellt, dass keine digitale Diskriminierung stattfindet, Barrierefreiheit berücksichtigt und Datenschutz gewährleistet wird.» Wir wollen also nicht die physische Überforderung von Raphael Tobler mit digitaler Überforderung von anderen Leuten ersetzen, sondern natürlich müssen wir beides sicherstellen. Auch das ist genau das, was Ihr jetzt hier in der Debatte diskutiert habt. Und das ist genau das, was der Stadtrat auch so sieht. Ihr seht: Wir wollen und wir meinen es ernst. Das Einzige, was uns jeweils bremst, sind die finanziellen und personellen Ressourcen. Wirklich einen Schritt vorwärts kommt man dann, wenn man wirklich umfassend investiert und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt. Und wie Ihr wisst, ist das jetzt nicht unsere ausgesprochene Stärke hier in Winterthur. In den Handlungsfeldern, um nochmals kurz auf die Digitalisierungsstrategie zurückzukommen, effiziente Prozesse und digitales Leistungsangebot haben wir diverse Projekte, die schon laufen oder die geplant sind. Das kann man auch nachlesen im Anhang der Digitalisierungsstrategie. Projekte, die das Potenzial haben, um das Postvolumen deutlich zu senken im Ein- und Ausgang. Ich mache ein paar Beispiele (sie wurden auch schon erwähnt):

ENTWURF

WinERP, die den digitalen Rechnungsversand und die digitale Rechnungsbearbeitung ermöglichen. In der Menge, in der wir das verarbeiten, ist das auch ein bisschen komplexer als in der Adressdatenbank des Parlamentsdienstes, wenn ich das so sagen darf. In unserer Adressdatenbank hat es ein paar Adressen mehr.

Das ECM, wo wir jetzt auch dran sind. Ein grosses Projekt, bei dem z.B. in einem Teilprojekt die rechtsgültige elektronische Unterschrift eingeführt und ermöglicht wird. Auch das ein wichtiger Aspekt für den digitalen Austausch mit externen Stellen.

E-Services plus ist auch so etwas, wo es um den Ausbau von E-Services im Allgemeinen geht. Und es hat auch noch weitere Projekte. Und ich möchte dazu einladen, hier nachzulesen.

Es ist wirklich so, wie das Raphael Tobler selbstverständlich richtig gewusst hat, weil er die Digitalisierungsstrategie kennt: Wir machen das sowieso schon. Der einzige Unterschied ist, dass wir jetzt noch eine Antwort darüber schreiben müssen. Das machen wir aber natürlich gerne, wenn das ein Bedürfnis hier drinnen ist. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung, bei der es darum geht, ob man das Postulat dem Stadtrat überweist, damit er die Antwort schreiben kann, den Postulatsbericht, oder nicht.

Die Ausgangslage der Abstimmung ist projiziert. A = Zustimmung, B = Ablehnung.

Abstimmungsergebnis: Die Überweisung ist mit 42:11 bei 0 Enthaltungen angenommen.

Damit ist das Geschäft erledigt.

Von Christian Hartmann wurde eine persönliche Erklärung angemeldet zur Vorlage Veloparking Paulstrasse. Es ist ja möglich, dass man nach Abschluss eines Geschäfts eine persönliche Erklärung anbringen kann. Deshalb gebe ich jetzt Christian das Wort.

Ch. Hartmann (SVP): Das Parking, das wir beschlossen haben zu realisieren, leidet ja unter einem «Geburtsmangel»: Es ist am falschen Ort. Und dieser Geburtsmangel lässt sich auch nicht korrigieren, nur weil es eine Gelegenheit ist, bei der man so etwas gleich realisieren kann. Er lässt sich auch nicht korrigieren, indem man den Mieterausbau auf die Spitze treibt. Es ist schlicht und einfach ein Projekt, das man nicht realisieren darf.

Im Sinne der Transparenz, die wir hier drinnen pflegen, möchte ich Euch mitteilen, dass die SVP, die FDP und Die Mitte gegen den Beschluss des Stadtparlaments das Referendum ergriffen haben. Es wird zur Volksabstimmung kommen.

10. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.69: Antrag und Bericht zur Motion A. Steiner (GLP), K. Frei Glowitz (Grüne), B. Huizinga (EVP) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Pachtverordnung für städtisches Landwirtschaftsland

Parlamentspräsident F. Helg: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Pachtverordnung für städtisches Landwirtschaftsland. Bei diesem Geschäft sind wir jetzt im Verfahrensstadium, bei dem es darum geht, ob die Motion erheblich erklärt wird oder nicht, also ein verbindlicher Auftrag an den Stadtrat erfolgt, eine Vorlage auszuarbeiten. Das Geschäft wurde in der AK behandelt und deshalb sind nach der Geschäftsordnung zuerst die AK-Mitglieder an der Reihe. Das Geschäft wird noch das ehemalige AK-Mitglied Marco Graf übernehmen, da es schon früher einmal traktandiert war, und uns mitteilen, was die AK als Kommission zu diesem Geschäft gemeint hat.

M. Graf (AK): Wir haben dieses Geschäft in der AK angeschaut. Eigentlich alles, was mit der Gemeinde Möriken-Wildegg verbunden wurde, haben wir heute auch schon. Und deshalb hat die AK mit 11:0 beschlossen, dass man das als nicht erheblich erklärt und so als erledigt abschreiben möchte.

ENTWURF

Parlamentspräsident F. Helg: Gibt es aus dem Plenum andere Anträge? Das ist nicht der Fall. Wir steigen trotzdem ein in die Diskussion. Zuerst wären die AK-Mitglieder an der Reihe. Auf der Rednerliste ist jetzt niemand. Dann können sich auch die anderen Mitglieder melden. Zuerst geht das Wort an Annetta Steiner (GLP).

A. Steiner (GLP): Es ist ein bisschen eine spezielle Situation, dass zuerst die AK-Mitglieder zu Wort kommen, obwohl eigentlich die Erstmotionärin das eingereicht hat. Aber das ist offenbar in der Geschäftsordnung so.

Während sich die Welt rundherum bewegt, verharrt die Stadt Winterthur bezüglich Visionen in der Landwirtschaft in einem Dornröschenschlaf. Es kommt einer Arbeitsverweigerung nahe. Umstellung auf biologische Landwirtschaft? Am St. Nimmerleinstag. Wenigstens Pachtverträge ökologisieren? Fehlanzeige. Der Stadtrat sieht keine Notwendigkeit und bezieht sich dabei tatsächlich auf die Zukunftsstrategie 2007. Ich wiederhole: Zukunftsstrategie 2007! Zukunftsstrategie von vor 18 Jahren – und dies in einem Bereich, wo der Handlungsbedarf gemäss der Wissenschaft als sehr gross bezeichnet wird. Der Einstiegssatz der Motionsantwort, dass dem Stadtrat die Verantwortung betreffend der landwirtschaftlichen Nutzflächen bewusst sei, ist dazu schlicht eine leere Floskel.

Bei einer ökologischen Landwirtschaft geht es nicht nur um Biodiversität, die man berücksichtigen muss, sondern es geht auch um gesunde Böden und gesundes Trinkwasser. Dass man in den Nachbargemeinden bereits Trinkwasser-Flaschen kaufen muss, weil das Grundwasser verschmutzt ist, ist ja ein Skandal. Leider findet er gar nicht so richtig Beachtung.

Der Stadtrat behauptet, dass Möriken-Wildegg nicht mit der Stadt Winterthur vergleichbar sei. Wir meinen: Die Grösse ist nicht entscheidend – ehrgeizige Ziele sind wichtig! Und von diesen spüren wir im Moment sehr wenig. Eine neue Pachtverordnung hätte genau die Gelegenheit gegeben, sich zeitgemässe Ziele zu setzen.

Mittlerweile gibt es schon sehr viele Gemeinden, die ohne synthetische Düngemittel ihre landwirtschaftlichen Flächen bewirtschaften. Der Stadtrat orientiert sich an den rechtlichen Grundlagen des Bundes, so steht es in der Motionsantwort. Das ist definitiv nicht sehr ehrgeizig!

Wir alle kennen die Bauernlobby in Bern. Da wird sogar die Bewerbung von Fleischkonsum noch subventioniert, während in Dänemark im Gegensatz dazu schon heute Kühe wegen ihrer Klimaschädlichkeit besteuert werden.

Es wird lange und breit ausgeführt, was irgendwo in städtischen Reglementen geschrieben steht; über konkrete Massnahmen erfährt man in dieser Motionsantwort aber sehr wenig. Die Fakten, welche aufzeigen würden, dass Winterthur bei den Pachtverträgen in Bezug auf Ökologie grosse Anstrengungen unternimmt, sind in der Motionsantwort sehr dünn und unglaubwürdig.

Es wird auf das Fachknowhow in der Stadt verwiesen. Es ist aber kein Geheimnis, dass sowohl mehrere Mitglieder der Naturschutzkommission und weitere Fachleute aus anderen Bereichen noch grossen Handlungsbedarf in Sachen Ökologisierung der Landwirtschaft sehen. Keine in Winterthur wohnende Fachperson würde der Abteilung Landwirtschaft einen besonderen «Drive» in Sachen ökologische Landwirtschaft zuschreiben.

Einzigster Hoffnungsschimmer: Bei Stadtgrün ist nun tatsächlich sehr viel Bewegung bezüglich ökologischer Freiraumgestaltung reingekommen. Und wenn wir aus der Motionsantwort das Versprechen rausnehmen können, dass das Fachknowhow von Stadtgrün immer einbezogen wird bei diesen Pachtverträgen, dann stimmt uns das zuversichtlich. Entsprechend gehen wir davon aus, dass in Zukunft diese Pachtverträge von den Fachleuten bei Stadtgrün genau begutachtet und abgesegnet werden müssen.

Die Grünliberalen kommen zum Schluss, dass bei einem solchen Unwillen von Seiten Stadtrat tatsächlich kein schlaues Pachtreglement zustande kommt, um den Hebel in der städtischen Landwirtschaftspolitik nochmals anders anzusetzen. Entsprechend verzichten wir auf einen Antrag auf Erheblichkeitserklärung und bleiben anderweitig am Thema dran. Besten Dank für das Zuhören.

ENTWURF

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Motionsantwort. Der Inhalt in zwei Sätzen zusammengefasst: Die Stadt ist nicht willens, zusätzliche Bestimmungen für die Vergabe von Pachtland einzuführen. Und so, wie es heute läuft, ist alles i.O.

Wir sind da anderer Meinung. Dass es um viel geht bei den rund 160 Hektaren Pachtland (das sind über 200 Fussballfelder), hat letztes Jahr beim Einreichen der Motion ein Artikel in der landwirtschaftlichen Fachpresse gezeigt. Gross war betitelt: «Winterthur wird zum Spielball der Politik». In diesem Artikel konnte man vom Druck lesen, dem sich die Landwirte ausgesetzt fühlen. Als Frau mit Wurzeln in der Landwirtschaft hat mich dieser Artikel nicht kalt gelassen. Weiter konnte man dort lesen, dass die Winterthurer Pachtbetriebe ja jetzt schon über das Doppelte der geforderten Biodiversitätsfläche erfüllen und dass sie alle an Vernetzungsprojekten teilnehmen. Und dass sie über 1'000 Hochstamm-Obstbäume pflegen. Und ja, die Stadt unterstütze sie durch Finanzierung der Jungbäume und der Pfähle. Und natürlich verpflichten sich alle Betriebe, Neophyten zu bekämpfen. Und und und. Ein riesiges Pflichtenheft und ein grosses Engagement. Für diesen grossen Einsatz – und das meine ich ernst – danke ich den Landwirten und auch der Stadt.

Und doch, auf meinen Spaziergängen in Winterthur – man sieht es hier im Bild - stelle ich etwas anderes fest. Das ist Zinzikon mit Blick in Richtung Mörsburg. Nämlich dass die Landwirtschaft um Winterthur nach wie vor sehr intensiv ist. Und dass irgendetwas, auch wenn schon viel Gutes gemacht wird und sicher auch mit viel gutem Willen, auch in Winterthur noch nicht stimmt. Denn wo sind die üppigen Wildhecken? Wo sind die artenreichen Staudensäume? Wo sind die Einzelbäume, die als Nahrungsquelle und Lebensraum für Insekten, Vögel und Kleinsäuger so wichtig sind? Ich finde sie sehr spärlich. Die ausgeräumte Landschaft, die man hier sieht, heisst – oder man sieht es ihr förmlich an: In dieser mangelt es immer noch ganz deutlich an Vernetzungskorridoren. Und es mangelt an einer wirklich nachhaltigen biologischen Landwirtschaft. Viel Dünger und Pflanzenschutzmittel und ab und zu sicher auch ein zu hoher Tierbestand sind Fakt.

Die Landwirtschaft (und das ist jetzt auch ein allgemeiner Satz) ist nach wie vor für 13% der Treibhausgasemissionen verantwortlich. Und dass eine solche Landwirtschaft auch langfristig unseren Böden schadet, das weiss heute jeder. Böden, wir haben es schon gehört, sind unsere höchste Ressource.

Zum Schluss noch zwei Punkte aus dem Motionsbericht: Das eine wurde bereits gesagt, aber ich möchte es auch nochmals betonen. Eine Motionsantwort auf der Basis eines Zukunftsberichts, der auf 2007 basiert, kann man nicht ganz ernst nehmen. Da braucht es doch wirklich dringend ein Update.

Und zum Zweiten: Die Zusammenarbeit der Immo mit Stadtgrün, auch das wurde schon angesprochen, bei den Pachtvergaben wird lobend erwähnt. Da stimmen wir vollkommen zu. Eine dauernde Beratungstätigkeit des Fachbereichs Ökologie von Stadtgrün für den Bereich Landwirtschaft, also für die Immo, übersteigt aber das Pensum von Stadtgrün ganz sicher. Und deshalb wäre es wichtig, dass genau dieses ökologische Fachwissen auch in der Immo in der Verwaltungseinheit Landwirtschaft deutlich verstärkt wird.

Wir schreiben die Motion ab und plädieren für eine neue, umfassende Zukunftsstrategie, bei welcher die Biodiversität, das Klima und gesunde Böden im Fokus stehen. Für die Winterthurer Landwirtschaft und uns alle. Danke.

M. Gnesa (SP): Ich spreche für Lea Jacot.

Ich möchte dem Stadtrat für seine ausführlichen Ausführungen danken. Dennoch bin ich etwas enttäuscht über die Antwort. Es wurde ausführlich dargelegt, dass die Vergabe von Pachtland bereits heute auch im Hinblick auf ökologische Standpunkte stattfindet. Es wurde auch ausführlich auf die «Zukunftsstrategie» der Stadt in der Landwirtschaft und auf das breite Knowhow in der Verwaltung hingewiesen. Stadtgrün und auch der Bereich Immobilien der Stadt Winterthur verfügt unbestreitbar über viel Fachwissen im Bereich Ökologie und Biodiversität. Es ist aber auch sehr offensichtlich, dass in diesen Bereichen noch grosses Ver-

ENTWURF

besserungspotenzial besteht. Die Flüsse und Bäche in Winterthur sind immer noch grösstenteils verbaut, Biodiversitätsflächen sind schlecht vernetzt und auch wenn man an städtisch verpachtetem Landwirtschaftsland vorbei spaziert, fällt einem doch auf, dass viel Land sehr intensiv bewirtschaftet wird, was der Biodiversität nicht förderlich ist. Ausserdem wird sehr viel gedüngt, was man jeweils auch in ganzen Stadtkreisen riechen kann. Auch dies ist weder für die Biodiversität noch für die Luftqualität von Vorteil.

Ich finde es sehr wichtig, dass in der Landwirtschaftsstrategie der Stadt Winterthur auch berücksichtigt wird, dass ein Hof existenzsichernd bewirtschaftet werden können muss. Dies ist wichtig, auch wenn ich bezweifle, dass heute alle Pachtfamilien allein vom Landwirtschaftseinkommen leben können. Es sollte aber durchaus möglich sein, Landwirtschaft sowohl ökologisch als auch wirtschaftlich zu betreiben. Gerade rund um Winterthur, wo das Land doch einigermaßen flach ist und gut mit Maschinen bewirtschaftet werden kann, sollte es möglich sein, Höfe wirtschaftlich zu betreiben.

Der Stadtrat hat in seiner Antwort dargelegt, an welches übergeordnete Recht und an welche ökologischen Richtlinien er sich bei der Vergabe von Pachtland orientiert. Es ist nicht ganz verständlich von meiner Seite aus, warum diese nicht in eine übersichtliche, verständliche Verordnung gegossen werden können. Meiner Meinung nach würde dies auch den potenziellen Bewerbern auf das Land zugutekommen, da klar wäre, nach welchen Kriterien Pachtland vergeben würde. Es würde die Fairness erhöhen, da Land in der Nähe von Städten, welches maschinell bewirtschaftet werden kann, nach wie vor gefragt ist. Manche potenziellen Pächter wären da vermutlich gern bereit, Konzessionen bei der Ökologie zu machen. Meiner Meinung nach hat der Stadtrat damit eine Chance vertan, eine Verbesserung für die Natur und die Rechtssicherheit für zukünftige Pächter zu erzielen, was ich sehr schade finde.

Trotzdem empfehlen wir, dem Antrag des Stadtrats zu folgen und die Motion nicht für erheblich zu erklären. Da bereits viel Arbeit in die Beantwortung der Motion investiert wurde und es unverhältnismässig wäre, jetzt nochmals von vorne zu beginnen. Das Ziel eines ökologischen Winterthurs mit besserem Schutz für seltene Arten verfolge ich jedoch weiter und werde den Stadtrat auch gegebenenfalls an seine eigenen Ziele erinnern.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich wollte bei der Landwirtschaft eigentlich kürzer sein als bei meinen vorhergehenden Voten heute Abend. Die geballte Ladung von Grün und Grünliberal hat mich aber doch getriggert, um auch gewisse Repliken zu machen.

Vorab: Die Stadt hat sechs Landwirtschaftsbetriebe in Pacht ausgelagert und zusätzliches Land an verschiedene Betriebe zusätzlich verpachtet. Von diesen sechs Betrieben, die bei der Stadt pachten, sind drei Biobetriebe. Das darf man meiner Meinung nach doch auch erwähnen. Bei den anderen drei gehe ich davon aus, dass diese nicht einfach gross mit der Giftkanne hantieren, sondern zumindest nach integrierter Produktion hantieren. Wenn man in der Stadt in diesen Pachtverhältnissen gemäss den rechtlichen Vorgaben des Bundes agiert, dann ist das nicht einfach «in Ordnung», sondern dann ist das so, wie es sein muss. Und wir als Mitte/EDU-Fraktion unterstützen das.

Natürlich sind wir nicht dagegen, dass man die Naturschutzkommission miteinbezieht in die Gestaltung oder in die Nutzung der Winterthurer Böden. Gleichzeitig gilt es aber auch, auf die Sicht der Landwirtschaft, sowohl der produzierenden wie auch der lehrenden Landwirtschaft (Schule und Forschung) zu hören und auch diese Stimmen einzubeziehen.

Annetta hat die geschlossenen Quellen von Gemeinden, hauptsächlich im Norden von Winterthur, erwähnt. Wir haben das in Winterthur nicht, zum Glück. Und ich gebe Dir Recht, das ist dort, wo das so ist, nicht gut. Das ist eine mittlere Katastrophe, wenn nicht eine grosse. Das haben wir aber in Winterthur nicht. Vorab: Man kann auch ökologisch einen Boden überdüngen. Oder Pflanzenschutzmittel biologisch übermässig ausbringen. Wir haben aber in Winterthur bei den meisten Böden, auch bei den Ackerböden, nicht eine intensive Produktion, keinen intensiven Monokultur-Ackerbau, keinen intensiven Gemüseanbau. Sondern wir haben überall auch Fruchtfolgen und wir haben überall (denke ich) Landwirtinnen und Landwirte, die mit ihren Mitteln – sei es biologisch oder chemisch – sehr wohl pflichtbewusst umgehen.

ENTWURF

Wir haben das Bild der sogenannten «ausgeräumten Landschaft» gesehen. Man kann Bilder wählen, wie man möchte. Ich kann mich erinnern an das Votum zur Landwirtschaft, das wir hatten von Hansruedi Hofer vor einigen Jahren. Es war sein letztes Votum in diesem Rat, wenn ich mich richtig erinnere, bevor er ausgetreten ist. Er hat das damals während der Corona-Zeit in der Eulachhalle gehalten. Er hat andere Bilder gezeigt, wo Biodiversität sehr wohl berücksichtigt und gepflegt wird.

Wir haben verschiedene Instrumente, um die Biodiversität in der Stadt Winterthur auf den Landwirtschaftsböden zu verstärken. Wenn ich in Hegi durch die Landwirtschaftszone gehe, dann sehe ich sehr wohl die Ausgleichsflächen, die mehrjährige Brachen sind. Ich sehe Hecken, es gibt das. Aber es ist halt auch so: Auch ein Biobetrieb, wenn er wirtschaftlich arbeiten will – und da danke ich der SP und ihrem Votum, dass sie explizit sagen, ein Betrieb müsse sehr wohl auch wirtschaftlich funktionieren können, dass sie das berücksichtigen - auch ein Biobetrieb, wenn er wirtschaftlich arbeiten will, muss mechanisiert arbeiten. Und dann braucht es auch grosse Flächen, durch die man mit den Maschinen fahren kann. Der zu hohe Tierbestand, den Kathrin unterstellt hat, ist eine Unterstellung, die nicht weiter qualifiziert ist. Wenn es so wäre, dann müsste das Veterinäramt aktiv werden, dann wäre es eine Übertretung des Tierschutzgesetzes.

Soweit die Repliken zu dem, was gesagt wurde. In einer Schlussrunde möchte ich kurz auf meine eigenen vorbereiteten Sätze kommen.

Die Mitte/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den sorgfältig ausgearbeiteten Bericht zur vorliegenden Motion. Den Bericht nehmen wir zustimmend zur Kenntnis, der Abschreibung stimmen wir zu.

Insbesondere danken wir dem Stadtrat dafür, dass er beim städtischen Landwirtschaftsland sorgfältig sowohl die Bedürfnisse der Natur, von Landschaftsschutz und der Biodiversität im Fokus hat, aber auch die Bedürfnisse der produzierenden Landwirtschaft, der Nahrungsmittelproduktion und die Existenzsicherung der Pachtfamilien. Auch die Nahrungsmittelproduktion ist ein Anliegen, das uns wichtig ist, und auch das muss wirtschaftlich gemacht werden können.

Überdies hinaus ist es uns aber an dieser Stelle auch wichtig – und ich denke, aufgrund der heutigen vorgängigen Voten umso wichtiger -, dass wir die grosse Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte, die in Winterthur tätig sind und den Winterthurer Boden pflegen und bewirtschaften, würdigen und bedanken möchten. Sowohl Pachtende wie auch Landwirtinnen und Landwirte, die Eigentümer/-innen sind auf ihrem eigenen Boden. Wir sind überzeugt, dass sie die Wiesen und Felder in und um Winterthur so bearbeiten, dass sie mit grösster Sorgfalt und in Verantwortung auch gegenüber kommenden Generationen arbeiten. Schliesslich sind Landwirtinnen und Landwirte direkt abhängig von der Natur, vom Boden und auch von einer gesunden Biodiversität. Merci vielmals.

Stadtrat K. Bopp: Auch wenn die Glaubwürdigkeit dieser Aussage vorher ein bisschen in Frage gestellt wurde, inhaltlich teilen wir dieses Anliegen wirklich. Wir sind uns der Verantwortung bewusst, welche die Stadt hat – als öffentliche Hand, aber auch als Besitzerin von landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Es stimmt, wir haben sauber aufgearbeitet, was wir für rechtliche und strategische Grundlagen wir haben. Und die eine oder andere ist tatsächlich auch schon ein bisschen älter. Aber der springende Punkt ist da ein anderer: Auf der einen Seite verfügen wir mit der Fachstelle Landwirtschaft und mit Stadtgrün, die sehr gut zusammenarbeiten, über ausgewiesene Fachleute. Wir haben auch ein sehr gutes Zusammenarbeiten mit den Landwirten und Landwirtinnen, die bei uns auf dem Land arbeiten.

Und was wir angeschaut haben, ist die Pachtverordnung von Möriken-Wildegg. Und wir mussten einfach feststellen: Mit dieser würde sich bei uns nichts Wesentliches ändern, wenn wir diese hätten. Wir arbeiten weitgehend schon genau nach diesen Zielen und Vorgaben, die dort drin sind. Und das war für uns das Wesentliche, weshalb wir diese Antwort so verfasst haben und wieso wir der Meinung sind, dass man einen grossen Aufwand produzieren

ENTWURF

würde, wenn man das machen müsste; man würde eine relativ starre Regelung implementieren und sie würde materiell kaum einen Einfluss haben. Das hat uns dazu gebracht, diese Antwort so zu verfassen und jetzt auch hier darum zu bitten, diese Motion als nicht erheblich zu erklären und damit als erledigt abzuschreiben. Es ist auch kein anders lautender Antrag gekommen.

Ich möchte aber trotzdem sagen zu dem, was inhaltlich und materiell gesagt wurde heute: Einerseits teilen wir es zu weiten Strecken und andererseits nehme ich es auch sehr gerne wieder mit. Es ist ein wichtiges Anliegen und wir nehmen das ernst. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Dann können wir zur Abstimmung schreiten. Es gibt da ja zwei Antragsziffern. Ziffer 1 ist die Kenntnisnahme des Motionsberichts und Ziffer 2 dann die Frage der Erheblicherklärung. Da man da unterschiedlicher Meinung sein kann, gibt es auch zwei Abstimmungen dazu.

Das erste ist die Kenntnisnahme des Berichts. A = Zustimmende Kenntnisnahme, B = Ablehnende Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: 33:18 bei 0 Enthaltung für zustimmende Kenntnisnahme des Berichts.

Die zweite Abstimmung betreffend Abschreibung oder Erheblicherklärung der Motion.

A = Abschreibung (wie die AK es empfiehlt), B = Erheblicherklärung.

Abstimmungsergebnis: 44 Stimmen für Abschreibung, 6 Stimmen für Erheblicherklärung, 0 Enthaltung.

Damit ist die Motion abgeschrieben und dieses Geschäft erledigt.

11. Traktandum

Parl.-Nr. 2023.85: Beantwortung der Interpellation K. Frei Glowatz (Grüne) und L. Jacot-Descombes (SP) betr. Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadtlandwirtschaft

Parlamentspräsident F. Helg: Beantwortung der Interpellation betreffend Mitwirkung der Quartierbevölkerung in der Stadtlandwirtschaft. Erstinterpellantin ist Kathrin Frei Glowatz.

K. Frei Glowatz (Grüne/AL): Ihr müsst jetzt doch noch zuhören, auch wenn es wieder ich bin, die zur Landwirtschaft spricht. Es ist nicht ganz dasselbe, aber ein bisschen geht es vielleicht in eine ähnliche Richtung.

Die Grüne/AL-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort zustimmend zur Kenntnis, zufrieden sind wir aber natürlich doch auch nicht so ganz.

Zuerst das Erfreuliche: Die Direktvermarktung ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Und ich danke auch hier der Landwirtschaft, nämlich den Bauern, die mit einem besonderen Einsatz Mehl, Eier und Käse in den Hofläden verkaufen. Diese Produkte werden höchstwahrscheinlich auch unter boden-, luft- und wasserschonenden Bedingungen produziert, geerntet und mit viel Einsatz gepflegt. Das ist ein besonderer Dienst an der Bevölkerung und der Landschaft und an der Natur.

Die geforderte Mitwirkung der Quartierbevölkerung hat ja eine Sensibilisierung zum Ziel. Diese ist heute meiner Meinung nach nötiger denn je. Zwei Beispiele: In Zinzikon, wo sich ein privater Bauer seit bald 40 Jahren durch Verkehrsstoppschilder rund um sein Anwesen den Zugang verbietet. Notabene für Fussgänger. Die Gründe dafür mögen mannigfaltig sein und die Stadt kann dafür meines Wissens auch nicht wirklich etwas. Es handelt sich um einen privaten Bauer. Aber es zeigt ein bisschen auf, dass es Orte gibt, direkt am Stadtrat, wo es ein bisschen mehr ein Stadtrandgraben anstatt dem gewünschten und schon oft genannten Stadtrandpark gibt. Und um diesen Graben zuzuschütten, auch wenn ich es jetzt etwas überspitzt darstelle, dazu nehme ich die Stadt in die Pflicht.

ENTWURF

Ein zweites Beispiel: Der jüngste Landbote-Bericht vor dem Wochenende über einen Winterthurer Bauer, der mit dem Kompost aus einer nördlichen Biogas-Anlage, den er gekauft hat, vor allem Plastik und Müll auf seinem Feld verteilt hat – vielleicht haben Sie es gesehen. Das ist nicht gut. Dass der Kompost vor allem aus Material stammt, das von den Autobahnböschungen kam, macht die Sache nicht besser.

Wenn jetzt die Stadt im Interpellationsbericht sagt, sie würde schon alles Erforderliche unternehmen für diese Sensibilisierung, dann ist das ruhmreich und stimmt aus ihrer Perspektive wahrscheinlich auch. Diese zwei Beispiele zeigen aber, dass es halt doch nicht reicht. Ich bin überzeugt, dass mancher Landwirt, wenn er etwas mehr Support von der Stadt erhalten würde (z.B. ein innovatives, kostenloses Schulungsangebot, was ökologische Stadtlandwirtschaft bedeuten könnte), sein Angebot für die nächste Nachbarschaft und das Quartier, ganz auch im Sinne des eigenen Portemonnaies, öffnen und so eine Win-win-Situation für alle schaffen würde. Denn der Spruch des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz «Man schützt nur, was man liebt. Man liebt nur, was man kennt.», der gilt auch hier. Oder mit anderen Worten: Wir Stadtmenschen müssen wieder vermehrt miterleben können, wo unsere Pommes Frites und unser Schnitzel gewachsen sind. Nur dann wird das Billigfleisch aus Übersee im Laden liegengelassen und der Müll landet wieder im Müll und nicht in der Grüngut-Tonne. Vielen Dank.

A. Steiner (GLP): Die Grünliberalen erachten die Initiative zur Direktvermarktung oder Mitwirkung in der Landwirtschaft als eine gute Sache. Wir sind aber der Meinung, dass die Initiative primär von privaten Gruppierungen aus kommen müsste oder eben von den Landwirten. Die Stadt sehen wir in der Rolle als Ermöglicher oder Ermöglicherin. So begrüßen wir es, dass die Stadt spannende Initiativen wie die Holabox oder sonstige Direktvermarktungen da und dort vielleicht aufnimmt und schaut, dass es zum Durchbruch kommt, indem man die Fläche zur Verfügung stellt, wie z.B. beim alten Busdepot. Aber ansonsten sehen wir es nicht als Rolle der Stadt, da selbst initiativ zu werden.

In dem Sinne nehmen wir die Interpellationsantwort positiv zur Kenntnis. Besten Dank.

R. Perroulaz (FDP): Es ist grundsätzlich sehr zu begrüßen, dass die Bevölkerung wieder vermehrt den Bezug zu den natürlichen Lebensgrundlagen finden soll. Wie in dieser Interpellation geschildert, gibt es ja auch in Zürich Angebote zur Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen, wo sich die Bevölkerung durch eine Mitgliedschaft engagieren kann. Die Interpellation zielt darauf ab, dass sich die Stadt aktiv in diese Mitwirkung einmischen sollte. So wird beispielsweise die Idee eingebracht, dass die kommenden Ausschreibungen für Landwirtschaftsbetriebe diese Mitwirkung der Quartierbevölkerung in den Kriterienkatalog miteinbezogen werden könnte oder sollte. Das sehen wir ein bisschen kritisch, da die wirtschaftlichen Überlegungen, ein solches Angebot zu führen, sollten den Betrieben selbst obliegen. Aber sollten Bewerbungen mit diesem innovativen Ansatz vorliegen, ist das auf jeden Fall sehr unterstützenswert. Auch der Vorschlag, die Landwirtschaftsbetriebe in Form von Infrastruktur zu unterstützen, sehen wir ein bisschen kritisch. Die Stadt hat das bereits an diversen Standorten gemacht und das begrüßen wir auch sehr.

Nochmals grundsätzlich: Dass landwirtschaftliche Produkte durch einen Direktvertrieb in der Stadt sichtbar werden, hat absolut seine Berechtigung und wird von der Bevölkerung auch sehr geschätzt. Aktiv muss aber jeder dieser Betriebe selbst werden und mit einer Anfrage an private Grundstücksbesitzer oder die öffentliche Hand gelangen. Eine Unterstützung könnte z.B. auch dadurch erbracht werden, dass temporäre Verkaufsstände und -häuschen eine vereinfachte Bewilligung erhalten. Da sind wir ja ganz generell immer dafür, dass solche Verkaufsstände im Sinne der Wirtschaftsfreiheit vereinfacht genehmigt werden sollten. Aber das ist ein bisschen ein anderes Fass.

Der Stadtrat legt zudem auch dar, dass heute bereits alle sechs Pachtbetriebe eine Direktvermarktung ab Hof, in Form eines Hoflädeli oder einem Automaten, anbieten. Ein Angebot, das auch die Bevölkerung rege nutzt. Zusätzlich zu den sechs, die es schon gibt, gibt es noch im Frohsinn-Areal ein solches Angebot.

ENTWURF

Und was der Stadtrat scheinbar nicht weiss, ist, dass z.B. auch der Waldhof auf dem Brühlberg ein kleines, unbedientes Lädeli betreibt. Ich als Quartierbewohner Brühlberg nutze auch dieses ab und zu und es motiviert mich, den steilen Aufstieg auf den Brühlberg anzugehen. Das alles zeigt, dass diese Betriebe heute sehr innovativ agieren und deshalb stellt sich die Frage: Was ist da eigentlich verbesserungswürdig?

Als FDP-Fraktion sind wir mit dem bisherigen Weg des Stadtrates einverstanden und sehen keinen akuten Bedarf zur Veränderung. Und deshalb lehnen wir das ab.

A. Geering (Die Mitte/EDU): Ich mache es diesmal kurz und halte mich an das vorbereitete Votum.

Einmal mehr dankt Die Mitte/EDU-Fraktion dem Stadtrat für seinen umsichtigen Umgang mit dem städtischen Landwirtschaftsland und den Pachtbetrieben und den Pachtfamilien, den Pachtbetreibern. Wie der Stadtrat sind wir der Meinung, dass sich für eine Mitmachlebensmittelproduktion die Familiengärten besser eignen als Landwirtschaftsbetriebe, es sei denn, dass das die Betriebsleiterinnen und -leiter freiwillig und aus Eigeninitiative anbieten. Denn diese Betriebe müssen letztendlich doch wirtschaftlich rentabel funktionieren können. Die Interpellationsantwort nimmt Die Mitte/EDU-Fraktion zustimmend zur Kenntnis, vielen Dank.

K. Hager (SP): Gerne verlese ich das Votum im Namen von Lea Jacot, die heute Abend nicht hier ist.

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für seine Antwort und wir nehmen sie positiv zur Kenntnis. Es ist schön, dass auch der Stadtrat daran interessiert ist, dass die Stadtbevölkerung in den Genuss von lokal produzierten Lebensmitteln kommt. Der Stadtrat scheint auch offen dafür zu sein, städtische Flächen zur Verfügung zu stellen, sollten sich Private zusammenschliessen, um gemeinsam Lebensmittel zu produzieren. Auch dies ist erfreulich.

Was ein bisschen mager ausfällt, ist die zur Verfügungstellung von Verkaufsflächen für lokal produzierte landwirtschaftliche Produkte. Nicht alle Menschen sind genug mobil, um an den Stadtrand zu fahren und sich mit gesunden, lokalen Lebensmitteln zu versorgen. Nur zwei Verkaufslöke für die ganze Grossstadt Winterthur scheinen dann doch etwas wenig. Von geeigneten Verkaufsflächen in der Stadt würde nicht nur die Bevölkerung profitieren, sondern auch die Produzent:innen von lokalen Produkten.

Es wäre schön, würde der Stadtrat bei den Neuausschreibungen von Pachtland an unsere Interpellation denken und sich für innovative Betriebe entscheiden, welche der Biodiversität und der Winterthurer Bevölkerung einen echten Mehrwert bringen würden. Danke.

M. Graf (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrats positiv zur Kenntnis, ausser auf die Frage 3. Wir müssen bei solchen Themen immer bedenken, dass diese Landwirte ihre Familien mit diesen Betrieben ernähren. Direktvermarktung ab Hof funktioniert heute schon sehr gut und bildet mittlerweile ein wichtiges Einkommen für diese Betriebe, wie das der Stadtrat geschrieben hat. Wir sind der Meinung, solches Zusammenarbeiten mit der Bevölkerung sollte von Seiten der Landwirte kommen und nicht von der Politik vorgeschrieben werden. Man muss immer sehen, dass Ackerflächen bewirtschaften, so wie es in der Interpellation steht, sehr strenge Arbeit ist. Und man nicht einfach wieder aufhören kann, wenn es einem zu anstrengend ist.

Wir sind der Meinung, dass die heutigen Pachtverträge, so wie sie sind, keinen Handlungsbedarf erfordern und so bleiben sollen, wie sie sind. Danke.

Stadtrat K. Bopp: Ja, heute Abend ist es wirklich so, dass wir viel zum Thema Landwirtschaft sprechen. Es sind da verschiedene Themen abgehandelt worden. Was jetzt mehrfach erwähnt wurde, ist das Thema Wirtschaftlichkeit. Das haben wir auch schon beim letzten Traktandum gehört. Einfach um es nochmals zu sagen: Das steht im Zentrum der städtischen Landwirtschaftsstrategie, dass die sechs Betriebe wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen können. Das war immer wichtig, das war auch wichtig, als man diese Betriebe reduziert hat.

ENTWURF

Es waren ja einmal viel mehr, kleinerflächige Betriebe. Diese hat man neu arrondiert, so dass das im Zentrum steht. Die sechs Betriebe sollen wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen können – und an dem werden wir auch nichts ändern. Auch um das aufzunehmen, was die SVP jetzt da kritisiert hat.

Thema 1, Direktabsatz: Das freut uns sehr, wie das auch Raphael richtig gesagt hat. Alle sechs Betriebe machen das. Wir unterstützen sie auch sehr gerne, aber sie müssen das wollen, auch in dieser Form. Das ist ganz wichtig, denn das bedeutet für sie auch Aufwand. Sie müssen sich Wissen aneignen, sie müssen das in den Alltag integrieren. D.h. wir machen das nur, wenn sie das wirklich wollen, diese Betriebe. Aber wenn sie das wollen, unterstützen wir sie selbstverständlich sehr gerne. Auch wenn es andere Projekte gibt, das wurde auch schon erwähnt, wie auf dem Frohsinn-Areal oder Holabox, dann unterstützen wir sehr gerne. Auch wenn es andere Initiativen gibt, auch von Dritten – es müssen nicht einmal unsere eigenen Pachtbetriebe sein. Aber die Initiative muss von ihnen aus kommen. Ich finde, Annetta Steiner hat das wunderbar gesagt: Unsere Rolle ist die Rolle der Ermöglicherin. Wir vertreiben es nicht selbst, wir machen es nicht selbst, aber wir sind da, um es nach Möglichkeit zu ermöglichen.

Mitwirkung ist in etwa das Gleiche. Wir sehen uns nicht in der Rolle, diese Mitwirkungsprojekte selbst durchzuführen. Wenn ein Betrieb das will, dann sind wir da offen. Und selbstverständlich, bei einer Neuverpachtung, wenn eine Gemeinschaft so etwas machen will, dann sind wir sehr bereit, diese Bewerbung auch zu prüfen und das zu berücksichtigen insgesamt, wenn wir die Neuverpachtung machen.

Insofern teilen wir das Anliegen. Wir sind der Meinung, es läuft auch nicht schlecht. Wenn private Initiativen da sind, wenn die Landwirte neue Sachen machen wollen, stehen wir in der Rolle der Ermöglicherin sehr gerne zur Verfügung. Besten Dank.

Parlamentspräsident F. Helg: Diese Interpellation braucht keine Abstimmung, damit ist dieses Geschäft erledigt.

Ich schaue auf die Uhr und ich denke, wahrscheinlich stehen beim nächsten Traktandum einige Rednerinnen und Redner an; so dass es wahrscheinlich besser ist, dass wir dann nicht überziehen und für heute beenden.

Noch einen Hinweis auf die nächste Sitzung am 24. Februar 2025. An dieser Sitzung ist dann auch wieder die Fragestunde traktandiert. Da noch der Hinweis, dass die Fragen bis am Donnerstag vor der Sitzung eingereicht werden müssen, damit sie für die Fragestunde berücksichtigt werden können.

In dem Sinne schliesse ich die Sitzung und wünsche allen einen guten Abend und eine gute Zeit.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

F. Helg (FDP)

Ph. Weber (SP)

S. Kocher (GLP)

Beilagen:

- Abstimmungsprotokolle

Abstimmungstitel**5. Beschwerde gegen Verwaltungsgerichtsurteil betr. Verordnung soz.polit. Schutz Arbeitnehmende**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 17:22:30
Abstimmungsfrage Weiterzug des Urteils ans Bundesgericht

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung (Weiterzug)	50
B: Ablehnung (kein Weiterzug)	4
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung (kein Weiterzug)
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung (Weiterzug)
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung (Weiterzug)
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	B: Ablehnung (kein Weiterzug)
Diener Reto	A: Zustimmung (Weiterzug)
Dürr Renate	A: Zustimmung (Weiterzug)
Ehrbar Jan	A: Zustimmung (Weiterzug)
Ernst Nora	A: Zustimmung (Weiterzug)
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung (Weiterzug)
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung (Weiterzug)
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung (Weiterzug)
Gnesa Marilena	A: Zustimmung (Weiterzug)
Gonçalves Simon	A: Zustimmung (Weiterzug)
Graf Marco	A: Zustimmung (Weiterzug)
Griesser Christian	A: Zustimmung (Weiterzug)
Gross Michael	A: Zustimmung (Weiterzug)
Gschwind Thomi	A: Zustimmung (Weiterzug)
Gubler Stefan	B: Ablehnung (kein Weiterzug)
Guddal Jan	A: Zustimmung (Weiterzug)
Hager Katja	A: Zustimmung (Weiterzug)
Hartmann Christian	A: Zustimmung (Weiterzug)
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung (Weiterzug)
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung (Weiterzug)
Holderegger Nicole	A: Zustimmung (Weiterzug)
Hugentobler Roman	A: Zustimmung (Weiterzug)
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung (Weiterzug)

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung (Weiterzug)
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung (Weiterzug)
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung (Weiterzug)
Kuster Iris	A: Zustimmung (Weiterzug)
Lischer Maria	A: Zustimmung (Weiterzug)
Maier Christian	A: Zustimmung (Weiterzug)
Mancuso Cristina	A: Zustimmung (Weiterzug)
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung (Weiterzug)
Nater Markus	A: Zustimmung (Weiterzug)
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung (Weiterzug)
Porlezza Gioia	A: Zustimmung (Weiterzug)
Praetorius Julius	A: Zustimmung (Weiterzug)
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung (Weiterzug)
Romay Dani	A: Zustimmung (Weiterzug)
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung (Weiterzug)
Sorgo Maria	A: Zustimmung (Weiterzug)
Staub Olivia	A: Zustimmung (Weiterzug)
Steiner Markus	A: Zustimmung (Weiterzug)
Steiner Annetta	A: Zustimmung (Weiterzug)
Stritt Gabriela	A: Zustimmung (Weiterzug)
Studer Lisa	A: Zustimmung (Weiterzug)
Tobler Raphael	A: Zustimmung (Weiterzug)
Vogel Kaspar	A: Zustimmung (Weiterzug)
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung (kein Weiterzug)
Weber Philippe	A: Zustimmung (Weiterzug)
Würzer Alexander	A: Zustimmung (Weiterzug)
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung (Weiterzug)
Zuraikat André	A: Zustimmung (Weiterzug)

Abstimmungstitel**6. Verpflichtungskredit / Mietvertrag AXA Veloparking Paulstr.**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 18:17:14
 Abstimmungsfrage Gegenüberstellung Kürzungsanträge SBK / EVP

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)	27
B: EVP Antrag (Fr. -230'000)	26
Enthaltung	1
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	0

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
.	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Bachmann Miguel Pedro	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Diener Reto	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Dürr Renate	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Ehrbar Jan	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Ernst Nora	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Gnesa Marilena	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Gonçalves Simon	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Graf Marco	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Griesser Christian	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Gross Michael	Ausstand
Gschwind Thomi	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Gubler Stefan	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Guddal Jan	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Hager Katja	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Hartmann Christian	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Helbling-Wehrli Beatrice	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Helg Felix	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Heuberger Romana	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Holderegger Nicole	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Hugentobler Roman	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Kramer-Schwob Franziska	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Kuster Iris	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Lischer Maria	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Maier Christian	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Mancuso Cristina	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Nater Markus	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Porlezza Gioia	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Praetorius Julius	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Romay Dani	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Roth-Nater Daniela	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Sorgo Maria	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Staub Olivia	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Steiner Markus	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Steiner Annetta	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Stritt Gabriela	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Studer Lisa	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Tobler Raphael	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Vogel Kaspar	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Wäckerlin Marc	A: SBK Antrag (Fr. - 310'000)
Weber Philippe	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Würzer Alexander	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: EVP Antrag (Fr. -230'000)
Zuraikat André	Enthaltung

Abstimmungstitel**6. Verpflichtungskredit / Mietvertrag AXA Veloparking Paulstr.**

Abstimmungsmodus Offen
 Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 18:18:50
 Abstimmungsfrage Gegenüberstellung Anträge SBK / SR

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)	29
B: SR Antrag (keine Kürzung)	22
Enthaltung	2
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse***Name******Ergebnis***

..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Bachmann Miguel Pedro	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Diener Reto	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Dürr Renate	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Ehrbar Jan	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Ernst Nora	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Gnesa Marilena	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Gonçalves Simon	Enthaltung
Graf Marco	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Griesser Christian	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Gross Michael	Ausstand
Gschwind Thomi	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Gubler Stefan	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Guddal Jan	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Hager Katja	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Hartmann Christian	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Helbling-Wehrli Beatrice	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Holderegger Nicole	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Hugentobler Roman	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	B: SR Antrag (keine Kürzung)

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Kramer-Schwob Franziska	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Kuster Iris	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Lischer Maria	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Maier Christian	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Mancuso Cristina	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Nater Markus	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Porlezza Gioia	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Praetorius Julius	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Romay Dani	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Roth-Nater Daniela	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Sorgo Maria	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Staub Olivia	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Steiner Markus	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Steiner Annetta	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Stritt Gabriela	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Studer Lisa	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Tobler Raphael	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Vogel Kaspar	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Wäckerlin Marc	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Weber Philippe	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Würzer Alexander	A: SBK Antrag (Kürzung Fr. 310'000)
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: SR Antrag (keine Kürzung)
Zuraikat André	Enthaltung

Abstimmungstitel**6. Verpflichtungskredit / Mietvertrag AXA Veloparking Paulstr.**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 18:19:50
Abstimmungsfrage Schlussabstimmung Kredit Fr. 5'483'520 (Fassung SBK)

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	33
B: Ablehnung	19
Enthaltung	1
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	B: Ablehnung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	B: Ablehnung
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	B: Ablehnung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	B: Ablehnung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	B: Ablehnung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	Ausstand
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	B: Ablehnung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	B: Ablehnung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	B: Ablehnung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	B: Ablehnung
Mancuso Cristina	B: Ablehnung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	B: Ablehnung
Porlezza Gioia	B: Ablehnung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	B: Ablehnung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	B: Ablehnung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	B: Ablehnung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	Enthaltung

Abstimmungstitel**7. Gestaltungsplan Vergärungsanlage Riet / Entwidmung Landwirtschaftsstrasse**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 18:27:45
Abstimmungsfrage Gesamtabstimmung Anträge 1 bis 3

Ergebnis

Stimmberechtigt	55
A: Zustimmung	54
B: Ablehnung	0
Enthaltung	0
Abgestimmt	54
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	A: Zustimmung
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**8. Begründung Postulat betr. HB 2050: Das Maximum aus dem Bestehenden herausholen**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 20:45:32
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	48
B: Ablehnung	5
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	B: Ablehnung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	A: Zustimmung
Gonçalves Simon	B: Ablehnung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	A: Zustimmung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	A: Zustimmung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	A: Zustimmung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmung
Kuster Iris	B: Ablehnung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	A: Zustimmung
Staub Olivia	A: Zustimmung
Steiner Markus	A: Zustimmung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	A: Zustimmung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	B: Ablehnung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	A: Zustimmung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	B: Ablehnung

Abstimmungstitel**9. Begründung Postulat betr. mehr Digitalisierung in der Kommunikation mit Dritten**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 21:06:57
Abstimmungsfrage Überweisung an Stadtrat

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung	42
B: Ablehnung	11
Enthaltung	0
Abgestimmt	53
Nicht abgestimmt	1

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung
Bachmann Miguel Pedro	A: Zustimmung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Zustimmung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Segal Christian	A: Zustimmung
Diener Reto	A: Zustimmung
Dürr Renate	A: Zustimmung
Ehrbar Jan	A: Zustimmung
Ernst Nora	A: Zustimmung
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	A: Zustimmung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung
Gnesa Marilena	B: Ablehnung
Gonçalves Simon	A: Zustimmung
Graf Marco	A: Zustimmung
Griesser Christian	A: Zustimmung
Gross Michael	A: Zustimmung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung
Guddal Jan	A: Zustimmung
Hager Katja	B: Ablehnung
Hartmann Christian	A: Zustimmung
Helbling-Wehrli Beatrice	B: Ablehnung
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung
Holderegger Nicole	A: Zustimmung
Hugentobler Roman	A: Zustimmung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	B: Ablehnung

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Zustimmung
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	B: Ablehnung
Kuster Iris	A: Zustimmung
Lischer Maria	A: Zustimmung
Maier Christian	A: Zustimmung
Mancuso Cristina	A: Zustimmung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	B: Ablehnung
Nater Markus	A: Zustimmung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmung
Porlezza Gioia	A: Zustimmung
Praetorius Julius	A: Zustimmung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmung
Romay Dani	A: Zustimmung
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmung
Sorgo Maria	B: Ablehnung
Staub Olivia	B: Ablehnung
Steiner Markus	B: Ablehnung
Steiner Annetta	A: Zustimmung
Stritt Gabriela	B: Ablehnung
Studer Lisa	A: Zustimmung
Tobler Raphael	A: Zustimmung
Vogel Kaspar	A: Zustimmung
Wäckerlin Marc	A: Zustimmung
Weber Philippe	B: Ablehnung
Würzer Alexander	A: Zustimmung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	A: Zustimmung
Zuraikat André	A: Zustimmung

Abstimmungstitel**10. Antrag und Bericht zur Motion betr. Pachtverordnung für städt. Landwirtschaftsland**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 21:33:57
Abstimmungsfrage Kenntnisnahme des Berichts

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Zustimmung Kenntnisnahme	33
B: Ablehnende Kenntnisnahme	18
Enthaltung	0
Abgestimmt	51
Nicht abgestimmt	3

Individuelle Ergebnisse**Name****Ergebnis**

. .	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Bachmann Miguel Pedro	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Diener Reto	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Dürr Renate	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Ehrbar Jan	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Ernst Nora	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Gnesa Marilena	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Gonçalves Simon	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Graf Marco	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Griesser Christian	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Gross Michael	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Guddal Jan	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Hager Katja	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Hartmann Christian	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Helbling-Wehrli Beatrice	Nicht abgestimmt
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Zustimmung Kenntnisnahme
Holderegger Nicole	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Hugentobler Roman	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	Nicht abgestimmt

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Kramer-Schwob Franziska	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Kuster Iris	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Lischer Maria	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Maier Christian	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Mancuso Cristina	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Nater Markus	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Porlezza Gioia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Praetorius Julius	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Romay Dani	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Roth-Nater Daniela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Sorgo Maria	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Staub Olivia	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Markus	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Steiner Annetta	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Stritt Gabriela	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Studer Lisa	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Tobler Raphael	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Vogel Kaspar	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Wäckerlin Marc	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Weber Philippe	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Würzer Alexander	A: Zustimmende Kenntnisnahme
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Ablehnende Kenntnisnahme
Zuraikat André	A: Zustimmende Kenntnisnahme

Abstimmungstitel**10. Antrag und Bericht zur Motion betr. Pachtverordnung für städt. Landwirtschaftsland**

Abstimmungsmodus Offen
Abstimmungsdatum 20.Januar.2025 21:34:53
Abstimmungsfrage Erheblicherklärung

Ergebnis

Stimmberechtigt	54
A: Abschreibung	44
B: Erheblicherklärung	6
Enthaltung	0
Abgestimmt	50
Nicht abgestimmt	4

Individuelle Ergebnisse

Name	Ergebnis
..	Nicht anwesend
Angele Philipp	A: Abschreibung
Bachmann Miguel Pedro	A: Abschreibung
Bachmann Jürg	Kein Abstimmrecht
Bernhard Marc	Kein Abstimmrecht
Blum Martina	Kein Abstimmrecht
Bopp Kaspar	Kein Abstimmrecht
Büeler Andreas	A: Abschreibung
Cometta Kathrin	Nicht anwesend
Della Sega Christian	A: Abschreibung
Diener Reto	B: Erheblicherklärung
Dürr Renate	B: Erheblicherklärung
Ehrbar Jan	A: Abschreibung
Ernst Nora	A: Abschreibung
Fehr Jan	Nicht anwesend
Frei Glowatz Katharina	A: Abschreibung
Fritschi Stefan	Kein Abstimmrecht
Furrer Andrea	Kein Abstimmrecht
Galladé Nicolas	Kein Abstimmrecht
Geering Andreas	A: Abschreibung
Gfeller Selim	Nicht anwesend
Gisler-Burri Gabriella	A: Abschreibung
Gnesa Marilena	A: Abschreibung
Gonçalves Simon	A: Abschreibung
Graf Marco	A: Abschreibung
Griesser Christian	A: Abschreibung
Gross Michael	A: Abschreibung
Gschwind Thomi	Nicht anwesend
Gubler Stefan	A: Abschreibung
Guddal Jan	A: Abschreibung
Hager Katja	A: Abschreibung
Hartmann Christian	A: Abschreibung
Helbling-Wehrli Beatrice	Nicht abgestimmt
Helg Felix	Präsident/in
Heuberger Romana	A: Abschreibung
Holderegger Nicole	B: Erheblicherklärung
Hugentobler Roman	A: Abschreibung
Jacot-Descombes Lea	Nicht anwesend
Keller Regula	Nicht abgestimmt

Name	Ergebnis
Kocher Samuel	A: Abschreibung
Kramer-Schwob Franziska	A: Abschreibung
Künzle Michael	Kein Abstimmrecht
Künzler Fredy	A: Abschreibung
Kuster Iris	Nicht abgestimmt
Lischer Maria	B: Erheblichkerklärung
Maier Christian	A: Abschreibung
Mancuso Cristina	A: Abschreibung
Meier Christa	Kein Abstimmrecht
Merz Livia	A: Abschreibung
Nater Markus	A: Abschreibung
Oeschger Benedikt	Nicht anwesend
Perroulaz Raphael	A: Abschreibung
Porlezza Gioia	A: Abschreibung
Praetorius Julius	B: Erheblichkerklärung
Rednerpult	Nicht anwesend
Rohner Daniel	A: Abschreibung
Romay Dani	A: Abschreibung
Roth-Nater Daniela	A: Abschreibung
Sorgo Maria	A: Abschreibung
Staub Olivia	A: Abschreibung
Steiner Markus	A: Abschreibung
Steiner Annetta	A: Abschreibung
Stritt Gabriela	A: Abschreibung
Studer Lisa	A: Abschreibung
Tobler Raphael	A: Abschreibung
Vogel Kaspar	A: Abschreibung
Wäckerlin Marc	A: Abschreibung
Weber Philippe	A: Abschreibung
Würzer Alexander	A: Abschreibung
Zäch Benedikt	Nicht anwesend
Zundel Michael	B: Erheblichkerklärung
Zuraikat André	A: Abschreibung